

Preussische Allgemeine



Nr. 26 · 30. Juni 2023

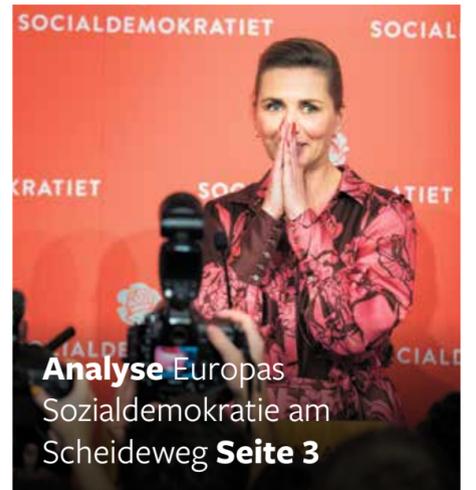
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Nach dem Putsch

Die Folgen der Kurzeit-Erhebung der „Wagner“-Söldner und ihres Anführers Prigoschin gegen die Führung in Moskau Seite 2



Analyse Europas
Sozialdemokratie am
Scheideweg Seite 3



Gründung Als die Alliierten
einen westdeutschen Staat
„empfohlen“ Seite 11

VON KLAUS KELLE

POLITIK

Der Erfolg des AfD-Kandidaten Robert Sesselmann bei der Landratswahl im thüringischen Sonneberg schockiert einen Teil unserer Republik. Doch unwillkürlich fragt man sich: Ja, wieso denn eigentlich? Kommt der Erfolg der Partei rechts der Union überraschend? Oder ist der Siegeszug der AfD eine politische Entwicklung mit Ansage?

Die Gründung der Partei vor zehn Jahren war die direkte Folge einer waghalsigen Euro-Rettungspolitik, die wiederum notwendig wurde, weil sich EU, EZB und die Staaten des Euro-Raumes nicht an ihre eigenen Regeln halten wollten. Dass nämlich – konkret – viele deutsche Steuerzahler nicht einsehen wollten, warum sie die Schulden anderer Länder bezahlen sollten, die sich wiederum auch nicht an ihre eigenen Regeln gehalten haben.

Und dann entstand diese „Professorenpartei“ um Bernd Lucke und Joachim Starbatty. Doch als die Euro-Staatsschulden-Krise halbwegs unter Kontrolle war – Deutschland stand deutlich besser da als alle anderen Euro-Staaten – war die AfD im Grunde überflüssig. In Umfragen schmierte sie ab auf rund 3,5 Prozent. Das Thema schien durch.

Doch dann legte die CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel ein Konjunkturprogramm für die AfD auf, das bis heute Früchte trägt. Die – man muss es leider so formulieren – irre Entscheidung, die deutschen Grenzen monatelang für den unkontrollierten Massenzug von 1,6 Millionen vornehmlich jungen Männern zu öffnen, trug die rechtskonservative Partei in ein Parlament nach dem anderen.

Irgendwann im Frühjahr 2016 gab es eine repräsentative Umfrage, in der Deutsche befragt wurden, ob sie weiteren Massenzug aus dem islamischen Kulturraum wünschen. Nahezu 70 Prozent antworteten mit Nein. Die Kölner Silvesternacht 2015 mit Hunderten Übergriffen von

Das erstaunliche Verwundern über einen Wahlerfolg

Der erste Sieg der AfD bei einer Kommunalwahl schockt die etablierten Parteien. Ihren eigenen Beitrag zu dieser Geschichte blenden sie noch immer aus

Gästen aus Syrien, Afghanistan und Nordafrika war da noch frisch in Erinnerung.

Im Deutschen Bundestag wurde damals diskutiert, wie mit den „Flüchtlingen“ umzugehen sei, von denen viele gar keine Flüchtlinge, sondern Wohlstandsmigranten waren. Und das Parlament war einmütig der Meinung, die Harakiri-Politik von Merkel sei eben „alternativlos“. Doch es gibt immer Alternativen. Und so war der Einzug der AfD 2017 in den Deutschen Bundestag als stärkste Oppositionspartei die direkte Folge der fahrlässigen Merkel-Politik.

Der Absturz der CDU

Nun hat die AfD im Landkreis Sonneberg klar die Landratswahl gewonnen. In Thüringen, wo viele Bürger ähnlich wie in Sachsen besonders widerborstig gegen einen Staat sind, der ihre Interessen und Wünsche mit der Arroganz der Macht kalt ignoriert.

Thüringen war nach der deutschen Einheit ein Musterland, die Blaupause, wie es fortan gut laufen würde mit den sprichwörtlichen blühenden Landschaften. Dass diese in den letzten dreißig Jahren entstanden, ist zuallerst dem Fleiß der Menschen dort zu verdanken, aber ohne Zweifel auch der Politik der lange Zeit – teils mit absoluten Mehrheiten – regierenden CDU. Wie Westimport Kurt Biedenkopf in Sachsen, so brachte Westimport Bernhard Vogel in Thüringen das

Bundesland mit einem starken Mittelstand, mit Ansiedlungen und dem Aufbau einer Tourismusindustrie schnell auf die Beine. Bis heute verehren die Menschen dort Bernhard Vogel, aber nicht, weil er ein CDU-Politiker ist, sondern obwohl er ein CDU-Politiker ist,

Die Union, die über viele Jahre wirklich vorbildlich Politik für Thüringen und seine Bürger veranstaltet hat, ist heute das Musterbeispiel für den Niedergang der einst stolzen „Volkspartei der Mitte“. Zeitweise ist sie dort unter 20 Prozent Wähleranteil gerutscht. 20 Prozent! Eine Partei, die ein paar Jahre vorher noch mit absoluter Mehrheit regiert hat.

Und hat man etwas falsch gemacht? Natürlich nicht. Es wurde nur einfach alles nicht richtig „dem Wähler“ vermittelt. Inzwischen ist die rechte AfD, und das muss man hier so formulieren, unter ihrem Frontmann Björn Höcke – übrigens auch ein Westimport – die stärkste politische Kraft in Thüringen – Tendenz steigend. 30 Prozent haben sie gerade in Umfragen, und da ist noch Luft nach oben.

Die CDU hat all den Irrsinn der Merkel-Ära klaglos mitgemacht, hat sich den Wünschen des Konrad-Adenauer-Hauses in Berlin unterworfen. Hat vor Ort ihren Politprofi Mike Mohring ins Messer laufen und gnadenlos abstürzen lassen und dann durch den farblosen Apparatschik Mario Voigt ersetzt, dem man nachsagt, dass er davon träumt, die erste CDU-Koalition

mit der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ zu bilden. Im Beifahrersitz, als Juniorpartner – Mund halten, Pöstchen abgreifen.

Bei der vergangenen Landtagswahl wurde die Erfurter Regierung aus Linken, SPD und Grünen unter Führung von Bodo Ramelow von den Thüringern abgewählt. Der Landtag wählte damals den FDP-Politiker Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten mit einer nicht-linken Mehrheit und den Stimmen der FDP, CDU und auch der AfD. Doch Frau Merkel – wieder diese Frau – ordnete aus Südafrika per Telefon an, die Wahl müsse „rückgängig“ gemacht werden. Eine Wahl in Deutschland, an deren Korrektheit keinerlei Zweifel besteht, muss rückgängig gemacht werden! Und sie haben es getan.

Und so sitzt der abgewählte Bodo Ramelow mit seinen Genossen noch immer in der Staatskanzlei und regiert vor sich hin. Ihre Freude über die Blödsinnigkeit der Oppositionsparteien, die diesem Spuk kein Ende bereiten, muss riesengroß sein.

Möglich ist dies, weil die Thüringer CDU seit drei Jahren die abgewählte linke, obendrein höchst erfolglose, Landesregierung mit ihren Stimmen im Amt hält. Helmut Kohl, Kanzler der Einheit, wird sich im Grabe umdrehen, dass seine CDU die Wahl eines FDP-Ministerpräsidenten rückgängig machte, um einen abgewählten Kommunisten an der Macht zu halten.

Und diese Union ist schockiert über das Wahlergebnis in Sonneberg?

IN DIESER AUSGABE

Politik
Brandenburgs Parteien streiten über die Anwerbung von Rheinmetall
Seite 5

Kultur
Eine Charlottenburger Ausstellung zur preussischen Kolonialgeschichte
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Eine touristische Route entlang von Kirchenruinen im Königsberger Gebiet
Seite 13

Reise
Von Nürnberg bis Bamberg: Mit dem Fahrrad durch das sommerliche Franken
Seite 21



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Die Schmach des Präsidenten

Für ein paar Stunden sah es am vergangenen Sonnabend so aus, als geriete die Herrschaft Wladimir Putins ins Wanken. Dann stoppte „Wagner“-Chef Prigoschin seinen Marsch auf Moskau. Doch wie geht es weiter – mit Russland und dem Mann im Kreml?

VON ALEXANDER RAHR

Über den misslungenen Putsch in Russland wird verständlicherweise viel geschrieben und noch mehr spekuliert. Kommentatoren, Journalisten, Blogger – sie alle greifen zur Feder und fühlen sich berufen, jeder auf seine Weise, die dramatischen Ereignisse des 24. Juni 2023 richtig zu deuten. Die Gefahr, sich dabei aufs Glatt-eis zu begeben, ist groß. Auf der Suche nach originellen Erklärungen gleiten viele Beobachter in immer obskurere Verschwörungstheorien ab. War dieser Putsch vielleicht gar kein Putsch, sondern nur eine Inszenierung? Eine spezielle Operation?

Zugegeben, die Faktenlage ist dünn. Die Hauptakteure des Aufstandes schweigen. Aus den Unterredungen, die schließlich zum Ende des „Marsches nach Moskau“ führten, dringt kaum etwas in die breite Öffentlichkeit, außer, dass der Weißrusse Alexander Lukaschenko dort die entscheidende Vermittlungsrolle gespielt haben soll. Wladimir Putin verweigerte seinem ehemaligen Getreuen Jewgeni Prigoschin das direkte Gespräch. Der Chef der Präsidialadministration, Anton Wajno – übrigens Enkel des letzten estnischen KP-Chefs – und der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew (zweitmächtigster Mann hinter Putin), waren an den „Friedensverhandlungen“ beteiligt.

Eine fatale russische Tradition

Putsche, Staatsstrieche, Meutereien durchziehen die gesamte russische Geschichte. Bekannt sind die blutigen Bauernaufstände des 17. und 18. Jahrhunderts, die mit dererbrutalen Niederschlagung durch die Zaren endeten. In der Zeit von Peter dem Großen bis ins 19. Jahrhundert hinein folgten in Russland mehrere Aufstände von Garde-Regimentern nacheinander, die dem Szenarium des Prigoschin-Putsches ähnelten. Manche endeten mit der Verteilung der Rädelsführer, andere wiederum mit der Ermordung des Zaren oder – wie der Dekabristen-Aufstand 1825 – mit der Festigung der Macht der Autokratie und der Verbannung der Aufständischen nach Sibirien.

Das 20. Jahrhundert war diesbezüglich auch kein ruhiges Zeitalter. Ein Volksaufstand 1905 wurde äußerst blutig vom Zaren niedergeschlagen, 1917 folgte der von der Armee erzwungene Abdankung des Zaren Nikolaus II. die Februarrevolution und ihr wiederum der gescheiterte pro-monarchistische Militärputsch des General Lawr Kornilow. Der nächste Umsturz folgte im Oktober 1917, als die Bolschewiki mit Hilfe von meuternden Matrosen die Macht ergriffen.

Auch das kommunistische Russland wurde von Aufständen nicht verschont, an denen sich das Militär beteiligte. In den Machtkämpfen nach Stalins Tod 1953 konnte sich Partei- und Regierungschef Nikita Chruschtschow gegen seine Widersacher – zunächst Sicherheitschef Lawrenti Beria und dann Premier Georgi Malenkov – nur mit Hilfe des Militärs durchsetzen. Beria wurde auf einer Ministerratssitzung entmachtet und vermutlich von Marschall Georgi Schukow an Ort und Stelle erschossen. Chruschtschow selbst fiel 1964 einem parteiinternen Staatsstreich zum Opfer, der vom KGB gesteuert wurde.

Im Gedächtnis der heutigen Generationen ist vor allem der August-Putsch von 1991 präsent, als kommunistische Hardliner den Reformier Michail Gorbatschow arrestierten. Als Folge dieses misslungenen Aufstandes zerbrach die Sowjetunion, nachdem Gorbatschow in einem zweiten Putsch – diesmal ausgeführt von Boris Jelzin – endgültig entmachtet wurde. Keine zwei Jahre später ließ derselbe Jelzin, um einen Coup d'Etat gegen sich abzuwehren, die Aufständischen im eige-



Sichtbar angeschlagen: Russlands Präsident Putin während einer Fernsehansprache nach dem Rückzug der „Wagner“-Söldner

nen Parlament beschießen. Zur Geschichte der Coups zählt nicht zuletzt die „spezielle Operation“ Russlands auf der Krim.

Lektion für Putin und Prigoschin: Der August-Putsch 1991 und der Aufstand von 1993 wurden nicht zuletzt durch die Unterstützung der protestierenden russischen Bevölkerung niedergeschlagen, die keine Angst hatte, sich den Hardlinern und den bewaffneten Streitkräften entgegenzustellen. Die junge Demokratie wurde von unten geschützt. In beiden Fällen hatte die Anti-Putsch-Bewegung außerdem einen charismatischen Anführer, nämlich Jelzin.

Deutungen des Scheiterns

Prigoschin ist nicht Jelzin. Zwar versuchte er, mit seinen Video-Botschaften in den Wochen vor seiner Meuterei alles, um sich in der russischen Bevölkerung ein Jelzin-ähnliches Image anzueignen. Seine Kritik am Krieg, an den sozialen Missständen, an der grassierenden Korruption in den Eliten – all das reichte nicht aus, um in den heute eher patriotisch als liberal gesinnten Massen die Popularität Putins zu untergraben. Die Menschen interessierten sich nicht für den neuerlichen Putschversuch. Einige verschwanden ins Ausland, der Rest blieb zu Hause oder spazierte in den Parks. Es gab weder Demonstrationen für Prigoschin, noch für Putin.

Die Vermutung der deutschen Bundesregierung, dass Prigoschins Marsch auf Moskau aufgrund fehlender Unterstützung aus der Bevölkerung zum Erliegen kam, ist richtig.

Unklar ist noch, wie Putin, dessen eigene Vorliebe spezielle Operationen sind, auf die spezielle Operation Prigoschins reagieren wird. Elite-Panzer gegen die Kremlwache in Moskau in Stellung gebracht zu haben – eigentlich unverzeihlich. Er könnte seinen Wi-

dersacher in den nächsten Tagen aus purer Vergeltung physisch liquidieren. Der Aufstand wäre damit für immer Geschichte. Vermutlich wird er dem Söldnerchef ganz einfach den Geldhahn zudrehen und beobachten, wie die Wagner-Truppe zerfällt – und ihre Kämpfer in die reguläre Armee zurückholen. Putin könnte auch, aus Trotz, die Eskalation im Ukrainekrieg erhöhen und dort noch schwerere Waffen einsetzen, die bisher keine Verwendung fanden.

Putins Unfähigkeit, den Putsch seiner besten und teuersten Elitetruppe, die er selbst für spezielle Operation in den Kriegsregionen der Welt gegründet hat, um Russlands Großmachtimage zu stärken, nicht verhindert und nicht gewaltsam unterbunden zu haben, ist ihm im Westen als Schwäche ausgelegt worden. In den russischen Medien wird er aber trotzdem dafür gelobt, dass er das Blutvergießen nicht zugelassen hat. Der Schock über das Fast-Entstehen einer zweiten Kriegsfront bleibt allerdings den Eliten und der Bevölkerung noch lange spürbar in den Knochen. Gefreut hat sich Putin über die Solidaritätsbekundungen aus der nicht-westlichen Welt, am meisten über die Glückwünsche zum Machterhalt von Recep Tayyip Erdogan, der vor wenigen Jahren selbst fast Opfer eines Militärputsches in der Türkei geworden war.

Wie geschwächt ist Putin?

Sollte es Putin nicht schnellstens gelingen, seine Autorität wiederherzustellen, droht ihm ein Machtverlust im Land und aufkommende Zweifel unter den Mitgliedern des Nationalen Sicherheitsrats. Es könnten Fragen gestellt werden, ob er dem Ukraine-Konflikt, der sich zu einem existentiellen Kampf um die Zukunft Russlands entwickelt hat, noch gewachsen ist.

Putin ist sicherlich gefordert, Erfolge zu demonstrieren. Gleichwohl gibt es zurzeit keine Anzeichen dafür, dass seine Macht bröckelt. Vermutungen, dass Prigoschin über Helfershelfer und Verbündete im Kreml verfügt habe, werden gerade zerstreut. Ob zweifelnde Geheimdienstler, unzufriedene Oligarchen oder widerspenstige Gouverneure sich stillschweigend mit der Meuterei solidarisierten und Prigoschin möglicherweise als Rammbock für eigene Ziele benutzten, wird, wenn es so war, ans Licht kommen.

Ein wichtiges Ereignis steht Russland kurz bevor – die Präsidentschaftswahl im März 2024. Ob er noch einmal antreten wird, hat Putin noch nicht verkündet. Er wird dies erst dann tun, wenn er Erfolge im Ukrainekrieg aufweisen kann. Inzwischen kann spekuliert werden, ob Putin, angesichts des Engpasses, in den er in der Ukraine geraten ist, eine Chance aus der heiklen Lage herauszukommen darin sieht, jemand anderen aus der jüngeren Generation mit der Führung des Landes zu beauftragen. Dass der Ex-Präsident Dmitri Medwedew, der Landwirtschaftsminister Dmitri Patruschew – Sohn des Sekretärs des mächtigen Sicherheitsrates – oder auch der Gouverneur der Oblast Tula, Aleksej Djumin, sich langsam in Stellung bringen, ist Gegenstand Moskauer Spekulationen. Sollte Prigoschin in Belarus politisch überleben, könnte er von dort Putin herausfordern, obwohl das eher unwahrscheinlich ist.

Gären in den Machtapparaten

Eine typisch russische Art, seine Autorität wiederherzustellen, wäre eine Säuberung des Machtapparates. Vielleicht ist sie Teil eines Deals, den der Kreml mit Prigoschin abgeschlossen hat, damit dieser seinen Angriff auf Moskau abbläst. Putin hat größere Personalwechsel stets vermieden; er verließ sich auf die ewige Loyalität seiner Mitstreiter. Eine Absetzung des Verteidigungsministers und des Generalstabschefs würde bei denjenigen gut ankommen, die die Armeespitze schon länger für die schweren Verluste und Abnutzungen im Ukrainekrieg verantwortlich machen. Prigoschin, der durch den Aufmarsch die Entmachtung der beiden forderte, stünde plötzlich wieder im Rampenlicht.

In den Machtapparaten gärt es seit mehreren Monaten, jüngere Offiziere und Funktionäre drängen nach oben. Der Elitenwechsel wird auch von einflussreichen nationalistischen Kräften lautstark gefordert, die mit dem derzeitigen Kriegsverlauf hadern.

Die entscheidende Frage für den Westen lautet: Welche Auswirkungen hat der Aufruhr in Russland unmittelbar auf den Ukrainekrieg? Putin sei schnell bereit gewesen, so wird gesagt, angesichts des drohenden Machtverlustes und der Gefahr des Bürgerkriegs auf eine gewaltsame Niederschlagung der Aufständischen zu verzichten und mit dem Verräter ein demütigendes Friedensabkommen zu schließen. Bedeutet dies, dass der russische Präsident, falls ihn doch Kriegsmüdigkeit befallen sollte, auch einer diplomatischen Friedenslösung in der Ukraine nicht abgeneigt wäre?

Jedenfalls haben die USA Prigoschin nicht unterstützt – aus Furcht vor dem Machtverlust des Kreml über die Atomwaffen. Obwohl ihnen ein Regime-Change in Moskau nicht unlegen käme. Der Gesprächskanal, der zwischen Amerikanern und Russen am Sonnabend, den 24. Juni 2023 eröffnet wurde, könnte sich als zielgerecht erweisen.

● **Dr. Alexander Rahr** ist Vorsitzender der Eurasien Gesellschaft e.V. in Berlin. Von 1994 bis 2012 war er Programmdirektor für Russland/Eurasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik sowie von 2012 bis 2022 Forschungsdirektor beim Deutsch-Russischen Forum.
www.eurasien-gesellschaft.org

—
Bedeutet Putins Nachgeben gegenüber Prigoschin, dass der russische Präsident, falls ihn doch Kriegsmüdigkeit befallen sollte, auch einer diplomatischen Friedenslösung in der Ukraine nicht abgeneigt wäre?

Quo vadis, Genossen?

Der jüngste Machtkampf in der österreichischen Sozialdemokratie legt die Formschwäche sozialdemokratischer Parteien in ganz Europa bloß: Hilflös lavieren die Genossen zwischen Anbiederung an den woken Zeitgeist und der Furcht vor Populisten

VON HOLGER FUSS

Nachdem das allseitige Gelächter über Österreichs Sozialdemokraten verhallt ist, werden die Konturen des darunter liegenden Konfliktes sichtbar. Nach monatelangem Machtkampf hatte der burgenländische Landeshauptmann (bei uns Ministerpräsident) Hans Peter Doskozil die ungeliebte Parteichefin Pamela Rendi-Wagner in einer Mitgliederbefragung verdrängt. Nun musste er sich auf einem Sonderparteitag Anfang Juni in Linz noch gegen den niederösterreichischen Kleinstadt-Bürgermeister Andreas Babler durchsetzen. Sein Sieg fiel dann knapp aus: Doskozil erhielt 53 Prozent der Delegiertenstimmen und Babler 47 Prozent. Erst zwei Tage später stellte sich heraus, dass die Wahlkommission gefuscht und die Auszählergebnisse vertauscht hatte. Nicht Doskozil ist neuer Vorsitzender der SPÖ, sondern Babler.

Ob Babler seine Partei zu einer neuen Einigkeit führen wird, ist ungewiss. Zu unversöhnlich stehen sich das eher pragmatische Lager Doskozils und das linke Lager Bablers gegenüber. In mancher Hinsicht erinnert die Auseinandersetzung an die Grabenkämpfe bei den deutschen Grünen zwischen Realos und Fundis. Und auf seltsam präzise Weise verkörpern die beiden Protagonisten Doskozil und Babler zwei Typologien, die nicht nur in der Sozialdemokratie der Alpenrepublik miteinander um die Richtung ringen.

Kulturkampf unter den Genossen

Hans Peter Doskozil, 53, stammt aus einem Dorf in der Nähe von Oberwart im Burgenland nahe der ungarischen Grenze. Nach Abitur und Grundwehrdienst ging er zur Bundespolizei und studierte berufsbegleitend Rechtswissenschaften, schloss mit dem Mag. iur. ab. Er machte rasch Karriere in der Polizeihierarchie, wechselte ins Bundesinnenministerium, leitete dann das Büro des burgenländischen Landeshauptmanns Hans Niessl, den er später beerben sollte, wurde erster Landespolizeidirektor und schließlich Verteidigungsminister in Wien. 2019 wurde Doskozil Landeshauptmann im Burgenland in einer Koalition mit der FPÖ. Nach einer vorgezogenen Neuwahl wegen der Ibiza-Affäre regiert er das östlichste Bundesland seit 2020 mit absoluter Mehrheit der SPÖ.

Seit 2015 hatte die SPÖ im Burgenland mit der austro-nationalen FPÖ regiert – in Deutschland käme eine Zusammenarbeit der SPD mit der AfD einer Aufhebung der Schwerkraft gleich. Doskozil stand während der Flüchtlingskrise 2015 noch für die Willkommenskultur und verteidigte als Landespolizeidirektor und später Verteidigungsminister sein humanitäres Engagement gegen Kritik von rechts. Heute tritt er offensiv für eine Begrenzung der Migration ein, weil er weiß, dass eine gute Integration nicht mehr gelingen kann, wenn die Zahl der Zuwanderer sehr hoch ist. Gilt Doskozil in seiner Partei bei Migrationsfragen als eher rechts, so steht er mit seiner Sozialpolitik eher links. Zu seiner Agenda gehören ein 2000-Euro-Mindestlohn für alle, flächendeckende Gesundheitsversorgung statt Zwei-Klassen-Medizin und Teuerungsbekämpfung durch gestaffelte Wärmepreisdeckel und Einfrieren der Mieten.

Kurzum: Doskozil steht für den klassischen Sozialdemokraten aus kleinen Verhältnissen, aufstiegsorientiert und die gegebenen Verhältnisse für die eigenen Zwecke in Dienst nehmend. Damit grenzten sich die gemäßigten, reformorientierten Sozialdemokraten von den umsturzwilligen Kräften schon zu Kaisers Zeiten im 19. Jahrhundert ab. Nichts anderes besagt auch der Claim auf Doskozils Webseite: „Geben wir die Sozialdemokratie jenen zurück, für die sie gegründet wurde.“



Vertreterin einer Sozialdemokratie, die sich nicht scheut, ihre Politik wieder stärker an den Interessen und Wünschen der „kleinen Leute“ auszurichten: Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen am Abend ihres Wahlerfolgs im November 2022

Foto: pa

Sein Gegenspieler und neuer Parteivorsitzender Andreas Babler, 50, personifiziert hingegen den Typus des urbanen Salonlinken, der so tut, als wolle er das System stürzen, in Wahrheit aber auch nur vom Aufstieg träumt. Babler kommt aus einer Arbeiterfamilie im Industriestädtchen Traiskirchen bei Wien. Die Höhere Technische Lehranstalt in Mödling brach er ab, verdingte sich als Maschinen Schlosser und Lagerarbeiter, eine Lehre hat er nie abgeschlossen. Nach dem Wehrdienst stieg er bei der Sozialistischen Jugend der SPÖ (SJ) vom Landessekretär zum Bundessekretär auf, jobbte als Schichtarbeiter und Gemeindebediensteter in Traiskirchen. 2014 wurde er dort zum Bürgermeister gewählt.

Ein europäisches Phänomen

Die SJ gilt als marxistisch-leninistisch, noch heute nennt sich Babler einen Marxisten. Er hat den Untergang Jugoslawiens beklagt und die EU das „aggressivste militärische Bündnis, das es je gegeben hat“ genannt – „schlimmer als die NATO“. Zweifellos kann Babler mit seinem systemkritischen Habitus auch Wutwähler ansprechen, die derzeit, wie in Salzburg und Graz, die Kommunistische Partei wählen oder eben die FPÖ. Unzufriedenheit braucht kein politisches Programm, sondern eine emotionale Resonanz, um Geborgenheit zu finden.

Aber auch Doskozil hat gute Chancen, im FPÖ-Klientel zu wildern, die die Freiheitliche Partei in aktuellen Umfragen mit rund 30 Prozent zur stärksten Kraft im Lande macht. Doskozil ist ein Mann, wie ihn von politischen Eliten enttäuschte Bürger mögen: Voller Tatkraft und Machtinstinkt, dabei bodenständig und mit seiner rauen Stimme infolge eines Kehlkopfleidens nicht aalglatt im Auftreten, sondern nahbar und burschikos. Ihm trauen SPÖ-Funktionäre eher zu als Babler, den Freiheitlichen Prozente abzugeben.

Genau dies ist das Hauptproblem bei Sozialdemokraten in ganz Europa. Seit mehr als zwei Jahrzehnten wendet sich die traditionelle Arbeiterklientel von ihrer sozialdemokratischen Hauspartei ab und sucht Nestwär-

me an den politischen Rändern. In Deutschland konnte die Linkspartei viele Jahre entflohene SPD-Wähler abschöpfen. Heute profitiert die AfD vom Frust der Menschen auf Union, SPD, Grüne und FDP.

So sehr CDU/CSU dabei versagen, die heimatlosen bürgerlichen Wähler einzufangen, so sehr scheitert die SPD daran, die Protestenergie im Lande unter ihrem Dach zu institutionalisieren. Eine Partei der Arbeiter, Kleinbürger und Handwerker ist die SPD schon lange nicht mehr. Seit den 1970er Jahren wurde sie vom linksakademischen Bürgertum gekapert. Die Dienstboten blieben draußen vor. Zudem ist die Bundesrepublik so sehr durchsozialdemokratisiert, dass sich sogar ein ehemaliger CSU-Chef wie Horst Seehofer als letzten Sozialdemokraten Bayerns bezeichnete, wie der Ex-Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, Sigmund Gottlieb, verriet.

Opfer des Wohlfahrtsstaats

In allen westeuropäischen Ländern haben Sozialdemokraten ihre Wohlstandsdividende, den Wohlfahrtsstaat, errungen und sich damit strukturell überflüssig gemacht. In Frankreich ist der *Parti socialiste* auf 1,75 Prozent marginalisiert, während die Nationale Sammlung von Marine Le Pen zur zweiten Kraft in der Republik erstarkt. In Italien hat der *Partito Democratico* (PD) zuletzt 19,07 Prozent erhalten und Giorgia Melonis rechtskonservative *Fratelli d'Italia* können mit 26 Prozent eine Mitte-Rechts-Koalition anführen. Auch hier das gleiche Problem: Der PD unter Parteichefin Elly Schlein, 37, punktet mit Mindestlohn, höheren Steuern für Reiche und mehr Solidarität mit Flüchtlingen beim großstädtischen, gebildeten Mittelstand, aber italienische Arbeiter wählen lieber die rechte Lega.

Ein sozialdemokratischer Jungstar wurde gerade in Finnland aus dem Sattel gehoben: Sanna Marin, 37, seit 2019 jüngste Regierungschefin der Welt, war das Postergirl für alle jene, die eine sozialdemokratische Renaissance unter weiblicher Führung herbeisehnten. Im April wurde sie abgewählt. Zu-

Mit ihren Konzepten gehören die dänischen Genossen zweifellos zu den kreativsten Problemlösern in Europa und lassen insbesondere die deutsche Sozialdemokratie mutlos und blass aussehen

viele Schulden gefährdeten das Sozialsystem, kritisierten ihre Gegner. Nun wird auch Finnland von Mitte-Rechts regiert – ohne Sozialdemokraten.

Der dänische Weg

Machtpolitisch raffinierter sind die Genossen in Dänemark verfahren. Im vergangenen Jahrhundert machte die Arbeiterbewegung das Land zum Wohlfahrtsstaat. Ein Königreich, dominiert von Sozialdemokraten. Die Dänische Volkspartei war die erste rechtspopulistische Partei in Europa, die in den neunziger Jahren den Kampf gegen Zuwanderung mit der Verteidigung der Wohlfahrtsprivilegien verknüpfte. Als Mette Frederiksen 2015 die Sozialdemokratische Partei übernahm, war klar, dass die Mehrheit der Dänen die liberale Haltung zur Migration ablehnen. Frederiksen schuf einen Mix aus linker Sozial- und Steuerpolitik sowie einer restriktiven Migrationspolitik. Bessere Kitas, mehr Lehrer, stärkere Besteuerung Vermögenger durch Aktien-, Erbschaft-, Banksteuern. Dazu weniger Einwanderung, finanzielle Unterstützung von Flüchtlingen außerhalb Europas, eine bessere Eingliederung von Zuwanderern, die bereits in Dänemark leben. 2019 wurde Frederiksen Partei mit 25,9 Prozent stärkste Kraft und ließ sich als Minderheitsregierung von den Linksparteien des Roten Blocks tolerieren. 2022 wurden die Sozialdemokraten bei Neuwahlen mit 27,5 Prozent erneut stärkste Parlamentsfraktion, Frederiksen führt seit her eine Mitte-Links-Regierung.

Mit ihren Konzepten gehören die dänischen Genossen zweifellos zu den kreativsten Problemlösern in Europa und lassen insbesondere die deutsche Sozialdemokratie mutlos und blass aussehen.

● Holger Fuß ist Publizist und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und das Zeitgeschehen. 2019 erschien von ihm „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag). www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Zunehmende Skepsis

Berlin – Mittlerweile sprechen sich bereits 48 Prozent der Deutschen dafür aus, keine weiteren Flüchtlinge mehr aufzunehmen und die Grenzen der Bundesrepublik sofort für derartige Immigranten zu schließen. Das ergaben die repräsentativen Befragungen im Rahmen der Ipsos-Global-Advisor-Studie „World Refugee Day. Global attitudes towards refugees“, die zwischen dem 21. April und dem 5. Mai dieses Jahres unter Mitwirkung von insgesamt 21.816 Personen aus 29 Ländern durchgeführt wurden. Bei der Umfrage zum selben Thema zwölf Monate zuvor hatten nur 32 Prozent der deutschen Probanden für einen Aufnahmestopp und Grenzsicherungen votiert. Außerdem sind jetzt 62 Prozent der Befragten in Deutschland der Meinung, die meisten Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik kämen, täten dies aus wirtschaftlichen Gründen. Und nur 40 Prozent der Deutschen hegen noch die Hoffnung, dass die Neuankömmlinge für Deutschland einen positiven Beitrag leisten könnten. **W.K.**

Zahlen wider Faesers These

Berlin – Während Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) weiterhin den Rechtsextremismus als die größte Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands bezeichnet, sprechen die Zahlen der Bundesanwaltschaft eine andere Sprache. Diese leitete im ersten Quartal des laufenden Jahres 18 Verfahren wegen des Verdachts auf schwere rechtsextrem motivierte Straftaten ein, denen 260 Verfahren gegen mutmaßliche gewaltbereite Islamisten gegenüberstehen. Das geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Martin Hess hervor. Weitere 68 Verfahren wurden wegen Straftaten im Zusammenhang mit „ausländischen Ideologien“ eröffnet. Hier stehen keine radikalen Moslems im Fokus, sondern Immigranten, die politische Ziele auf rechtswidrige Weise verfolgen. Somit setzt sich die Entwicklung von 2022 fort, als es zu mehr als 250 Verfahren gegen islamische Terroristen, aber nur 19 gegen Rechts-extremisten kam. **W.K.**

Senatorin korrigiert Kurs

Berlin – Berlins neue Verkehrssenatorin Manja Schreiner will den Radwegplan der rot-grün-roten Vorgängerregierung auf den Prüfstand stellen. In einer Mitteilung informierte die CDU-Politikerin darüber, dass sie die Bezirke der Hauptstadt aufgefordert habe, bereits geplante Radwegprojekte vorerst zu stoppen. Weiterverfolgt würden zwar Vorhaben zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, etwa bei Schulen oder Kitas. Tempo 30 solle aber nicht mehr auf langen Strecken oder zum Lückenschluss ausgewiesen werden. Große Straßen müssten für den Pendler-, Wirtschafts- und Lieferverkehr leistungsfähig bleiben, so Schreiner. Ziel sei ein „insgesamt funktionierender Verkehrsmix für alle“. Ihre Vorgängerin Bettina Jarasch (Grüne) hatte mit ihrer radikalen Anti-Auto-Politik viel Kritik eingefahren. **H.H.**



Spricht jetzt ganz offiziell von „grüner Meinungsdictatur“: Der Gründer und Leiter des Forsa-Umfrageinstituts, Manfred Güllner

Foto: pa

AFD

Folge grüner Meinungsheer

Demoskop Güllner bestätigt die These vom Rechtsruck durch links-grüne Politik

VON BODO BOST

Schon oft wurde seit der Regierungsbeteiligung der Grünen von grüner Meinungsdictatur gesprochen. Jetzt tut es auch der Chef des renommierten Forsa-Meinungsforschungsinstituts ganz offiziell. Manfred Güllner glaubt, wie die Umfragen belegen, dass ein Teil der ursprünglichen Ampel-Wähler von ihren Parteien enttäuscht ist. Die Ampel betreibe eine Politik, die in erster Linie von der grünen Wählerklientel, nicht aber von der Mehrheit der liberalen und vor allem der sozialdemokratischen Wähler für richtig befunden wird.

Viele frühere SPD-Wähler in normalen Arbeitsverhältnissen hätten den Eindruck, dass sich „ihre“ einstige Partei zu sehr einer Art grüner Diktatur beugt. Als Beispiele fügte Güllner die Abschaltung der Kernkraftwerke im April an, die nur von einer Mehrheit der grünen Wähler befürwortet wurde, aber von einer Mehrheit in der Wissenschaft, der Bevölkerung und aller anderen Parteien nicht gewollt wur-

de. Ähnlich sei es mit dem Verbot des Verbrennungsmotors sowie der Gas- und Ölheizungen oder bei der Gendersprache gewesen. Eine solche überragende Macht im Parteienspektrum haben die Grünen nur durch eine geschickte Inszenierung einer Art „Zeitgeist“ erhalten, den sie für sich eingespannt haben.

So ist es zu erklären, dass nicht nur die Politik auf Bundesebene, sondern auch viele Kommunen, in denen die Grünen nicht in Verantwortung sind, sich mehr und mehr an einem vermeintlich grünen Zeitgeist orientieren. Dies führe zu „Aufweichungen“ innerhalb der Wählerschaft. Die Ampel – und nicht die CDU – treibe die meisten neuen Wähler zur AfD, behauptet Güllner.

Die große Mehrheit der früheren SPD-Wähler habe den Eindruck, dass sich ihre einstige Partei zu sehr einer Art grüner Meinungsdictatur beugt. Ähnlich hatte sich vor der Ampel bereit die Merkel-Regierung einem linken Zeitgeist verschrieben, der die jetzige CDU in eine tiefe Identitätskrise gestürzt hat und viele ih-

rer Wähler zur AfD getrieben habe. In der Tat war das bundesdeutsche Parteiensystem bereits in den 1980er Jahren durch die Gründung der Grünen in Bewegung geraten. Dies hat zu ersten Zerwürfnissen in der Parteienlandschaft geführt. Erst als Angela Merkel eine linksliberale Politik für alternativlos erklärte, bildete sich die AfD, die ihrerseits von der Orientierungslosigkeit der Wähler profitierte.

Merz ist unschuldig

Die AfD kann derzeit mit Zustimmungswerten zwischen 18 bis 20,5 Prozent der Wählerschaft rechnen. Dies sei nur möglich, da die AfD – anders als frühere rechtsradikale Bewegungen – nicht nur ein immer vorhandenes Potential von Anhängern für rechtes Gedankengut zu gewinnen vermochte, sondern auch Alternativen in der Orientierungslosigkeit anbot. Güllner glaubt, dass die Politik der Ampel vor allem bei der grünen Wählerklientel populär ist, nicht jedoch bei der Mehrheit der liberalen und sozialdemokratischen Wähler. Demnach versucht ei-

ne „kleine elitäre Minderheit der oberen Bildungs- und Einkommensschichten“, die sich grünes Gedankengut leisten und es verstehen kann, der großen Mehrheit der Gesellschaft, gleich welcher Parteien, ihre Werte durch Belehrungen oder Verbote aufzuzwingen. Viele Wähler wollten sich jedoch nicht zwangsbeglücken lassen und ziehen es vor, selbst Herr ihres Glücks zu bleiben.

In der Tat hat der Zeitgeist schon für manche Überraschungen gesorgt. Dasselbe gelte auch für die Zeitenwende im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg, der bei vielen Bürgern Schreckens- und Abstiegsängste verursacht habe. Dies habe jedoch nicht zu einer Wahlentscheidung für die AfD beigetragen. Für viele Menschen aus dem Mittelstand, nicht nur für jene, die AfD wählen, spiele jedoch die große Sorge um einen Statusverlust in der Gesellschaft eine entscheidende Rolle.

Güllner widersprach auch der Behauptung aus dem linken politischen Spektrum, dass Friedrich Merz mit umstrittenen Äußerungen den Diskurs nach rechts verschoben und den Aufstieg der AfD damit befördert habe. Die AfD sei nicht „Fleisch aus dem Fleisch der Union“, so Güllner. Der jetzige Rechtsruck sei mehr die Folge eines Versagens der Ampel, die mit überstürzten Reformen, die nicht mehrheitsfähig sind, im Namen des Zeitgeists Politik zu machen versuche, so die Analysen des Forsa-Chefs.

WASSERWENDE

„Leitungswasser trinken“

Wissenschaftler kritisieren Mineralwasser wegen seines „CO₂-Fußabdrucks“

Auch ein Veganer, der nur von pflanzlicher Kost und Wasser lebt, fügt der Umwelt beziehungsweise dem Klima noch erheblichen Schaden zu, wenn er kein Leitungswasser konsumiert, sondern solches aus Flaschen, selbst wenn dieses nicht mit dem „Klimakiller“ Kohlendioxid versetzt ist. So lautet die Quintessenz der Studie „Vergleich des CO₂-Fußabdrucks von Mineral- und Trinkwasser“, die David Kroll, Frank Blume und Felicitas Buck von der GUT Zertifizierungsgesellschaft für Managementsysteme Berlin (GUTcert) im Auftrag des für eine „Wasserwende“ Eintretenden Vereins „a tip: tap“ erstellten.

Bei der Erfassung der „spezifischen Treibhausgasemissionen unterschiedlicher Wässer entlang des gesamten Lebenswegs“ kamen die drei Umweltgutachter zu dem Ergebnis, dass es bei der

Gewinnung und Aufbereitung des späteren Mineralwassers, der Flaschenherstellung, -reinigung und -entsorgung beziehungsweise -wiederverwertung sowie dem Transport bis hin zum Endverbraucher zur Freisetzung von 202,74 Gramm Kohlendioxid pro Liter komme, was aber nur für stilles Wasser ohne Zusatz von Kohlensäure gelte.

Beim Trinkwasser aus der Leitung gehen die GUTcert-Experten dahingegen von Gesamtemissionen von 0,35 Gramm pro Liter aus: „Das bedeutet, dass für den betrachteten Lebensweg von Mineralwasser die 586-fachen Emissionen anzusetzen sind, wie für den von Trinkwasser.“

Anschließend wagen Kroll, Blume und Buck dann auch eine Bewertung unter Einbezug zweier weiterer Faktoren, nämlich der Kühlung im Zeitraum zwischen

dem Kauf beziehungsweise der Entnahme aus der Wasserleitung und dem Verbrauch sowie der Hinzufügung von Kohlensäure durch den Hersteller oder Konsumenten. Hierdurch erhöhe sich der „Gesamtemissionsfaktor“ bei Mineralwasser auf 273,94 und bei Leitungswasser auf 5,64 Gramm CO₂ pro Liter. Damit, so die Umweltgutachter, sei das Mineralwasser aus Flaschen immer noch 49 Mal klimaschädlicher als das, was die Stadtwerke in die Leitungen einspeisen.

Wie nicht anders zu erwarten, stieß die Studie in einschlägigen Kreisen sofort auf Interesse. So meldete das grüne Magazin für Social Media, Marketing, Online-Business und Tech-Themen „BASIC thinking“: „Betrachtet man ... die Differenz zwischen Trink- und Mineralwasser“ bei den CO₂-Emissionen und „rechnet diese

hoch auf den jährlichen Flaschenwasserkonsum der Deutschen (aktuell 181,4 Liter) und die Einwohnerzahl (83.020000) wird klar: Es geht hier um drei Millionen Tonnen CO₂.“ Und das sei alles andere als ein Pappentwurf: „Mineralwasser aus Flaschen verbraucht (!) rund 1,5 Mal so viel CO₂ wie der gesamte innerdeutsche Flugverkehr.“

Daher gebe es für umweltbewusste Menschen letztlich nur eine mögliche Lösung: „Leitungswasser trinken“. Denn selbiges, so die Expertin von „BASIC thinking“ namens Beatrice Bode, sei „in Deutschland überall von guter bis sehr guter Qualität und kann bedenkenlos getrunken werden.“ Dabei unterschlägt sie allerdings mögliche Belastungen durch Nitrate und andere Chemikalien sowie Keime aller Art. **Wolfgang Kaufmann**

INDUSTRIE

Linkes Lager streitet über Rheinmetall

Ministerpräsident Woidke will Rüstungsproduktion nach Brandenburg holen – Linkspartei sträubt sich

VON HERMANN MÜLLER

Das Düsseldorfer Rüstungsunternehmen Rheinmetall will in Deutschland Teile für den amerikanischen F-35-Kampfbomber produzieren. Die Ansiedlung des Werkes wird etwa 500 gut bezahlte Arbeitsplätze und entsprechende Steuereinnahmen bringen. Trotz solcher Aussichten haben die Ansiedlungspläne für Streit gesorgt. Bereits im Februar hatte Rheinmetall eine Kooperation mit den US-Unternehmen Lockheed Martin und Northrop Grumman bekannt gegeben. Bei der Zusammenarbeit geht es um die Produktion von Rumpfmittelteilen für die F-35 in Deutschland.

Zum Aufbau der neuen Produktionsstätte will Rheinmetall rund hundert Millionen Euro investieren. Zu den Bundesländern, die sich in den vergangenen Wochen ins Spiel gebracht haben, gehören neben Niedersachsen und Bremen, auch Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Auch Brandenburgs Landesregierung bestätigte im Juni Ambitionen, als Gewinner aus dem Rennen um die Werksansiedlung hervorzugehen. Im Potsdamer Landtag erklärte Wirtschaftsstaatssekretär Hendrik Fischer (SPD): „Wir bemühen uns darum, Zulieferer für die Ausrüstung der Bundeswehr nach Brandenburg zu holen.“

Der Linkspartei-Fraktionsvorsitzende Sebastian Walter warf der Landesregierung daraufhin vor, an der Öffentlichkeit und am Parlament vorbei Geheimgespräche zu führen, um Brandenburg zu einem Rüstungsstandort zu machen. Walter erklärte zudem: „Mit der Anwerbung von Rheinmetall in Brandenburg begeht die Landesregierung einen Tabubruch.“ Brandenburg dürfe keine Geschäfte mit dem Tod machen, so der Fraktionschef.

Tatsächlich war die Linkspartei zu dem vom Fraktionsvorsitzenden geäußerten „Tabubruch“ selbst bereit gewesen, als sie in Brandenburg noch in Regierungsverantwortung stand. Im Jahr 2012 hatte sich nämlich der damalige Linke-Wirtschaftsminister Ralf Christoffers für den Umzug der AC&S GmbH vom Bodensee ins Luftfahrtzentrum Wildau bei Berlin eingesetzt. Zu den Projekten des Unternehmens gehörten seinerzeit auch Rüstungsvorhaben wie der Kampfhub-



Soll teilweise auch in Deutschland montiert werden: F-35-Kampfbomber im Manöver

Foto: pa

schauber „Tiger“ und der Militärtransporter A400M. Bei der Ankündigung des Firmenanzugs im September 2012 hatte Christoffers von einem „guten Tag für die deutsche Hauptstadtregion“ gesprochen.

„Extrem schädliche“ Aussagen

Brandenburgs Grüne, damals noch in der Opposition, hatten vor zehn Jahren dagegen noch zu den scharfen Kritikern der Ansiedlung des Luftfahrtunternehmens gehört. Als Teil der rot-schwarz-grünen Landesregierung tragen sie nun die Bemühungen von Ministerpräsident Dietmar Woidke und Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (beide SPD) um eine Ansiedlung des Rüstungskonzerns zumindest zähneknirschend mit. „Wir sind da nicht begeistert“, so der Grünen-Fraktionsvorsitzende Benjamin Raschke. „Aber wir haben eine Parlamentsarmee, wir haben einen Parlamentsbeschluss, und deshalb ist das jetzt für uns kein No-Go.“

Mit dieser Haltung ersparen die Grünen dem Regierungsbündnis einen zusätzlichen Krach. Bei Fragen wie etwa der

Einführung stationärer Grenzkontrollen an Oder und Neiße knirscht es zwischen Brandenburgs Grünen und der CDU ohnehin immer wieder heftig. Eine Blockadehaltung der Grünen gegenüber der Rheinmetall-Ansiedlung hätte möglicherweise ein Streit zu viel für die rot-schwarz-grüne Koalition gewesen sein können.

In Mecklenburg-Vorpommern ist es vor dem Hintergrund der Standortsuche von Rheinmetall inzwischen tatsächlich zu einem heftigen Streit in der rot-roten Regierung gekommen. Laut Recherchen des „Nordkurier“ hat Rheinmetall in den jüngsten Wochen bundesweit 70 potentielle Standorte für die neue Produktionslinie geprüft. Wie die Zeitung berichtet, soll zu den Standorten, die es in die Endrunde des Auswahlverfahrens geschafft haben, auch ein Standort in Mecklenburg-Vorpommern gehören.

Wie schon ihre Brandenburger Genossen machen auch in Schwerin Linke-Politiker Stimmung gegen eine Ansiedlung von Rheinmetall. Diese Anti-Haltung hat allerdings in Schwerin eine viel höhere

Bedeutung. Die Linkspartei sitzt hier nämlich als kleinerer Koalitionspartner zusammen mit der SPD in der Regierung. Als Juniorpartner von Manuela Schwesigs SPD haben die Linksaußen-Genossen den Aufbau des Marinearsenals der Bundeswehr in Warnemünde und auch Überlegungen zum Bau von U-Booten bei ThyssenKrupp Marine Systems in Wismar noch mitgetragen. Die Aussicht, nun auch noch Standort eines Rheinmetallwerkes zu werden, ist der Linken aber offenbar zu viel.

Torsten Koplín, Parlamentarischer Geschäftsführer der Linke-Fraktion im Schweriner Landtag, verkündete im Juni: „Es findet nicht unsere Zustimmung, weitere Rüstungsunternehmen im Land anzusiedeln.“ Beim Regierungspartner SPD löste die Blockadehaltung teilweise sehr scharfe Reaktionen aus. Johannes Arlt, SPD-Bundestagsabgeordneter aus dem Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, sprach von „extrem schädlichen“ Aussagen und arbeitsmarktpolitisch verantwortungslosem Verhalten.

HAUSHALT

Bayern nimmt Finanzausgleich ins Visier

Klage noch vor der Sommerpause? Berlin profitiert bislang am meisten vom Geldsegen aus München

Zusammen mit Hessen hatte der Freistaat Bayern im Jahr 2013 eine Klage gegen den damaligen Länderfinanzausgleich eingereicht. Nachdem sich Bund und Länder auf eine Neuordnung des Umverteilungssystems geeinigt hatten, zogen beide Bundesländer ihre Klage im Jahr 2017 wieder zurück. Seit März dieses Jahres liegt nun von der bayerischen Staatsregierung die Ankündigung vor, erneut eine Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich einzureichen.

Gegenüber der „Bild am Sonntag“ hatte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) im März erklärt, noch im ersten Halbjahr „eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich einreichen“ zu wollen, das Ausgleichssystem sei „einfach nur noch unfair und ungerecht“. „Wir sind solidarisch, aber nicht naiv.“ CSU-Generalsekretär Martin Huber kündigte zudem

an, dass die Klage vor der Sommerpause erfolgen solle. Da die politische Sommerpause in Bayern im August beginnt, müsste die Staatsregierung noch im Laufe des Juli aktiv werden.

Politische Beobachter rätseln, ob die angekündigte Klage Teil des Wahlkampfes von Söder ist – in Bayern finden im Oktober Landtagswahlen statt – oder, ob sich der Freistaat bei den Verhandlungen zur jüngsten Reform des Finanzausgleichs möglicherweise kräftig verrechnet hat. Tatsächlich ist Bayern auch nach der Reform des Länderfinanzausgleichs mit Abstand der größte Einzahler des Systems geblieben. Zwischen den 16 Bundesländern sind vergangenes Jahr insgesamt 18,5 Milliarden Euro umverteilt worden. Davon trug Bayern mit 9,9 Milliarden Euro die Hauptlast. Größter Profiteur war Berlin. Für Söder birgt das Thema allerdings

nicht nur Potential für den Wahlkampf, es birgt auch ein politisches Risiko.

Schon bei der Ankündigung der Klage hatte sich Söder nämlich anhören müssen, er habe das bestehende System selbst mitverantwortet. Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Schrödi, erinnerte beispielsweise daran, dass Söder den Länderfinanzausgleich „vor der letzten bayerischen Landtagswahl federführend verhandelt und als großen Wurf bezeichnet“ habe.

Bezirke schlagen Alarm

Der bayerische SPD-Vorsitzende Florian von Brunn hatte Söder vorgeworfen, mit der 2017 zurückgezogenen Klage die Defekte des Ausgleichssystems „teilweise noch verstärkt“ zu haben. Andere Geberländer wollen sich bislang nicht einer Klage Bayerns anschließen. Die Regierungen

in Hessen und Baden-Württemberg drängen allerdings ebenfalls auf eine nochmalige Reform des Systems.

Parallel zu den Klagevorbereitungen in München laufen in Berlin derzeit die Verhandlungen für den kommenden Doppelhaushalt. Die Stadt erwartet laut Steuerschätzungen für dieses und die beiden folgenden Jahre stabile Steuereinnahmen. „Die Entlastungsmaßnahmen haben sich also ausgezahlt“, so Berlins Finanzsenator Stefan Evers. Der CDU-Politiker warnte dabei aber auch, dass die Maßnahmen auf das Ergebnis drücken: „Zusätzliche finanzielle Handlungsspielräume gibt es somit nicht.“ Begleitet werden die Haushaltsverhandlungen von Warnungen Berliner Bezirke, die unter anderem angekündigt haben, Bürgerämter schließen zu müssen, wenn sie vom Land Berlin nicht deutlich mehr Geld bekommen. H.M.

KOLUMNE

Kritik an Gendersprache

VON THEO MAASS

Iris Spranger von der Berliner SPD ist Innensenatorin und scheint gern provozieren zu wollen. Berlin ist Gastgeber der dreitägigen Innenministerkonferenz (IMK). Als Gastgeberin der Frühjahrstagung „verzierte“ Spranger TV-Wände, Blöcke und Kulissen mit dem neuen Logo „Innenminister:innenkonferenz“ und dem Berliner Bären in Regenbogenfarben.

Spranger versuchte ihr Verhalten zu erklären: „Es geht mir darum, unser aller Vielfalt sichtbar zu machen. Zeitgleich ist es ein Zeichen gegen Hass und Hetze, gegen Strömungen, die an den Grundfesten unseres Miteinanders rütteln und versuchen, unsere Demokratie ins Wanken oder gar zum Sturz zu bringen.“ Welch ein Unsinn! 70 bis 80 Prozent der Menschen in diesem Land sind gegen die Vergewaltigung unserer Sprache.

Die meisten Innenminister, die in Berlin zu Gast waren, wie der Hesse Peter Beuth (55, CDU) äußerten Kritik an Sprangers „Haltung“: „Es (das Gendern, d. Red.) lenkt vom eigentlichen Inhalt ab und macht bislang eingängige und gut verständliche Worte unnötig kompliziert und unverständlich.“ Unlängst hatte der Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) noch erklärt, dass er in seinem Amtsbereich nicht gendern wolle. So will Spranger offenbar auch innerhalb der Berliner Koalition auf Distanz gehen.

Tatsächlich macht sie sich aber mit Sprachextremisten gemein und zeigt ein erhebliches Maß an Respektlosigkeit gegenüber der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit. Wenn also – wie im thüringischen Sonneberg geschehen – die Alternative für Deutschland (AfD) neue Erfolge feiert, und Gründe dafür gesucht werden, dann darf sich auch Senatorin Spranger fest an die eigene Nase fassen.

MELDUNG

Massiver Zuzug von Ausländern

Berlin/Potsdam – Ein starker Zuzug von Ausländern hat in Berlin und Brandenburg die Bevölkerung wachsen lassen. In Berlin stieg die Bevölkerungszahl im vergangenen Jahr um rund 78.000 Bewohner. Mit rund 3,8 Millionen Einwohnern leben in der deutschen Hauptstadt mittlerweile wieder so viele Menschen wie zuletzt Anfang der 1940er Jahre. Die Anzahl der Deutschen ging in Berlin mit rund 2,9 Millionen 2022 im sechsten Jahr in Folge zurück. Die Zahl der Ausländer stieg dagegen um rund 92.000 auf etwa 834.000 Menschen. Starken Anteil an dieser Entwicklung hatte der Zuzug von Ukrainern, die mittlerweile nach Deutschen und Türken die drittstärkste Bevölkerungsgruppe in Berlin stellen. Auch in Brandenburg hat der Zuzug von Ukrainern zum stärksten Bevölkerungsanstieg seit 1990 geführt. Laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg lebten am 31. Dezember 2022 in der Mark insgesamt 2.573.135 Menschen. H.M.

● MELDUNGEN

EU will Nachschlag

Brüssel – Wie aus Kreisen der Europäischen Kommission mitgeteilt worden ist der EU-Haushalt in Höhe von insgesamt 1,8 Billionen Euro, den die Kommission Anfang 2021 für den Zeitraum bis 2027 verabschiedet hat, schon jetzt „bis zum Maximum ausgereizt“. Verantwortlich hierfür sind vor allem die wachsenden Aufwendungen für die Unterstützung der Ukraine. Nun steht eine Aufstockung um 66 Milliarden zur Diskussion. Allerdings sieht Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) keinen Spielraum für Nachzahlungen seitens der Bundesrepublik. Diese stelle bereits mit 432 Milliarden Euro den höchsten Beitrag eines Mitgliedslandes zur Finanzierung des EU-Haushalts zur Verfügung. Der EU empfahl er, klare Prioritäten zu setzen und gegebenenfalls Mittel umzuschichten. W.K.

Vom Saulus zum Paulus

Menlo Park – Der Vorstandsvorsitzende des IT-Konzerns Meta Platforms und Gründer des sozialen Netzwerkes Facebook, Mark Zuckerberg, hat Medienvertretern mitgeteilt, dass „das Establishment“ der Vereinigten Staaten während der Corona-Pandemie von seinem Unternehmen „die Zensur einer Reihe von Dingen gefordert hat, die sich im Nachhinein als eher umstritten oder wahr erwiesen haben“. Dieses Eingreifen des Staates, so Zuckerberg, „untergräbt wirklich das Vertrauen“. 2021, auf dem Höhepunkt der Covid-19-Pandemie hatte sich Zuckerberg noch gegenüber der CBS-Moderatorin Gayle King damit gebrüstet, dass Facebook insgesamt etwa 18 Millionen Beiträge mit „schädlichen Fehlinformationen“ über den Krankheitserreger SARS-CoV-2 entfernt habe, weil diese gegen die Richtlinien seines Unternehmens verstößen hätten. Betroffen waren vor allem Einträge zur möglichen Herkunft des Erregers aus einem chinesischen Labor gewesen. W.K.

Polen klagt vor dem EuGH

Luxemburg – Polen klagt vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen die verschärften Kohlendioxidemissionsregeln für Kraftfahrzeuge. Die seit 2021 amtierende parteilose Klima- und Umweltministerin Polens, Anna Moskwa, hat den Schritt vorletzten Montagabend im Rundfunksender Radio Zet angekündigt. Wörtlich kritisierte sie, „Autos mit Verbrennungsmotor im Jahr 2035 zu verbieten“ sei „für alle europäischen Volkswirtschaften ungünstig“. „Ich hoffe, dass sich andere Länder anschließen werden“, so die Ministerin weiter. Österreich scheint in dieser Frage nicht abgeneigt. Die Verkehrssprecherin der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) im Europaparlament, Barbara Thaler, ergänzte: „Die Grundkonstruktion, nämlich E-Autos per Gesetz als CO₂-frei zu deklarieren, nützt weder dem Klima noch den Konsument:innen oder unserer Wirtschaft.“ Bei der Abstimmung auf EU-Ebene votierte Polen gegen die neue Verordnung. Italien, Bulgarien und Rumänien enthielten sich. F.B.

CHINA

Die Suche nach Patient Nr. 1

Die Hinweise verdichten sich, dass die Corona-Pandemie im Wuhan Institute of Virology ausbrach

VON WOLFGANG KAUFMANN

Seit Ausrufung der Corona-Pandemie tobt der Streit darüber, ob der Krankheitserreger SARS-CoV-2 aus der Natur kommt oder eine Züchtung von Forschern des Wuhan Institute of Virology (WIV) der Chinesischen Akademie der Wissenschaften ist. Letzterer Verdacht wurde lange als „Verschwörungstheorie“ abgetan, inzwischen gehen aber auch maßgebliche Institutionen in den Vereinigten Staaten wie das Außenministerium und das Federal Bureau of Investigation (FBI) davon aus, dass einige Forscher des WIV bereits im Spätherbst 2019 und damit deutlich vor dem von China gemeldeten Covid-19-Ausbruch, unter Corona-Symptomen litten. In dem Fall deutet alles auf einen Laborunfall hin, wie der FBI-Direktor Christopher Wray im Februar dieses Jahres klarstellte.

Allerdings scheint es noch wesentlich mehr Behörden beziehungsweise Regierungsmitarbeiter der USA zu geben, die den Virus für Menschenwerk halten. Das

ergibt sich aus zwei aktuellen Beiträgen auf den unabhängigen Online-Plattformen „Public“ und „Racket News“ von den US-Journalisten Michael Shellenberger und Matthew Taibbi, die auch an der Veröffentlichung der Twitter Files beteiligt waren, sowie deren Kollegin Alex Gutentag.

Drei „Patienten Nummer Null“

In den Texten heißt es: „Nach Jahren offizieller gegenteiliger Erklärungen sind nun bedeutende neue Beweise aufgetaucht, die die Annahme untermauern, dass das Virus SARS-CoV-2 versehentlich aus dem Wuhan Institute of Virology (WIV) entwichen ist.“

So hätten „mehrere US-Regierungsbeamte“ mitgeteilt, man wisse nun genau, welche Wissenschaftler des WIV im November 2019 als erste Menschen überhaupt mit dem Erreger infiziert gewesen seien. Dabei gebe es gleich drei mögliche „Patienten Nummer Null“, nämlich Yu Ping, Yan Zhu und Ben Hu. Und tatsächlich arbeiteten diese Forscher mit Coronaviren, wie etliche Artikel in Fachzeit-

schriften aus der Zeit ab 2017 zeigen, von denen einer übrigens auch zur Begutachtung an den Charité-Virologen Christian Drosten gegangen sein soll. Als Co-Autorin fungierte in den meisten Fällen Shi Zhengli. Die Leiterin des Zentrums für neu auftretende Infektionskrankheiten am WIV gilt als Kopf der chinesischen Gain-of-Function-Forschung an Coronaviren, deren Zweck darin besteht, derartige Erreger durch gezielte Mutationen

ansteckender und gefährlicher zu machen, um dann eventuelle Abwehrmittel zu finden.

Ben Hu wurde ganz offensichtlich von der prominenten Virologin protegirt, wie die kanadische Molekularbiologin Alina Chan vom Broad Institute of MIT and Harvard gegenüber „Public“ und „Racket News“ bestätigte: „Er war ihr Starschüler. Er hatte chimäre SARS-ähnliche Viren hergestellt und diese an humanisierten Mäusen getestet. Wenn ich raten müsste, wer diese riskante Virenforschung durchführte und am meisten Gefahr lief, sich versehentlich anzustecken, wäre er es.“

Erster Fall im August 2019

Zudem agierte Ben Hu offenbar recht vorsichtig. Dafür spricht nicht zuletzt ein Bericht im chinesischen Staatsfernsehen vom 29. Dezember 2017. In diesem wurde gezeigt, wie der Virologe und ein weiterer Labormitarbeiter ohne Schutzkleidung mit Proben hantierten und in der Natur nach Fledermausviren suchten.

Die Aussagen von Shellenberger, Taibbi und Gutentag wurden inzwischen von der britischen Tageszeitung „The Times“ bestätigt, die sich ebenfalls auf Quellen aus dem US-Außenministerium stützt. Ein weiterer Hinweis auf die brisante Rolle, die Ben Hu im Zusammenhang mit dem Corona-Ausbruch gespielt haben könnte, ist, dass er seit einiger Zeit verschwunden ist und sein Bild von den Internetseiten des WIV entfernt wurde.

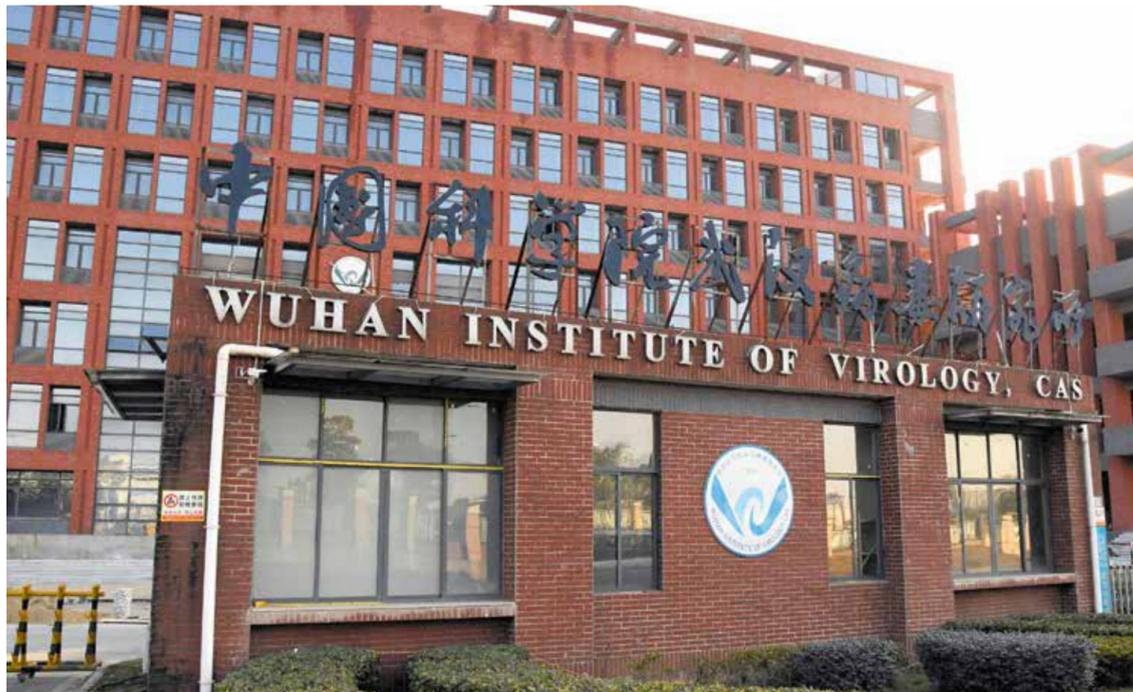
Währenddessen macht die Vermutung die Runde, dass die drei mutmaßlichen „Patienten Nummer Null“ vom November 2019 doch nicht die frühesten Covid-19-Fälle waren. Immerhin meldete die britische „Daily Mail“ bereits am 29. Mai 2021, die erste Infektion eines Menschen mit dem Erreger SARS-CoV-2 habe wohl im August oder September 2019 stattgefunden. Damals sei eine Anwohnerin des WIV mit Corona-Symptomen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Möglicherweise gab es also sogar zwei Ausbrüche des Erregers aus dem Labor in Wuhan.

Genauereres könnte die Öffentlichkeit aus einem entsprechenden Bericht der Direktorin aller US-Geheimdienste Avril Haines erfahren, der demnächst vorgestellt werden soll.

„Wenn ich raten müsste, wer am meisten Gefahr lief, sich versehentlich anzustecken, wäre es Ben Hu“

Alina Chan

Kanadische Molekularbiologin



Möglicherweise undicht: Das Institut für Virologie im chinesischen Wuhan

Foto: imago/kyodo News

WELTKLIMARAT

Unfehlbare Klimaforscher

Wissenschaftler zweifeln am Dogma von der Erderwärmung, das nur von einer Minderheit vertreten wird

Die Aufgabe des von den Vereinten Nationen eingerichteten Weltklimarats (IPCC) ist es, den Stand der wissenschaftlichen Forschung zum Thema Klimawandel zusammenzufassen und den Regierungen weltweit Entscheidungsgrundlagen zu liefern. Seine Sachstands- oder Sonderberichte gelten als „Goldstandard der Klimaforschung“ – nicht zuletzt, weil sie angeblich die Auffassung der überwiegenden Mehrzahl der Klimawissenschaftler wiedergeben.

Tatsächlich jedoch haben sich mittlerweile viele renommierte Experten vom IPCC abgewandt. Deshalb kann keine Rede davon sein, dass Konsens in der Frage des angeblich vom Menschen verursachten Klimawandels beziehungsweise der behaupteten Erderwärmung herrscht. Das zeigt nun auch eine Aufstellung des Internetportals „Electroverse“, die kritische Aussagen von 46 promi-

nenten Klimaforschern von dem US-Geographen Robert Balling bis zu dem spanischen Paläoklimatologen Eduardo Zorita über die Arbeit des Weltklimarats präsentiert.

Viele Experten monieren, dass der Ausschuss „zu politisch geworden“ und von „grünen Aktivisten“ unterwandert sei. Daraus resultiere die Herausgabe von Erklärungen zum Klimawandel, die man nur noch als „inszenierte Litanei von Lügen bezeichnen könne“, deren Zweck darin bestehe, die Öffentlichkeit zu täuschen und Lobbyarbeit zugunsten jener Industriezweige und Gruppierungen zu betreiben, die von der „Bekämpfung des Klimawandels“ profitieren.

Der britische Mediziner Paul Reiter, dem zufolge „von Insekten übertragene Krankheiten ... keine Klima-, sondern Armutskrankheiten“ darstellen, sprach in diesem Zusammenhang gar von einem

„obszönen“ Vorgehen, während der US-amerikanische Atmosphärenphysiker Murry Salby sagte, er bekomme „unwillkürliche Würgerreflexe“, wenn jemand behaupte, es bestünden keinerlei ernsthafte Zweifel am Klimawandel.

Sonneneaktivität wird unterschätzt

Denn die gibt es in reichlichem Maße. So verweisen die IPCC-Kritiker unter anderem darauf, dass „das globale Erwärmungsmodell des IPCC ... durch die wissenschaftlichen Daten nicht gestützt“ werde, „keine signifikante Beschleunigung des Anstiegs des Meeresspiegels“ zu beobachten sei und „steigende Kohlendioxidwerte in der Luft ... nicht zu einem Anstieg der globalen Temperaturen“ führten, womit die fachliche „Grundlage für die langjährige Behauptung, dass Kohlendioxid ein wichtiger Treiber des globalen Klimas ist“, fehle. Letztlich, so der US-

Klimatologe John Christy, glaube die Mehrheit der am IPCC beteiligten Wissenschaftler nicht an das Dogma von der Erderwärmung. Das werde aber von einer einflussreichen Minderheit ignoriert und finde daher auch keinen angemessenen Eingang in die IPCC-Berichte.

Insofern sei die Behauptung, 2500 der weltweit führenden Wissenschaftler seien sich einig, dass menschliche Aktivitäten einen erheblichen Einfluss auf das Klima hätten, unaufrichtig. „Die tatsächliche Zahl der Wissenschaftler, die diese Behauptung unterstützen, beträgt nur ein paar Dutzend“, so der Kritiker.

Der dänische Geophysiker Eigil Friis-Christensen fügte hinzu: „Das IPCC weigert sich, die Auswirkungen der Sonne auf das Erdklima ... zu betrachten. Das IPCC versteht seine Aufgabe lediglich darin, mögliche menschliche Ursachen des Klimawandels zu untersuchen.“ W.K.

VON HERMANN MÜLLER

Bereits seit dem Jahresanfang muss die PCK Raffinerie in Schwedt aufgrund einer Entscheidung der Bundesregierung auf russische Öllieferungen verzichten. Bei der monatelangen Suche nach Ersatzlieferanten ist nun offenbar ein Durchbruch geglückt. Am Rande eines Besuches von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Kasachstan ist eine Liefervereinbarung bekanntgegeben worden.

Demnach soll die Raffinerie in der Uckermark bis Ende kommenden Jahres jeden Monat 100.000 Tonnen Rohöl aus Kasachstan geliefert bekommen. Zumindest kurzfristig kann es der Raffinerie mit den regelmäßigen Lieferungen gelingen, die Lage zu stabilisieren. Experten gehen davon aus, dass die Liefermenge ausreichen wird, die Auslastung der riesigen Anlagen im Nordosten Brandenburgs um zehn Prozentpunkte steigen zu lassen. Seit PCK Schwedt auf Druck der Politik auf russisches Rohöl verzichten muss, ist die Auslastung der Raffinerie auf nur noch etwa 60 Prozent abgesunken. Um die Anlage langfristig rentabel zu betreiben, ist dieser Auslastungsgrad zu gering.

Pluspunkt des kasachischen Rohöls ist zudem, dass es in seiner Qualität dem über Jahrzehnte bezogenen russischen Öl der Marke Ural ähnelt. Die Anlage in Schwedt ist auf solche schweren Ölsorten eingerichtet. Auch die Bitumenproduktion hängt von der Verarbeitung von Ölsorten mit höherem Schwefelgehalt ab. Der Umstand, dass Rohöl aus Russland und aus Kasachstan sich in ihrer Qualität stark ähneln, hat bereits zu Vermutungen geführt, dass in Schwedt trotz offiziellem Importstopp auch weiterhin Öl aus Russland verarbeitet wird.

Sanktionsbrecher Kasachstan?

Schon im Jahr 2022 hatte der Wirtschaftsdienst Bloomberg berichtet, dass kasachisches Öl nach Almetjewsk in Russland gepumpt und mit Öl aus russischen Feldern zu einer gemeinsamen Exportsorte gemischt wird. Almetjewsk ist der Startpunkt der Ölpipeline, die auch die Raffinerie in Schwedt seit Jahrzehnten versorgt hat. Zudem ist Kasachstan auch noch der wichtigste Wirtschaftspartner Russlands. Das zentralasiatische Land sieht sich derzeit Vorwürfen ausgesetzt, für Russland eine wichtige Rolle bei der Umgehung westlicher Sanktionen zu spielen. Kasachstans Staatspräsident Qassym-Schomart Tokajew hat zwar angekündigt, die Sanktionen westlicher Länder gegen Russland „nicht verletzen“ zu wollen. Beobachtern ist allerdings auf-



Die riesige Anlage hat einen entsprechenden Ölbedarf: PCK Raffinerie in Schwedt

Foto: Ralf Roletschek

ENERGIE

„Eine gute Nachricht für Schwedt“

Die PCK Raffinerie soll bis Ende nächsten Jahres jeden Monat 100.000 Tonnen Rohöl aus Kasachstan geliefert bekommen

gefallen, dass Kasachstans Einfuhren von bestimmten Produkten in letzter Zeit sprunghaft angestiegen sind. Vermutet wird, dass Kasachstan nur Zwischenstation ist und die Waren tatsächlich nach Russland reexportiert werden.

Die Frage, ob das Land bei der Umgehung westlicher Sanktionen eine Rolle spielt, soll auch beim Besuch von Bundespräsident Steinmeier ein zentraler Punkt in den Gesprächen gewesen sein. Steinmeier, der mit einer Wirtschaftsdelegation nach Kasachstan gereist war, blieb bei diesem Thema allerdings ein durchschlagender Erfolg versagt. Präsident Tokajew vermied es nämlich, sich beim Thema Sanktionsumgehung festzulegen.

Zumindest für die PCK Raffinerie Schwedt war Steinmeiers Besuch in Zentralasien ein großer Erfolg. Der Bundespräsident selbst bezeichnete die Liefer-

vereinbarung über Öl als „eine gute Nachricht für Schwedt und eine gute Nachricht für die Energiesicherheit in Deutschland“. Tatsächlich sichert die PCK Raffinerie zu 95 Prozent die Versorgung von Berlin, Brandenburg und großen Teile des Nordostens Deutschlands mit Benzin, Diesel, Heizöl, Kerosin. In Schwedt wird zudem ein Drittel der in Deutschland für den Straßenbau benötigten Bitumen produziert.

Energiewende bis 2045 geplant

Pläne der Geschäftsführung der PCK Raffinerie sehen vor, das Geschäft mit fossilen Kraftstoffen bis zum Jahr 2045 aufzugeben. Die Zukunft sieht das Unternehmen stattdessen in Wasserstoff, synthetischen E-Fuels, Biodiesel und Bioethanol. Bereits im Jahr 2027 will PCK in Schwedt 30.000 Tonnen Wasserstoff mit einer

Elektrolyseleistung von 400 Megawatt erzeugen. Bis 2030 rechnet das Unternehmen schon mit 160.000 Tonnen Wasserstoff. Parallel soll zum Hochfahren der Wasserstoffproduktion die Ölverarbeitung in der Raffinerie schrittweise verringert werden. Verbunden ist dieser geplante Abschied vom fossilen Energieträger Öl mit hohen Kosten.

In einer Studie, die PCK zusammen mit dem uckermärkischen Energieversorger Enertrag im Mai vorgestellt hat, ist von Gesamtkosten in Höhe von 15 Milliarden Euro die Rede. Davon sollen allein fünf Milliarden in den Aufbau von Anlagen fließen, die Wasserstoff oder synthetische Treibstoffe herstellen sollen. Zehn Milliarden Euro werden nach PCK-Berechnungen für die „Energiewende“ in der Region, sprich für weitere Windkraftanlagen oder Solarparks, benötigt.

MEDIEN

Personeller Kahlschlag bei Axel Springer

Mitarbeiter sollen durch KI ersetzt werden – Besonders betroffen ist das Flaggschiff „Bild“

Als der Axel-Springer-Verlag ein Führungsteam für die „digitale Transformation“ zusammengestellt hat, schrillten bei Branchenkennern und wohl auch der eigenen Belegschaft schon die Alarmglocken. Nur 24 Stunden später war es dann Gewissheit. Der Konzern wird in seinem Print-Sektor eine gewaltige Einsparungskampagne starten.

Besonders betroffen ist das Flaggschiff „Bild“-Zeitung. Ein Drittel der Regionalausgaben soll verschwinden, die restlichen auf je eine Seite plus eine Seite Regionalsport zusammenschrumpfen. Die sollen zum ersten Mal in großem Stil mithilfe von künstlicher Intelligenz (KI) entstehen. Ein Teil der Außenredaktionen wird ganz verschwinden, andere werden an einem Standort wie in Frankfurt oder dem Rheinland zusammengelegt.

Der Umbau ist auch mit einem Stellenabbau verbunden. Genaue Zahlen

nannte Springer nicht, weil der „Bild“-Betriebsrat noch zustimmen muss. In der Branche ist die Rede von rund 200 Stellenstreichungen, die möglichst sozialverträglich ablaufen sollen. „Wir trennen uns von Produkten, Projekten und Prozessen, die wirtschaftlich nie wieder erfolgreich werden können“, heißt es in einer Mail an die Belegschaft, die weitere Schreckensnachrichten beinhaltet. Die Funktionen der Redaktionsleiter, Blattmacher, Korrektoren, Sekretariate und Foto-Redakteure werde es so wie heute nicht mehr geben. Darüber hinaus sollen Beschäftigte für eine „wirtschaftliche Optimierung“ der Büroflächen zukünftig verstärkt aus dem Homeoffice arbeiten.

Der Großteil der Arbeitsplätze soll demnach in der Produktion abgebaut werden, das Layout der Ausgaben soll in naher Zukunft durch KI erfolgen. Man trenne sich von Kollegen, die Fähigkeiten

haben, die man mit KI nicht mehr benötigen, soll „Bild“-Chefredakteurin Marion Horn laut Teilnehmern einer Online-Konferenz gesagt haben. „Das klingt brutal, und das ist es auch.“ Es sind vermutlich ältere Kollegen, die in den sauren Apfel der Früh-Pensionierung oder der Alterszeitzeit beißen müssen.

Bereits Anfang Juni hatte die Nachrichtenagentur Reuters Auszüge aus einer internen E-Mail des Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer SE, Mathias Döpfner, veröffentlicht, in der dieser ein großes Interesse an der Übernahme eines KI-Start-ups bekundete. Der Springer-Chef sprach darin davon, den herkömmlichen Journalismus „zu töten“. Die neue Struktur, mit der die im Februar verkündete Digital-only-Strategie umgesetzt werden soll, kommt demnach zum 1. Januar 2024. Vom nächsten Monat an soll es erste Veränderungen geben.

Die Auflage von Deutschlands größter Boulevardzeitung ist seit mehr als einem Jahrzehnt massiv eingebrochen. Ende vergangenen Jahres lag die verkaufte Auflage bei 1,1 Millionen Exemplaren. Im vierten Quartal 2013 waren noch mehr als doppelt so viele Exemplare täglich verkauft worden. Dennoch fuhr das Blatt Gewinne ein.

Entsprechend überrascht reagierte der Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), Frank Überall: „Wenn Mathias Döpfner die Milchkuh des Konzerns schlachten will, ist das nicht nur unsozial gegenüber den Beschäftigten, sondern wirtschaftlich extrem dumm.“ „Bild“ sei nach wie vor der Gewinnbringer von Axel Springer. „Weniger Regionalberichterstattung bedeutet weniger Leserservice und damit weniger Leserinnen und Leser“, so Überall.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Kein Ausbau der Ostbahn

Berlin – Auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke bezüglich einer Aufnahme der Ostbahn (die Strecke Berlin-Küstrin-Kietz bis zur Bundesgrenze Deutschland/Polen) in das transeuropäische Verkehrsnetz erteilte die Bundesregierung eine abschlägige Antwort. Zur Begründung teilte sie mit, es handele sich um eine Nahverkehrsstrecke, die den Verkehrsbedarfen gerecht werde. Für eine Aufnahme in das transeuropäische Verkehrsnetz sei eine Kosten-Nutzen-Analyse sowie eine gesicherte Finanzierung des damit einhergehenden Ausbaus zwingend erforderlich. Derzeit fehle die Nachfrage im Schienenpersonenfernverkehr beziehungsweise im Schienengüterverkehr. Sollte dagegen ein Ausbaubedarf im Schienennahverkehr bestehen, verwies die Regierung auf die Zuständigkeit der Länder Berlin und Brandenburg. **MRK**

Gouverneur verhaftet

Abuja – Der bisherige Gouverneur der Zentralbank von Nigeria, Godwin Emefiele, ist seines Amtes enthoben und vom Inlandsgeheimdienst SSS wegen „Terrorismusbekämpfung, betrügerischer Aktivitäten und Wirtschaftsverbrechen von nationaler Sicherheitsdimension“ inhaftiert worden. Damit hat der neue nigerianische Präsident Bola Tinubu einen dezidierten Gegner des Gebrauchs von Bargeld neutralisiert, der das westafrikanische Land in erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten gestürzt hat. Obwohl nicht einmal die Hälfte der Nigerianer ein Bankkonto besitzt, wollte Emefiele die Verwendung von elektronischem Geld forcieren und beschränkte zu diesem Zweck die Bargeldmenge auf drastische Weise, indem er sämtliche Banknoten mit höheren Nennwerten aus dem Verkehr zog und keine Ersatzscheine herausgab. Das rief am Ende sogar den Obersten Gerichtshof auf den Plan, der dem Treiben ein Ende bereitete. **W.K.**

Bahnschäden durch Graffiti

Ortskennung – Die Deutsche Bahn verzeichnet Jahr für Jahr zweistellige Millionenschäden durch mutwillige Beschädigungen und Zerstörungen in Zügen und Bahnhöfen. Darunter fallen auch Graffiti-Schmierereien. Für deren Entfernung hat das Unternehmen vergangenes Jahr 12,1 Millionen Euro ausgeben müssen. Das entsprach fast der Schadenssumme vom Vorjahr. In knapp 24.000 der 35.000 Fälle von mutwilliger Beschädigung und Zerstörung ging es um illegale Graffiti. Ein Sechstel davon entfiel auf die Regional- und S-Bahnzüge in Berlin und Brandenburg. Die Entwicklung scheint sich im laufenden Jahr fortzusetzen. In den ersten vier Monaten gab es 7000 neue Fälle. Durch spezielle DB-Einsatzteams und die Bundespolizei konnten 1200 Verdächtige gestellt werden, darunter über 300 Sprayer auf frischer Tat. Zusätzlich versucht die Bahn des Phänomens Herr zu werden, indem sie ihre Fahrzeuge mit einem Schutzlack beschichtet und verstärkt Videotechnik einsetzt. **W.K.**

KOMMENTARE

Das „nd“ funkt SOS

ROBERT MÜHLBAUER

Zum Niedergang der Linkspartei gesellt sich nun das drohende Aus für ihr Hausblatt, das „Neue Deutschland“. Das ehemalige SED-Zentralorgan, Honckers Verlautbarungsblatt, das sich Ende der DDR-Zeit noch einer Auflage von 1,2 Millionen Exemplaren rühmte, ist nur noch ein Schatten seiner selbst. Die Leser wanderten in Scharen ab. Seit 1990 ist die Auflage um 99 Prozent gefallen. Die Zeitung hat nur noch 12.300 Abonnenten und macht laufend Verluste. Vor zwei Jahren hat die Linkspartei den defizitären Verlag abgegeben und in eine Genossenschaft überführt.

Nun könnte ihr aber die baldige Insolvenz drohen. „nd.Genossenschaft funkt SOS“, musste die Zeitung am Wochenende in eigener Sache titeln. „Die linke Tageszeitung steckt in ernsthaften Schwierigkeiten und braucht Unterstützung.“ Die Tageszeitung sei „akut gefährdet“, warnte Geschäftsführer Rouzbeh Taheri. Ein Veteran der Zeitung nennt die Lage „dramatisch“. Das liegt nicht nur an gestiegenen Kosten, etwa für Papier.

Imitation der „taz“

Offenbar geht es in der neuen Genossenschaft dilettantisch zu. Bei einer Buchprüfung habe man plötzlich ein doppelt so großes Loch wie erwartet in der Kasse entdeckt – mehr als 600.000 Euro Defizit im vergangenen Jahr. „Das hat mit eigenen Fehlern zu tun“, gibt das Blatt zu. Wegen fehlender oder falscher Belege wollte der Steuerprüfer nicht mal die Bilanz abschließend bestätigen. Auf der Genossenschaftsversammlung am Wochenende muss es wie auf einem Begräbnis zugegangen sein. Für die angereisten Genossen seien die Nachrichten ein Schock gewesen. „Sie hätten nicht geglaubt, dass es so schlimm steht – und beklagten sich, nicht früher über die Lage informiert worden zu sein“, schreibt die Zeitung selbst.

Als sofortige Sparmaßnahme hat die Geschäftsführung des Ex-SED-Blatts verkündet, dass das „Neue Deutschland“ ab August nicht mehr am Kiosk verkauft wird. Das sei zu teuer und bringe eh kaum etwas, räumt der Verlag ein. Nur noch die Wochenendausgabe soll im Zeitungshandel ver-

kauft werden. Es ist ein tiefer Einschnitt für das 1946 gegründete „Neue Deutschland“, das sich heute seines historisch belasteten Namens schämt und in „nd.Der Tag“ umbenannt hat.

Seit zwei Jahren meldet „nd“ keine Zahlen mehr an die IVW-Auflagenkontrolle. Am Wochenende gestanden sie ernüchternd schlechte Werte: Nur noch 12.309 Abonnenten gab es im ersten Quartal, davon etwas mehr als 2000 Digitalabos. Das reicht nicht zum Überleben für eine Tageszeitung. In der Redaktion und im Verlag werden Stellen abgebaut. Ohnehin werden die Redakteure weit unter Tarif bezahlt. „Die Gehälter beim „nd“ liegen bei 60 Prozent des Tarifs, mehr als sieben Jahre gab es keine Gehaltserhöhung“, schreiben die Mitarbeiter. Peinlich für die Linkspartei, die bei anderen Firmen solche Bezahlung unter Tarif als Ausbeutung anprangert.

Konkurrenz von der „Jungen Welt“

Das „Neue Deutschland“ versucht seit Jahren einen etwas weichgespült-linksradiakalen Kurs zu fahren. Statt über den guten alten Klassenkampf wird eher über Klimawandel, Gendersternen und Transgender-Aktivistinnen geschrieben. Das „nd“ versucht die erfolgreiche linksalternative „taz“ zu imitieren. In der Auseinandersetzung der Linkspartei-Spitze mit dem Wagenknecht-Flügel hat sich die Zeitung stets auf die Seite des Parteivorstands und die sogenannten Regierungslinken gestellt. Russlands Angriff auf die Ukraine hat die Zeitung klar verurteilt.

Der angeblich sozialdemokratisierte, grüne Kurs hat das „Neue Deutschland“ offenbar auch einige Leser gekostet. Klarer linksextrem geriert sich das ehemalige FDJ-Blatt „Junge Welt“, das die marxistische Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Wagenknecht-Gruppe unterstützt. Im Ukrainekrieg weist die „Junge Welt“ alle Schuld der NATO zu und gibt sich Moskau-treu. Noch zwei Tage vor Beginn der russischen Invasion titelte das Blatt „Putin erzwingt Frieden“. Für die „Junge Welt“ sind die Spitzen der Linkspartei die Verräter. Das „Neue Deutschland“ und der ehemalige jüngere Bruder sind sich inzwischen spinnefeind. 33 Jahre nach der Vereinigung tickt die Uhr für die Nachfolger der DDR-Staatspartei.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Ihre beiden Länder sind sowohl BRICS-Staaten als auch Mitglieder der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und haben damit eine Scharnierfunktion: Die Präsidenten Russlands und Chinas, Wladimir Putin und Xi Jinping (von links)

KOLUMNE

Die Pax Americana endet

FLORIAN STUMFALL

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist gerne für eine Überraschung gut. Die allerneueste mutet einigermaßen skurril an. Er, als ein wesentlicher Vertreter von EU und NATO, also den bestimmenden supranationalen Einheiten der westlichen Welt, bewarb sich um die Teilnahme an der im August stattfindenden Versammlung der BRICS-Staaten in Südafrika. Zwar dürfte keine Einladung ausgesprochen werden, aber allein die Vorstellung, Frankreich könnte daran teilhaben, ist abwegig. Das wird offenkundig, wenn man sich vergegenwärtigt, was und wie BRICS eigentlich ist.

Das Namenskürzel zeigt die Teilnehmer-Staaten an: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Bald wird man sie Gründerstaaten nennen müssen, denn die Liste der Länder, die in den Bund aufgenommen werden wollen, wird länger. Ganz vorne stehen Schwergewichte wie Saudi-Arabien, Indonesien und der Iran. An die zwanzig Länder rund um den Globus stehen auf der Warteliste.

Insgesamt ist BRICS ein Gegenentwurf zu dem vom Westen, zu dem strategisch auch Japan zu rechnen ist, und hier den USA vorgetragenen Anspruch auf die Führerschaft in der Welt. Dieser Anspruch hat mehrere Facetten, angefangen von den Menschenrechten nach westlicher Definition über die militärische Dominanz vor allem der fast tausend US-Basen weltweit bis hin zur strafbewehrten Durchsetzung von Sanktionen bei Zuwiderhandlungen im Sinne des Westens. Doch gerade die Sanktionen, ein wesentliches Mittel der Außenpolitik zunächst der USA und im Gefolge nun auch der EU, sind es, die den Gegnern der westlichen Dominanz immer mehr Staaten zutreiben.

Für Multi- statt Unipolarität

Zum einen bestehen diese Gegner aus Schwellenländern und dem Weltteil, den man früher als Dritte Welt bezeichnet hat, und der heute „Globaler Süden“ genannt wird. Gemeinsam haben sie so gut wie alle die geschichtliche Erfahrung, dass sie Objekte des europäischen Kolonialismus gewesen sind. Dabei spielt es keine Rolle, dass manche von ihnen ihrerseits ebenfalls eine Vergangenheit als Kolonialherrn zu anderer Zeit und unter anderen Bedingungen haben. Wenn nun die westlichen Politiker stets mit der Attitüde auftreten,

sie seien angesichts ihrer höheren Moral berechtigt, Völkern anderer Kulturkreise Vorschriften zu machen, so wird das als Ausdruck einer fortbestehenden kolonialen Attitüde erlebt. Das erhöht die Bereitschaft, sich einer Verbindung zuzugesellen, die dem Widerstand leisten kann.

Gefördert wird diese Bereitschaft durch das westliche Sanktions-Regime, das sich über den Globus zieht, und auch bei den Ländern unangenehme Gedankenverbindungen weckt, die selbst nicht unmittelbar davon betroffen sind. So ergibt sich eine Neuordnung der Welt nach

BRICS und SOZ wollen die Vorherrschaft der USA beenden

dem Zusammenbruch des staatlichen Sozialismus. Es geht um die Frage, ob sich diese Welt nach einem Banner, nämlich dem Sternenbanner der USA, ausrichten oder mehrere politische Kraftzentren bilden soll. BRICS ist der Kontrapunkt, und bei dem Zuspruch, den diese Verbindung findet, wird der Einfluss des Westens geringer.

Das wirkt sich auch im Hinblick auf das entscheidende Mittel aus, das den USA über Jahrzehnte erlaubt hat, als Weltmacht Nummer 1 aufzutreten. Dies ist die Rolle des US-Dollar als Weltreservewährung. Bislang war es so, dass ein Land A, welches dem Land B die Ware Z abkaufen wollte, dies in Dollar verrechnete. Jedes internationale Geschäft schuf daher eine Nachfrage nach dem US-Dollar. Das stabilisierte die US-Währung und ermöglichte es Washington, Schulden in einer Höhe von bereits über 30 Billionen Dollar anzuhäufen. Das Ausland finanzierte die Schulden der USA. Mit diesem Geld wurde im Wesentlichen die Militär-Maschinerie aufgebaut und unterhalten.

Nicht zuletzt mit dem Auftreten von BRICS oder auch der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) verzichten immer mehr Länder bei ihrem internationalen Handel auf die Verrechnung in Dollar. Stattdessen verwenden sie regionale Währungen oder auch den chinesischen Yuan. Während es früher so darge-

stellt wurde, als sei das Bestehen einer Weltreservewährung eine Tatsache mit naturgesetzlicher Sicherheit, stellt sich nun heraus, dass diese Annahme falsch ist. Allerdings wird das mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass der Dollar immer mehr unter Druck gerät und in der Folge zunächst die US-Wirtschaft und dann das Militär nicht mehr die Kraft haben werden, die es braucht, um eine unbestrittene Führungsmacht zu sein.

Verzicht auf den US-Dollar

Die Anzeichen einer Neubewertung und eines wachsenden Selbstbewusstseins des Globalen Südens sind so zahlreich wie vielfältig. So wurde im Jahr 2011 Syrien auf Betreiben der USA aus der Arabischen Ling ausgeschlossen. Nun hat Damaskus wieder an einem Gipfel teilgenommen, trotz aller Proteste aus Washington. Oder ein anderes Beispiel: Pakistan hat kürzlich, unbeeindruckt von allen westlichen Sanktionen, Öl in Russland eingekauft. Fakturiert wurde das Geschäft in Yuan. Oder: Der Präsident Kenias, William Ruto, regt seine afrikanischen Amtskollegen dazu an, sich, soweit noch nicht geschehen, dem Panafrikanischen Zahlungssystem PAPSS anzuschließen, um vom Dollar unabhängig zu werden. Und ein weiteres: Vor Kurzem besuchte der Präsident von Venezuela, Nicolás Maduro, seinen brasilianischen Amtskollegen Luis Inácio Lula da Silva. Sie beschlossen eine engere Zusammenarbeit und vor allem die Möglichkeiten, in der Region Handel ohne den US-Dollar zu treiben.

Die zwanzig Jahre nach dem Kalten Krieg bis zum Erwachen Chinas und dem Wiedererstarken Russlands, als der Westen global ohne Widerpart gewesen ist, haben dort zu einem strategischen Tunnel-Blick geführt. Der Anspruch, eine „einzigartige Weltmacht“ zu sein, wie es US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski als Buchtitel formuliert und gründlich ausgeführt hat, lässt sich nicht aufrechterhalten. Je eher die USA sich zu einem realistischen Blick bequemen, umso weniger schmerzlich wird der Abschied von der früheren Rolle sein. Und die EU soll Abschied nehmen von einer ihrer Gründungs-Legenden, dass Europa nur im Korsett der EU im Konzert der Großen mitspielen könne.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Frisch geweckte Begehrlichkeiten

Diskussion um Kamerun-Objekte in Berliner Museen – Ausstellung im Schloss Charlottenburg beleuchtet preußische Kolonialgeschichte

VON HARALD TEWS

Für Deutschlands Kulturpolitik hat sich die Rückgabe der Benin-Bronzen aus deutschen Museen als Desaster erwiesen. Denn anstatt die Bronzen in einem geplanten und auch mit deutschen Steuergeldern finanzierten Museum im nigerianischen Benin-City auszustellen, hat Muhammadu Buhari kurz vor seinem Abschied als Präsident von Nigeria zuvor restituierte Bronzen dem Oba (König) von Benin geschenkt. Aus Staats- wurde somit Privateigentum und damit der Willkür einer einzelnen Person überlassen. Was mit den Objekten zukünftig passiert, ist völlig ungewiss. Von sorgfältig kuratierten Museumsstücken bis zum Einschmelzen der Bronzen ist alles möglich.

Kaum hat sich die Aufregung um die Benin-Bronzen gelegt, werden für das nächste afrikanische Land Ansprüche angemeldet: Kamerun. Das Land stand kurze Zeit, von 1884 bis zum Ersten Weltkrieg, unter deutschem kolonialen Einfluss. Seither liegen über 40.000 Objekte aus Kamerun in deutschen Museen. Das geht aus dem „Atlas der Abwesenheit“ hervor, den der kamerunische Kulturwissenschaftler Albert Gouaffo und die an der TU Berlin lehrende französische Kunsthistorikerin Bénédicte Savoy herausgegeben haben.

Letztere exponiert sich immer wieder, wenn es um Fragen von Beute-, Raubkunst oder Restitution von afrikanischen Kulturgütern geht. Für den französischen Präsidenten Emmanuel Macron fertigte sie 2018 einen grundlegenden Bericht über die Rückgabe afrikanischer Kunst aus französischen Museen an.

Eine ähnliche Bedeutung könnte auch der „Atlas der Abwesenheit“ für ethnologische Sammlungen in Deutschland haben. Wenn es danach ginge, könnte bald der Kamerun-Saal im Berliner Humboldt-Forum leer geräumt sein, noch bevor afrikanische Staaten von sich aus Restituti-



Von „Mohren“ bedient: Paul Carl Leygebe, „Das Tabakskollegium König Friedrichs I. in Preußen“

Foto: SPSG/Gerhard Murza

onsforderungen stellen. Die Rückgabe der Figur der Ngonso, eine mit Kaurischnecken beklebte Holzfigur im Kamerun-Saal, hat die Stiftung Preußischer Kulturbesitz bereits beschlossen.

Deutsche Kulturpolitiker werden ähnlich wie bei den Benin-Bronzen durch ihren postkolonialen Antrieb pflichtschuldig alles zurückgeben, egal ob Gegenstände von der einstigen Schutzmacht legal erworben wurden oder nicht. Der „Atlas“ spricht daher allgemein von „Kulturgutentzug“. Das kann eine Plünderung ebenso bedeuten wie käuflicher Erwerb. Es darf nicht vergessen werden, dass ein-

heimische Händler aus eigenem materiellen Interesse eifrig dabei halfen, traditionelle Waren an die deutschen Schutztruppen zu verkaufen.

Savoy sieht sich dafür als oberste Interessenvertreterin für afrikanische Staaten in puncto Rückgabe aller Kunstobjekte. Sie will jene Begehrlichkeiten wecken, die Deutschland angeblich laut einem „Geheimpapier“ von 1978 „zur ‚Abwehr‘ von Restitutionsforderungen aus dem afrikanischen Kontinent und der UNESCO“ erst gar nicht aufkommen lassen wollte. Man habe die Sammlungen lieber in den Depots versteckt gehalten, anstatt sie wis-

senschaftlich aufzuarbeiten. Weil etwa die 100-jährige Präsenz von zirka 6000 historischen Objekten aus Kamerun im Berliner Völkerkundemuseum (seit dem Jahr 2000 Ethnologisches Museum) bis 1999 „so gut wie nichts gebracht“ habe, sei dort ein weiterer Verbleib nicht gerechtfertigt.

Mohren am preußischen Hof

Unterdessen nimmt auch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) die koloniale Vergangenheit ihrer Sammlungsbestände in den Blick. Ihre Sonderausstellung

„Schlösser. Preußen. Kolonial. Biografien und Sammlungen im Fokus“, die vom 4. Juli bis 31. Oktober im Berliner Schloss Charlottenburg zu sehen ist, kann man als letztes Aufbäumen einer Sammlungsgeschichte verstehen, ehe auch diese im wahrsten Sinne Geschichte sein wird.

Die in den preußischen Schlössern und Gärten ausgestellten Objekte und dargestellten Menschen wurden bisher meist losgelöst von der deutschen Kolonialgeschichte präsentiert und betrachtet. Dabei reicht die koloniale Geschichte Brandenburgs bis ins 17. Jahrhundert zurück. So war auch die Brandenburgisch-Afrikanische Compagnie (BAC) im transatlantischen Sklavenhandel involviert. Darüber hinaus wurden bis ins 19. Jahrhundert hinein Afrikaner an den preußischen Hof gebracht, wo sie als Diener, Maler oder Musiker arbeiteten.

Die Sammlungen des brandenburgisch-preußischen Hofes umfassten Kunstwerke und Gebrauchsgegenstände aus Asien, Afrika und Südamerika, die über koloniale Verbindungen ihren Weg in die Kunstkammern fanden. Davon zeugen Möbelstücke aus Elfenbein aus dem 17. Jahrhundert oder zunächst unscheinbar wirkende Glasperlen, die für den Versklavungshandel elementar waren. Beides verweist auf die kolonialen Aktivitäten Brandenburgs auf dem Gebiet des heutigen Ghana. Außereuropäische Werke in den Sammlungen, die lange Zeit aus europäischer Perspektive einseitig interpretiert und damit ihrem ursprünglichen Nutzen entfremdet und kulturell umgedeutet wurden, werden in der Ausstellung neu eingeordnet, so beispielsweise eine sehr seltene Elfenbeindose aus Sri Lanka.

Es ist eine Ausstellung, welche die von Savoy in ihrem „Atlas“ erwähnten „Begehrlichkeiten“ weckt und die vielleicht letztmalig afrikanisches Kulturgut zeigt, bevor dieses ein ähnliches Schicksal nimmt wie die womöglich auf Nimmerwiedersehen in nicht-öffentliche Hände verbrachte Benin-Bronzen.

SPARMASSNAHMEN

Gähnende Leere

Bildergalerie im Potsdamer Park Sanssouci und das Schloss Glienicke in Berlin bleiben 2024 geschlossen

Wer im kommenden Jahr die Bildergalerie im Potsdamer Park Sanssouci oder das Schloss Glienicke im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf besuchen möchte, wird sich vor geschlossenen Toren wiederfinden. Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hat jetzt darüber informiert, dass diese beliebten Einrichtungen wegen fehlender finanzieller Ressourcen geschlossen bleiben müssten.

Die öffentlichen Zuschüsse an die SPSG werden auch im kommenden Jahr nicht erhöht und bleiben trotz einer nach wie vor hohen Inflation, steigender Energie- und Baukosten sowie regulärer Tarifaufwüchse auf dem Niveau des Jahres 2022. Die Differenz zwischen den inflationsbedingten Ausgabensteigerungen auf der einen und den Zuwendungen auf der anderen Seite könne, wie es heißt, die SPSG nicht allein aus Eigeneinnahmen ausgleichen.

Gleichwohl besteht die Verpflichtung, den zuwendungsgebenden Ländern und dem Bund jährlich ausgeglichene Haus-

halte vorzulegen. Schon um dieselben Leistungen wie 2022 erbringen zu können, würde die SPSG im Jahr 2024 wegen der zu erwartenden Preis- und Tarifsteigerungen mindestens fünf Millionen Euro mehr benötigen. Deshalb sei man zu Einsparungen gezwungen, die alle Tätigkeitsbereiche betreffen.

Um die Schließungen weiterer Einrichtungen der preußischen Schlösser- und Parkverwaltung zu verhindern, mussten die Bildergalerie und das Schloss Glienicke als Bauernopfer herhalten. Damit spart man etwa 300.000 Euro pro Jahr.

Für die Entscheidung, beide Einrichtungen nicht für den Besuchsverkehr zu

öffnen, waren mehrere Gründe ausschlaggebend: So sollten betriebsbedingte Kündigungen unbedingt vermieden werden. Die in den betroffenen Liegenschaften eingesetzten Beschäftigten werden im kommenden Jahr in anderen Schlössern tätig sein. Und um die kulturellen Leuchttürme im ländlichen Raum aufrechterhalten zu können, wollte man die märkischen Schlösser in Königs Wusterhausen, Caputh, Paretz, Oranienburg und Rheinsberg von den Schließungen unbedingt ausklammern.

Die Schließungs-Entscheidung weckt Erinnerungen an das Jahr 2016. Damals musste die SPSG wegen eines zu geringen Budgets diverse Häuser für den regulären Besuchsverkehr schließen, die seitdem nur noch an ausgewählten Tagen besichtigt werden können. Sollten die Zuschüsse an die SPSG im Jahr 2025 nicht signifikant steigen, droht der Bildergalerie und dem Schloss Glienicke dasselbe Schicksal. Zudem, so die Warnung, wären Schließungen weiterer Häuser im UNESCO-Welterbe unausweichlich. H. Tews/SPSG



Muss 2024 geschlossen bleiben: Die Bildergalerie im Potsdamer Park Sanssouci

● MELDUNGEN

Letzte Schau im Pergamon

Berlin – Vor der sanierungsbedingten Schließung am 23. Oktober werden die Öffnungszeiten des Pergamonmuseums vom 1. Juli an auf 9 bis 19 Uhr, erweitert. Am Donnerstag ist sogar bis 20 Uhr geöffnet. Montags ist das Haus wie gewohnt geschlossen. Als vorerst letzte Sonderausstellung startet am 6. Juli „Mit Pinsel und Qalam. Chinesisch-Arabische Kalligraphien von Haji Noor Deen“. tws

Keramiken im Bröhan

Berlin – Vom 6. Juli bis 29. Oktober ist im Bröhan-Museum die Ausstellung „HAËL. Margarete Heymann-Loebenstein und ihre Werkstätten für künstlerische Keramik 1923–1934“ zu sehen. Gezeigt werden 250 Keramiken der Bauhausschülerin. Infos im Internet: www.broehan-museum.de tws

HENRIETTE VON EGLOFFSTEIN

Ihre Memoiren spiegeln das klassische Weimar

Vor 250 Jahren geboren, errang die fränkische Gräfin schon bald eine führende Stellung im gesellschaftlichen Leben der Musenstadt

VON MARTIN STOLZENAU

Henriette Sophie Franziska Friederike Albertine Gräfin von Egloffstein stammte aus dem heutigen Kreis Forchheim in Oberfranken, wurde in Weimar von zahlreichen Berühmtheiten gefördert und gehörte als schriftstellernde Hofdame zum Goethekreis und zu den Teilnehmern des berühmten Mittwochkränzchens im Haus am Frauenplan. Ihre zweite Lebenshälfte verbrachte sie im Kloster Marienrode bei Hildesheim. Nach Meinung von Zeitgenossen liegt ihre Bedeutung in ihren stilistisch gewandten, gelegentlich humorvollen Memoiren mit vielen treffenden Charakteristiken, die glänzend die Atmosphäre des klassischen Weimar, teils auch hinter den Kulissen, widerspiegeln.

Egloffstein wurde am 6. Juli 1773 auf Burg Egloffstein, dem gleichnamigen Stammsitz der Adelsfamilie, geboren. Die Burg liegt nahe der Großen Kreisstadt Forchheim im Regierungsbezirk Oberfranken.

Sie hatte drei ältere Brüder, die in Weimar Karriere machten. Als Eltern sind Sophie von Thüna und Freiherr Karl Ludwig von Egloffstein überliefert. Der Vater war brandenburgischer Kämmerer und förderte vor allem seine Söhne. Zwei schlugen die Offizierslaufbahn ein. Sohn Friedrich Gottfried stieg in der Folge zum sachsen-weimarischen General und Schlosshauptmann auf. Sohn August hatte auch den Rang eines sachsen-weimarischen Generals.

Die Freiin Henriette von Egloffstein erhielt eine standesgemäße Mädchenerziehung, die auf die Religion und die Vorbereitung auf die Ehe zielte. Parallel ent-

wickelte sie schon früh literarische Interessen, die sich nach ihrer Übersiedlung als 14-Jährige in den Haushalt des Bruders in Weimar und ihrer Ein-

führung am Hofe voll entfalten konnten. Die Herzogin-Witwe Anna Amalia übernahm persönlich ihre Ausbildung und die Förderung ihrer Talente. Die Freiin er-

hielt zusätzlich von Dichtern wie Johann Gottfried Herder, Karl Ludwig von Knebel und Christoph Martin Wieland im regen Gedankenaustausch wichtige Impulse für ihre Entwicklung.

1789 gab es allerdings einen Einschnitt. Henriette musste gegen ihren Willen auf Wunsch ihres Vaters den Grafen Leopold von Egloffstein-Arklitzen, ihren Vetter, heiraten und auf dessen Geheiß Weimar verlassen.

Damit begann ein weiteres Kapitel. Die nunmehrige Gräfin erfüllte ihre ehelichen Pflichten, genoss einen Aufenthalt in Italien, wo sie sich intellektuell vervollkommnete, und lebte dann mit ihrem Ehemann in Erlangen. Parallel brachte sie fünf Kinder zur Welt. Doch die Ehe war voller Spannungen. Sie flüchtete oft nach Weimar, wo sie nun auch Johann Wolfgang von Goethe kennenlernte und mit ihrer Ausstrahlung zum ständigen Mitglied des Goethekreises wurde.

Die Gräfin wurde 1803 geschieden, genoss eine gewisse Freiheit und war nun als Hofdame eine Galionsfigur im gesellschaftlichen Leben der Dichterstadt an der Ilm. Im „Mittwochkränzchen“ in Goethes Haus trafen sich kulturschaffende Prominente von Weimar wie der Schriftsteller Friedrich Schiller oder der Maler Heinrich Meyer. Schiller schrieb über die Verläufe an Christian Gottfried Körner: „Es geht recht vergnügt zu ..., es wird fleißig gesungen und pöculiert.“ Dabei entstanden in der Runde auch völlig neue Tischlieder, die dann im Taschenbuch bei Johann Friedrich Cotta veröffentlicht wurden. Die Gräfin war ein fester Bestandteil.

In Weimar lernte Egloffstein den hannoverschen General und Oberforst-

meister Carl Freiherr von Beaulieu-Marcconnay kennen und heiratete 1804 den Verehrer. 1811 nahm sie wieder Abschied von Weimar und wechselte mit ihrem zweiten Mann und ihren Töchtern aus der ersten Ehe in das Forsthaus in Misburg. Nach der Überwindung der napoleonischen Ordnung zog die Familie um in das Kloster Marienrode bei Hildesheim.

Kultureller Mittelpunkt

Dieses 1125 gegründete Kloster existierte zunächst als Augustinerkloster und wurde später ein Zisterzienserkloster. Nach der Säkularisation wurde Marienrode Bestandteil des 1807 von Napoleon geschaffenen Königreichs Westphalen. Nach der Niederlage Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig 1813 zerfiel der von diesem geschaffene und von dessen jüngstem Bruder Jérôme Bonaparte regierte Staat. Marienrode geriet in die Verfügungsgewalt des britischen Königs Georg III. in dessen Eigenschaft als Kurfürst von Hannover. Noch im selben Jahr verließ Georg III. die Domäne seinem Generalleutnant und Oberforstmeister.

1815 zog der mit Frau und Kindern in das Kloster. Dort residierte das Paar in den folgenden Jahrzehnten und bildete einen kulturellen Mittelpunkt. Die Hausherrin unterhielt weiter einen regen Briefkontakt mit zahlreichen Prominenten ihrer Zeit bis hin zur Herzogin-Witwe Anna Amalia und Goethe. Zwischendurch schriftstellerte die vormalige Weimarer Hofdame und brachte auch ihre Novelle „Umsonst“ heraus. Währenddessen entwickelte sich ihre Tochter Auguste zur Dichterin und ihre Tochter Julie zur Malerin.

1855 verstarb ihr zweiter Ehemann. Sie überlebte ihn um neun Jahre. Am 15. Oktober 1864 starb Henriette im Alter von 91 Jahren im Kloster Marienrode. An die Tote erinnert außer dem erhaltenen Grabmal in Marienrode ein ebenfalls noch existierendes Gemälde, das einst Johann Friedrich August Tischbein schuf, und eine Relieftafel am Rathaus von Misburg, das inzwischen ein Stadtteil von Hannover ist.



Henriette Gräfin von Egloffstein: Pastellgemälde von Johann Friedrich August Tischbein (1750–1812)

Foto: pa

HELENE WESSEL

Deutschlands erste Parteivorsitzende

Die vor 125 geborene Mutter des von ihr abgelehnten Grundgesetzes stand von 1949 bis 1952 an der Spitze des Zentrums

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm. Die Eltern der am 6. Juli 1898 in Dortmund zur Welt gekommenen Helene Wessel waren streng katholisch. Ihr Vater war nicht nur Lokomotivführer, sondern auch Mitglied der Deutschen Zentrumspartei sowie mit dem Zentrumsolitiker und -abgeordneten Johannes Gronowski bekannt.

Wessel besuchte Volks- und Handelsschule, machte eine kaufmännische Lehre und arbeitete ab 1915 in ihrer Geburtsstadt als Parteisekretärin der Zentrumspartei. Dort förderte sie Gronowski. 1919 wurde sie Parteimitglied, 1924 Beisitzerin im Parteivorstand, 1928 Mitglied des Preußischen Landtags und 1930 Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstands. Mit der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten endete vorerst ihre Karriere in der Politik.

Nun kam es Wessel zugute, dass sie nicht nur Büroerfahrung hatte. Seit einem Besuch der Wohlfahrtsschule in Münster 1923/24 war sie staatlich examinierte Jugend- und Wirtschaftsfürsorgerin, und

ein 1929 aufgenommenes Studium an der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Berlin hatte sie mit der 1931 in Berlin veröffentlichten Diplomarbeit „Lebenshaltung aus Fürsorge und Erwerbstätigkeit: Eine Untersuchung des Kostenaufwandes für Sozialversicherung, Fürsorge und Versorgung im Vergleich zum Familieneinkommen aus Erwerbstätigkeit“ abgeschlossen. So fand Wessel nun beruflichen Unterschlupf im Fürsorgewesen ihrer Kirche.

Als nach Krieg und NS-Zeit das Zentrum neu gegründet wurde, war Wessel von Anfang an in führender Stellung dabei. Die CDU lehnte sie ab, da diese ihres Erachtens weniger in der Tradition des Zentrums denn jener der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei stand. Die Zentrumsolitikerin wurde 1948 Mitglied des Parlamentarischen Rates und 1949 sowohl Bundesvorsitzende als auch Bundestagsfraktionsvorsitzende ihrer Partei.

Neben dem Grundgesetz, dem es in ihren Augen an demokratischen und so-



1949 im Bundestagsrestaurant: Helene Wessel

Foto: Ullstein

zialen Grundrechten mangelt, lehnte die Zentrumsvorsitzende – ebenso wie der CDU-Mitbegründer und Bundesinnenminister Gustav Heinemann – die Remilitarisierung Westdeutschlands ab. Beide Christen traten deshalb aus ihren Parteien aus und gründeten 1952 die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Nach enttäuschenden Wahlniederlagen vor allem bei der Bundestagswahl 1953 löste sich die GVP 1957 auf. Im selben Jahr wechselten die Katholiken und der Protestant zur SPD und wurden über deren Landeslisten in den Bundestag gewählt.

1968 zeigte sich noch einmal der rebellisch-nonkonformistische Geist der links-katholischen Sozialpolitikerin. Unter Hinweis auf das Ermächtigungsgesetz stimmte die SPD-Bundestagsabgeordnete offen gegen die Notstandsgesetze der schwarz-roten Großen Koalition. Zur Bundestagswahl 1969 trat sie nicht mehr an. 15 Tage nach der Wahl, am 13. Oktober, starb Wessel nach schwerer Krankheit in einem Bonner Krankenhaus. Manuel Ruoff

VON RENÉ NEHRING

Fast ein Dreivierteljahrhundert nach der Gründung zweier deutscher Nachkriegsstaaten ist die Frage, wer die Verantwortung für die Teilung Deutschlands trägt, für viele noch immer eine Glaubenssache. Unstrittig ist, dass die Abtrennung des deutschen Ostens von den Alliierten gemeinsam beschlossen und in ihrem Potsdamer Protokoll von 1945 festgehalten wurde. Doch wer die Verantwortung dafür trägt, dass US-Amerikaner, Briten und Franzosen einerseits sowie die sowjetische Besatzungsmacht andererseits entgegen ihrer ursprünglichen Absicht, den Rest des besiegten Deutschlands gemeinschaftlich verwalten zu wollen, schnell getrennte Wege gingen, ist noch immer umstritten – und hängt letztlich immer auch vom politischen Standpunkt der jeweiligen Betrachter ab.

Die Gründung der Bizone

Unbestreitbar ist, dass die meisten formalen Schritte zur deutschen Teilung von den westlichen Alliierten vollzogen wurden. Bereits am 2. Dezember 1946 hatten die USA und Großbritannien beschlossen, ihre ihnen im Potsdamer Protokoll zugewiesenen Besatzungszonen vom 1. Januar 1947 an in einem Gemeinsamen Wirtschaftsgebiet zusammen zu verwalten. Bis dahin galt zwar, dass – dem Potsdamer Protokoll folgend – Deutschland von den Alliierten als Ganzes verwaltet werden sollte, faktisch jedoch jede Besatzungsmacht freie Hand in ihrer Zone hatte. Insbesondere die Sowjetunion und Frankreich lehnten eine gemeinsame deutsche Wirtschaftsverwaltung ab. Lediglich die Hauptstadt Berlin wurde von den Alliierten noch immer als Einheit behandelt. Die höchste Ebene deutscher Selbstverwaltung waren die kurz zuvor wieder- und neugegründeten Länder, sodass die Deutschen faktisch in die Kleinstaaterei des 19. Jahrhunderts zurückgeworfen waren.

Mit der Gründung des Gemeinsamen Wirtschaftsgebiets (vereinfacht Bizone genannt) wurde nun erstmals seit dem Kriegsende ein überregionaler territorialer Zusammenschluss in Deutschland geschaffen. Das am 22. Juli 1946 eingesetzte Direktorium des Ersten Wirtschaftsrates – bestehend aus je einem Direktor für a) Wirtschaft, b) Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, c) Finanzen, d) Verkehr sowie e) Post- und Fernmeldewesen –, später gefolgt vom Verwaltungsrat des Zweiten Wirtschaftsrates, war faktisch die erste mehrere Länder vereinende deutsche Exekutive seit Absetzung der Reichsregierung Karl Dönitz am 23. Mai 1945.

Die Bizone führte unter anderem die Schwerindustrie und die reichen Kohlevorkommen des Westens mit der Agrarwirtschaft und verarbeitenden Industrie des Südens zusammen. Und mit 41 Millionen Einwohnern (darunter viele Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten) umfasste sie die Mehrheit der Bevölkerung des Deutschen Reichs.

Der Weg zur eigenen Währung im Westen Deutschlands

Schnell zeigte sich, dass der Zusammenschluss der Zonen beiden Seiten zum Vorteil gereichte. Allerdings führte die Harmonisierung im Westen und Süden zur Entfremdung vom Osten. Und als dann noch im März 1948 US-Amerikaner, Briten und Franzosen auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz (auf der neben den Westalliierten auch die BeNeLux-Länder teilnahmen) den Beitritt der französischen Besatzungszone (außer dem Saarland) zum Gemeinsamen Wirtschaftsgebiet beschlossen (der erst ab April 1949 formell wirksam wurde), wurde nicht nur die Bizone zur Trizone, sondern auch die zunehmende Spaltung Deutschlands in zwei weltanschaulich und ökonomisch höchst unterschiedlich geprägte Teile offensichtlich. Allerdings bedeuteten die Zusammenschlüsse der Westzonen noch keine formelle Teilung.



Kämpften für den provisorischen Charakter ihres Projekts: Die (west-)deutschen Ministerpräsidenten in Frankfurt während ihrer Gespräche mit den Alliierten. Im Bild Hinrich Kopp und Max Brauer mit dem US-Militärgouverneur Lucius D. Clay Foto: akg images

DEUTSCHE TEILUNG

Ein Weg zur Einheit, der zur Spaltung führte

Im Sommer des Jahres 1948 erreichte der Kalte Krieg einen Höhepunkt. Leidtragende waren die Deutschen, deren besetztes Land sich in Folge des alliierten Zerwürfnisses zunehmend auseinanderentwickelte

Dies änderte sich mit der Währungsreform vom 20. Juni 1948. An diesem Tag, einem Sonntag, wurde die Deutsche Mark zum neuen und einzigen Zahlungsmittel in der Trizone. Wenige Tage später führte die Sowjetmacht in ihrer Besatzungszone eine eigene Währung ein.

Mag die Einführung der D-Mark angesichts des Verfalls der bis dahin gültigen Reichsmark und der Rentenmark für die betroffenen Zonen ökonomisch sinnvoll und als Startschuss für das Wirtschaftswunder ein Segen gewesen sein – so hatte sie deutschlandpolitisch eine fatale Wirkung. Zum einen war Deutschland nunmehr offiziell in zwei Währungsgebiete geteilt. Zudem verfügten die Länder in den westlichen Besatzungszonen mit der bereits zum 1. März 1948 gegründeten Bank deutscher Länder (hervorgegangen aus der von Ludwig Erhard geleiteten Sonderstelle Geld und Kredit der Finanzverwaltung der Bizone) erstmals über eine eigene souveräne Behörde, deren Kompetenzbereich nicht mehr das gesamte (Rest-)Deutschland umfasste. Mit der Gründung der Deutschen Notenbank der SBZ standen erstmals auf einem zentralen Feld staatlicher Hoheit zwei deutsche Behörden in systemischer Konkurrenz zueinander.

Berlin-Blockade und Luftbrücke

Mit der geldpolitischen Teilung Deutschlands überschlugen sich die Ereignisse. Aus Angst vor einer Überflutung der eigenen Zone mit durch die Währungsunion im Westen wertlos gewordenen Reichsmark sowie auch als Demonstration der Stärke begann die sowjetische Militärverwaltung in der Nacht vom 23. zum 24. Juni 1948 mit der Schließung der innerdeutschen Grenze sowie der Abriegelung und Kappung der Versorgung West-Berlins. Zunächst stellte das Kraftwerk Zschornowitz bei Gräfenhainichen seine Stromlie-

ferung ein, womit – da die Kraftwerke in den Westsektoren die Versorgungslücke nicht schließen konnten – in weiten Teilen West-Berlins buchstäblich die Lichter ausgingen. Am Morgen des 24. wurden dann alle Straßen-, Wasser- und Schienenverbindungen nach Berlin eingestellt, sodass der Personen- und der Güterverkehr zum Erliegen kam. Schnell zeigte sich, dass der Westteil der einstigen Reichshauptstadt auf sich selbst gestellt nicht überlebensfähig war.

Die Westalliierten, allen voran die USA, reagierten vom 26. Juni an mit der Einrichtung einer Luftbrücke und flogen schon bald im Minutentakt Nahrungsmittel, Medikamente, Treibstoff und Kohle sowie weitere dringend benötigte Produkte nach Berlin. Da es ihnen tatsächlich gelang, über die Luftbrücke die Millionenstadt zu versorgen, wurden die Alliierten in West-Berlin fortan weniger als Besatzer, sondern zunehmend als Schutzmacht vor der Bedrohung aus dem Osten wahrgenommen. Ein erheblicher Vorteil in der Schlacht um die Köpfe und Herzen der Deutschen, da die Russen in ihrer Zone bis zuletzt als Besatzungsmacht wahrgenommen wurden.

„Empfehlungen“ zum Separatstaat

Die Westmächte gaben nun jegliche Bemühungen um eine einvernehmliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf. Am 1. Juli 1948 trommelten die alliierten Militärgouverneure der Trizone die Ministerpräsidenten der Länder in ihren Besatzungszonen im Frankfurter I.G.-Farben-Haus zusammen und übergaben ihnen die auf der Basis des Schlusskommuniqués der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz vom 7. Juni formulierten „Empfehlungen“ zur Gründung eines westdeutschen föderalen Separatstaates.

In den als Frankfurter Dokumente in die Geschichte eingegangenen Papieren

regten sie unter anderem die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und die Neustrukturierung der Länder in der Trizone an. Das dritte Dokument befasste sich mit dem geplanten Besatzungsstatut, das von den deutschen Ländern gefordert worden war, um die Willkür alliierter Behörden zu beenden und das Besatzungshandeln auf eine rechtliche Grundlage zu stellen.

Der Berliner Historiker Henning Köhler bezeichnete das Vorgehen der Alliierten den Deutschen gegenüber als historisch einzigartig. Während gewöhnlich besetzte Länder und Nationen ihre Unabhängigkeit von den Besatzungsmächten zurückerringen würden, sei in diesem Falle mit den Londoner Empfehlungen eine „schroffe Aufforderung der Besatzungsmächte [...] gefälligst einen Staat zu gründen“, ergangen.

Widerstand der deutschen Länder

Allerdings verhielten sich die aufgeforderten Ministerpräsidenten keineswegs so, wie es die Alliierten „empfohlen“ hatten. Zunächst einmal erbatene sie sich ein paar Tage Bedenkzeit, die ihnen auch gewährt wurde. Vom 8. bis 10. Juli 1948 kamen sie im Koblenzer Hotel „Rittersturz“ zusammen, um über die Frankfurter Dokumente zu beraten.

Schon der Teilnehmerkreis verriet, dass sie keineswegs gewillt waren, den westalliierten „Empfehlungen“ einfach Folge zu leisten. So wurde unter anderem auch die amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, Louise Schroeder, geladen. Dies war insofern ein Affront, weil die westlichen Besatzungsmächte ihre Staatsgründungspläne ausdrücklich ohne Berlin umsetzen wollten, da die Hauptstadt unter gemeinsamer Vier-Mächte-Verwaltung stand. Auch sonst zeigten die Ministerpräsidenten eine widerständische Haltung. Zwar nahmen sie nach in-

terviser Beratung in ihren Koblenzer Beschlüssen die Frankfurter Dokumente grundsätzlich an, beharrten jedoch darauf, keinen formalen Staat gründen zu wollen, sondern lediglich ein Provisorium, das demzufolge auch keine Verfassung, sondern allenfalls ein „Grundgesetz“ erhalten solle. Dieses solle auch nicht durch eine verfassunggebende Versammlung, sondern von einem Parlamentarischen Rat beraten werden.

Nach einigen Verstimmungen bei den Westmächten einigten sich die Vertreter der Länder der Trizone mit den Besatzungsmächten letztlich auf der Niederwaldkonferenz am 26. Juli 1948 auf die „Organisation der drei Zonen auf der Basis der Londoner Übereinkommen“. Auf dieser Basis nahm dann ab dem 1. September der Parlamentarische Rat seine Arbeit auf.

Ursachen der Spaltung

Wie eingangs geschildert, erfolgten die maßgeblichen Schritte zur Bildung eines westdeutschen Separatstaates – und somit zur Teilung des deutschen Vaterlandes – unstrittig von den westlichen Alliierten. Doch ob diese auch ursächlich für die Spaltung verantwortlich waren, kann getrost hinterfragt werden.

Denn nur wenige Wochen nach der Verabschiedung des Potsdamer Protokolls der alliierten Siegermächte, in dem diese die gemeinsame Verwaltung Deutschlands vereinbart hatten, begann die Sowjetische Militäradministration mit der konsequenten Umstrukturierung ihrer Zone nach sowjetischem Vorbild. Von Herbst 1945 an wurden durch die sogenannte Bodenreform 7160 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Größe von über 100 Hektar und 4537 Agrarbetriebe mit einer Größe von unter 100 Hektar sowie in der Industriereform rund 10.000 Industriebetriebe sowie Handels- und Dienstleistungsunternehmen entschädigungslos enteignet. Damit war binnen weniger Tage die gewachsene ökonomische und soziale Struktur der historischen Mitte Deutschlands zerschlagen.

Parallel dazu wurden auch die gerade erst wiederentstandenen politischen Parteien unter Druck gesetzt. Schon vor den Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946, die noch als einigermaßen frei gelten, war die stärkste politische Kraft, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), aus der Zwangsvereinigung von SPD und KPD entstanden.

Somit war schon lange vor den westlichen Schritten zur Schaffung eines westdeutschen Teilstaates klar, dass mit der östlichen Besatzungsmacht buchstäblich kein Staat zu machen war. Insofern können die Schritte des Westens – Gründung der Bi- und Trizone, einseitige Währungsreform, Frankfurter Dokumente und Gründung des Parlamentarischen Rats – auch als Versuch gedeutet werden, wenigstens das zusammenzufügen, was weltanschaulich und ökonomisch zusammenpasste. Auch wenn dieser Weg zur Einheit für die Deutschen zu einer jahrzehntelangen Spaltung ihres Landes führte.

So oder so ist klar, dass die Handlungsspielräume der Deutschen marginal waren. Gleichwohl waren ihre gewählten Vertreter alles andere als willfährige Helfer der Alliierten. In den Verhandlungen des Jahres 1948 setzten sich die Ministerpräsidenten insbesondere mit dem Ansinnen durch, lediglich ein Provisorium auf den Weg zu bringen.

Und als dieses Provisorium im Jahr darauf mit dem Grundgesetz ein Organisationsstatut erhielt, hielten die Mitglieder des Parlamentarischen Rats noch vor dem eigentlichen Text in der Präambel fest, dass sie „von dem Willen beseelt“ seien, die „nationale und staatliche Einheit zu wahren“. Sie hielten fest, „auch für jene Deutschen gehandelt“ zu haben, „denen mitzuwirken versagt war“. Und sie betonten: „Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor einigen Wochen wandte sich der Freiburger Orthopäde und Chirurg Michael Staiger mit einem sehr kritischen offenen Brief an das „Deutsche Ärzteblatt“, in dem er unter anderem schrieb: „Auch dem flüchtigen Leser Ihres Periodikums kann es nicht entgangen sein, dass das neueste, durch das medizinische Dorf getriebene Einhorn die sogenannte Klimamedizin darstellt ... , deren zukünftige alternativlosen Vorschläge (bald Weisungen?) zur Bekämpfung des sogenannten menschengemachten Klimawandels, einschließlich Forderung nach zum Beispiel CO₂-emissionsfreien Arztpraxen und dergleichen, uns zunehmend beschäftigen werden.“

Und tatsächlich hatte sich das Ärzteblatt schon mehrmals für die Etablierung und den Ausbau des Faches Klimamedizin eingesetzt. So beispielsweise im August 2020 durch den Abdruck eines langen Artikels aus der Feder von Claudia Traidl-Hoffmann, Inhaberin des Lehrstuhls für Umweltmedizin an der Universität Augsburg. Darin hieß es unter anderem: „So wie der Klimawandel den Globus attackiert, attackieren dessen Folgen den menschlichen Organismus.“ Dazu komme, „dass alle extremen Wetterereignisse auch psychische Probleme mit sich bringen“. Also sollten die Mediziner Vorkämpfer sein, wenn es um die „Transformation der Gesellschaft“ zwecks Begrenzung der Erderwärmung sowie die „Überwindung von Widerständen“ dagegen gehe. „Nicht zuletzt die Coronakrise zeigt, zu wie vielen Anpassungen unsere Gesellschaft fähig ist. Die wissenschaftliche Evidenz und wichtige Impulse kamen aus der Medizin. Genauso kann es beim Klimawandel sein.“

Dabei war die Lobbyarbeit zugunsten der Klimamedizin zu dem Zeitpunkt bereits recht erfolgreich gewesen. Davon zeugen die Verabschiedung der „Heidelberger Standards der Klimamedizin“ und groß aufgezogene Tagungen wie die des Marburger Bundes Berlin-Brandenburg zum Thema „Das Klima macht uns krank“.

Die Gates-Stiftung finanziert mit

Außerdem wurden 2019 zwei spezielle Professuren für Klimawandel und Gesundheit an der Universität Augsburg und an der Berliner Charité eingerichtet. Der Augsburger Posten ging an die Geographin und Klimatologin Elke Hertig und der in Berlin an die Ärztin und Epidemiologin mit einer Spezialisierung auf den Bereich Weltgesundheit Sabine Gabrysch.

Gabrysch ist dabei zugleich ein hervorragendes Beispiel für die weitläufige Vernetzung der klimamedizinischen Avantgarde. So leitet sie parallel auch die Forschungsabteilung Klimaresilienz am Potsdam-Institut für Klimafolgenfor-



Seit 2019 auf dem klimamedizinischen Lehrstuhl der Berliner Charité: Epidemiologin Sabine Gabrysch

Foto: Ullstein

MEDIZIN

Klimanetzwerke greifen nach der Gesundheitsforschung

Das Thema Klimamedizin dringt in die deutsche Forschungslandschaft ein. Schon sind eigenständige Lehrstühle entstanden – Doch die wissenschaftliche Basis entpuppt sich als denkbar dünn

schung (PIK). Außerdem saß Gabrysch, die zu den Mitbegründern der Deutschen Allianz für Klima und Gesundheit (KLU) gehört und sich zusätzlich noch in der Initiative Scientists for Future zur Unterstützung der Klimaschutzbewegung Fridays for Future engagiert, bis 2022 im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

Zudem fungierte sie vor dem Wechsel an die Charité als stellvertretende Leiterin des Instituts für Weltgesundheit am Universitätsklinikum Heidelberg. Hier wurde ihr aufwendiges Fünf-Jahres-Projekt zum Thema „Gender, Landwirtschaft und Vermögenswerte“ unter anderem von der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung finanziert.

Was Wissenschaftlerinnen wie Hertig und Gabrysch eint, ist ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein. Hertig hält ihr Forschungsgebiet für absolut zukunftsträchtig, weil es die Grundlage für eine

„Lebensstil- und Verhaltensänderung“ von uns allen sei. Und Gabrysch will nicht mehr und nicht weniger, als maßgeblich dazu beitragen, dass „gesunde Menschen auf einem gesunden Planeten“ leben.

Allerdings weisen die bisherigen klimamedizinischen Studien im Kontrast zu solcherart hochfliegenden Absichtserklärungen samt und sonders eklatante methodische Schwächen auf. Hierzu zwei typische Beispiele.

Fragwürdige Berechnungen

In ihrer im August 2019 im „Deutschen Ärzteblatt“ veröffentlichten Arbeit „Assoziation von Klimafaktoren mit Wundinfektionsraten“ behaupteten einige mehrheitlich an der Berliner Charité tätige Mediziner, dass die vom Menschen verursachte Erderwärmung zu mehr Wundinfektionen nach Operationen führe. Dabei basierten ihre Aussagen aber auf einer haarsträubend unprofessionellen Vorgehensweise: Zum Ersten brachten sie Da-

ten zu Wundinfektionen innerhalb von 17 Jahren, deren genauen Entstehungszeitpunkt sie nicht kannten, mit Temperaturwerten in Zusammenhang.

Zum Zweiten gingen die Autoren stillschweigend davon aus, dass Wundinfektionen lediglich von der Außentemperatur und keinen anderen Faktoren wie beispielsweise Ärztepfeusch beeinflusst werden. Und zum Dritten stehen die präsentierten Daten auch im krassen Widerspruch zu ihrer Interpretation: Das Risiko von postoperativen Wundinfektionen aller Art lag 2000 ganz eindeutig höher als 2016, obwohl die Temperaturen im Verlauf der untersuchten Zeitspanne angeblich gestiegen sind.

Von ähnlicher Qualität war die gleichfalls im „Deutschen Ärzteblatt“ abgedruckte klimamedizinische Studie mit dem Titel „Zukünftige Häufigkeit temperaturbedingter Herzinfarkte in der Region Augsburg. Eine Hochrechnung auf der Grundlage der Zielwerte der Pariser UN-

Klimakonferenz“. Darin verkünden die Autoren, welche diesmal vor allem von den Universitätskliniken München und Augsburg kamen, genau wie ihre Kollegen in Berlin, dass die Erderwärmung zu mehr dramatischen gesundheitlichen Ereignissen führe.

Allerdings verblüfft auch hier die methodische Unbedarftheit: Die prognostizierte Zunahme innerhalb der kommenden, immer „heißer“ werdenden Jahre fällt statistisch in keiner Weise signifikant aus. Dies bedeutet, dass es durchaus auch zu einem Rückgang der Herzinfarkte bei höheren Temperaturen kommen könnte.

Die Klimamediziner sind den Beweis ihrer wissenschaftlichen Brillanz also bislang schuldig geblieben. Letztlich konnten sie vorerst nur die Fähigkeit demonstrieren, sich ohne Wenn und Aber ins Heer der Klimahysteriker einzureihen, welche eine Erderwärmung behaupten und daraus allerlei Panikscenarien ableiten.

VIROLOGIE

Das Geheimnis beispielhafter Krankheitsresistenz

Fledermäuse und Flughunde bergen eine Vielzahl gefährlicher Erreger in sich, ohne daran zu erkranken. Wie machen sie das?

Innerhalb der Klasse der Säugetiere bilden die Fledertiere eine eigene Ordnung, zu der etwa 1450 Arten gehören. Damit stellen die einzigen Säugetiere, die aktiv fliegen können, ein Fünftel aller Säugetierarten. Fledertiere sind dabei. Zu ihnen gehören die Flughunde, welche sich meist pflanzlich ernähren und ein gutes Sehvermögen besitzen, sowie die Fledermäuse, die vor allem Insekten fressen und bei der Orientierung vorrangig auf Ultraschall setzen.

Beide Unterordnungen zeichnen sich durch ein ganz besonderes Merkmal aus: Sie beherbergen zahllose gefährliche Erreger im Körper, wie beispielsweise Mar-

burg-Viren, Ebola-Viren, Tollwut-Viren und Corona-Viren, ohne jedoch deswegen ernsthaft zu erkranken. Dies kommentierte der Virologe Joshua Hayward vom Burnet Institute in Melbourne mit den Worten: „Es gibt so eine Art Friedensabkommen zwischen den Fledertieren und den Erregern, die sie in sich tragen.“ Deshalb ist das Interesse an Flughunden und Fledermäusen während der Corona-Pandemie stark gewachsen, obwohl das für COVID-19 verantwortliche Virus SARS-CoV-2 letztlich wohl einen anderen Wirt hat oder gar aus dem Labor kam. Dabei dreht sich alles um die Frage: Was macht das Immunsystem der Fledertiere so ro-

bust, und könnte der Mensch von dessen Erforschung profitieren?

Geld für diesbezügliche Untersuchungen steht inzwischen genug zur Verfügung. Allerdings ist die Arbeit mit Fledertieren nicht einfach. Bislang konnten nur Langzungen-Flughunde, Jamaika-Fruchtfledermäuse, Nilflughunde und Breitflügel-Fledermäuse in Gefangenschaft gehalten und zum Gegenstand groß angelegter Testreihen gemacht werden. Dennoch liegen nun erste Erklärungen für die erstaunliche Resistenz gegen Viren vor.

So verfügen Fledertiere augenscheinlich über eine effektive erste Verteidigungslinie gegen eindringende Erreger:

Spezielle Signalmoleküle sorgen für umgehende Abwehrreaktionen, dazu kommen raffinierte gentechnische Baupläne für Proteine zur Begrenzung der Vervielfachung und ein wirksames System der „Entsorgung“ beschädigter Zellbestandteile.

Dahinter wartet dann eine zweite Barriere zur Verhinderung ernsthafter Symptome: Auch wenn sich die Zahl der Erreger nicht ausreichend begrenzen lässt, erfolgt keine überschießende Entzündungsreaktion des Körpers, wie sie beispielsweise bei vielen SARS-CoV-2-Opfern auftritt. Das resultiert aus der Unterdrückung der Bildung sogenannter In-

flammasome. Somit muss der Organismus keine unnötige Energie für die Auslöschung der Viren aufwenden, sondern toleriert diese einfach in gewissem Maße.

Schließlich besitzen Fledertiere die Fähigkeit zu zielgerichteten Immunantworten, weil ihr Körper extrem viele Informationen über den Kontakt mit den Erregern abspeichert und bei einer erneuten Infektion abrufen. Das alles ist offenbar die Folge des Vorhandenseins bestimmter Gene wie vor allem des ISG 15, dessen Erforschung nun als Voraussetzung für die Entwicklung entsprechender antiviraler Medikamente für den Einsatz beim Menschen gilt. W.K.

KÖNIGSBERGER GEBIET

Nordostpreußen als Freilichtmuseum

Die Freiwilligenbewegung „ruin keepers“ soll eine Route entlang von Kirchenruinen im Gebiet erarbeiten

VON BODO BOST

Die Freiwilligen von der Bewegung „ruin keepers“ (Hüter der Ruinen) wollen mit dem Projekt „Gotischer Ring“ einen Rundweg durch das Königsberger Gebiet ausbauen. Für sie ist das gesamte Königsberger Gebiet ein Freilicht-Museum, weil es sich mit seinem deutschen Kulturerbe fundamental von anderen Regionen der Russischen Föderation unterscheidet. Es wird noch geprüft, welche Möglichkeiten es gibt, Ruinegebäude auf der Route des „Gotischen Rings“ zu erhalten und eventuell aufzuwerten. Die Ruinen selbst gelten als interessante Objekte, auch wenn sie nicht restauriert werden.

Der regionale Minister für Kultur und Tourismus, Andrej Jermak, erzählte RIA „Baltic Plus“, dass das Jahr 2022 für die Region erfolgreich war, was die Suche nach Investoren für die Kulturerbestätten angeht. Dies gilt beispielsweise für die Burg Preußisch-Eylau, für die in den letzten zehn Jahren kein neuer Eigentümer gefunden wurde, und das Schicksal des Bahnhofsgebäudes in Georgenswalde [Otradnoje], einem Ortsteil von Rauschen [Swetlogorsk], sowie für die dortigen Kirchen St. Barbara und St. Jakob.

Jermak sagte nicht, wann der neue Rundweg in Betrieb genommen werden soll. Wie „RBC-Kaliningrad“ schrieb, wird laut dem Minister für Kultur und Tourismus die Burg Tapiaw eine der Top-Sehenswürdigkeiten sein. Nicht weniger aktuell wird der Komplex der ehemaligen Bierbrauerei Ponarth bei Ragnit sein. Für die Saison werden die Investoren den Komplex in neuem Glanz erstrahlen lassen, was ihn noch attraktiver machen wird.

Wassilij Plitin, Leiter der Initiative „ruin keepers“, stellte in der Wissenschaftlichen Regionalbibliothek Königsberg die touristische Route „Gotischer Ring“ vor und sagte in einem Gespräch mit „Nowyj Kaliningrad“, dass sich das Projekt erst im Entwicklungsstadium befinde. Um die Erkundung und Pflege des historischen Erbes zu erleichtern, soll das Gebiet in mehrere Zonen aufgeteilt wer-



Im Einsatz: „Ruin keepers“ legen die Kirchenruine Powunden frei

Foto: Screenshot castlesandfamilies

den, die durch historische und geografische Prinzipien miteinander verbunden sind. Innerhalb jeder Zone wird es konzeptionelle Routen geben, welche die Ästhetik von Ruinen, verlassen und bewohnten Stätten, lokalen Unternehmen und natürlichen Orten kombinieren und damit aufwerten sollen. Plitin berichtete auch über das Konzept des Königsberger Gebiets als großes Freilichtmuseum, dessen Schwerpunkt die vielen Kirchenruinen seien.

Ästhetik des Verfalls

1945 gab es im nördlichen Teil Ostpreußens etwa 250 Kirchen. Sehr viele deutsche Gotteshäuser wurden danach entweder zerstört oder anderen Nutzzwecken zugeführt. Seit 1989 wurden der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) viele solcher Kirchen übergeben. Die wichtigsten von ihnen befinden sich in Insterburg, Heinrichswalde, Friedland, Rauschen und Cranz. Im Jahr 2010 wurden mehrere Dutzende weitere Immobilien an die ROK

übertragen. Ähnliche Prozesse fanden auch in diesem Jahr statt. Während wenige Kirchen des Königsberger Gebietes restauriert wurden, verfielen andere, weil sie sich weder für die Gesellschaft noch für den Staat als nützlich erwiesen. Die Vergangenheit kann nicht zurückgebracht werden. Diese Kirchen werden, ob man will oder nicht, in einem Zustand der Ruine bleiben.

Für viele Einheimische sind sie nicht einmal Ruinen, sondern eine Art „Verlassenheit“, die sie entweder als Steinbruch oder als Mülldeponie nutzen. Aber viele Menschen haben erkannt, dass etwas getan werden musste. Deshalb war im Jahr 2020 die Bewegung „ruin keepers“ entstanden. Diese Bewegung will nicht die Ruinen, die in der Region verstreut sind, aufbauen, sondern sie als Ruinen schützen, indem man sie säubert und freilegt.

Die „ruin keepers“ sind die mit Abstand größte ehrenamtliche Organisation, die sich in der Region um das historische Erbe kümmert. Für diese Bewegung ist

das Königsberger Gebiet im Prinzip ein Land der Ruinen. Die Bewegung möchte, dass der Name Ruine seine negative Konnotation als etwas Unvollendetes verliert. Die Menschen sollten vielmehr stolz sein, dass es so viele Ruinen gibt.

Begriff Ruinen positiv deuten

In diesem Jahr hat die Bewegung ein neues Konzept entwickelt, wie die Region als Ganzes wahrgenommen werden kann. So entstand die Idee eines Freilichtmuseums für die gesamte Region. Der „Gotische Ring“, der nicht die Form eines Rings hat, sondern als Rundweg gedacht ist, soll die einzelnen Stationen des Freilichtmuseums verbinden. Zu ihm gehören Ruinen und andere Objekte, die auf dem Weg liegen. Dazu können auch verlassene Fabriken, Gehöfte oder Fabriken gehören.

Die ganze Vielfalt des einstigen Preußenlandes, sei es christlich oder heidnisch, soll durch den „Gotischen Ring“ revitalisiert werden und in eine kulturelle Reiseroute aufgenommen werden.

MELDUNGEN

Neues Zentrum für Psychiatrie

Pagelshof – Im Ort Amerika/Pagelshof bei Hohenstein entsteht beim Woiwodschafts Krankenhaus für die Rehabilitation von Kindern das Psychiatriezentrum Nord. Geplant sind 150 Betten und vier Abteilungen. Es wird dringend benötigt, denn die Einrichtungen in der Republik Polen, welche die Jüngsten psychiatrisch behandeln, sind überfüllt und es fehlt an Personal. Von den etwa 400 Kinder- und Jugendpsychiatern arbeiten in der Region gerade einmal zwölf, davon sind einige schon im Rentenalter. Das Psychiatriezentrum Nord soll 2028 in Betrieb genommen werden. Angesichts der angespannten Situation sucht die Direktion aber bereits jetzt Personal – neben Psychiatern auch Psychotherapeuten, Psychologen, und Krankenschwestern – und will den ersten Teilbetrieb auf Basis der jetzigen Infrastruktur mit einer Abteilung für Kinderpsychiatrie starten. U.H.

Blick von St. Nikolaus

Elbing – Von ihr aus kann man bei gutem Wetter die Frische Nehrung sehen, außerdem Marienburg und Danzig. Sie zieht jährlich etwa 20.000 Besucher an, die Eintritt dafür zahlen, um 365 Stufen nach oben steigen müssen. Die Rede ist von der Aussichtsplattform auf dem Turm der Elbinger Kathedrale St. Nikolaus. Deren Geschichte reicht bis ins 13. Jahrhundert zurück. Sie wurde viele Mal um- und ausgebaut, nach den Zerstörungen durch den großen Brand im Jahr 1777 und am Ende des Zweiten Weltkriegs wiedererrichtet. Der Turm ist 95 Meter hoch und macht die Kirche so zum höchsten sakralen Bauwerk auf der rechten Seite der Weichsel. Den weiten Ausblick kann man bis Mitte Oktober täglich außer montags genießen, da den Betrieb der Plattform das Archäologisch-Historische Museum von Elbing übernommen hat. U.H.

KULTURGUT

Eine Heimkehr, doch keine „Rückgabe“ an Polen

Sogenannte Leihglocken aus Ostpreußen kehrten in ihre Heimatkirchen zurück – Die Fakten und wie der SWR darüber berichtet

Wie zuvor schon im Ersten Weltkrieg wurden auch im Zweiten Weltkrieg im Deutschen Reich Kirchenglocken eingezogen, um sie gegebenenfalls einzuschmelzen und aus dem Metall Waffen zu machen. Vor der Einschmelzung wurden die Glocken auf sogenannten Glockenfriedhöfen konzentriert. Bedeutende von diesen befanden sich auf hamburgischem Territorium. Einige der Glocken wurden während des Krieges nicht mehr eingeschmolzen. Sofern sie aus dem deutschen Osten stammten, wurden sie anschließend westdeutschen Kirchengemeinden als sogenannte Leihglocken übergeben.

Nun sollen viele dieser Glocken als sogenannte Friedensglocken für Europa wieder in ihren ursprünglichen Gotteshäusern läuten. Hierzu zählen zwei ostpreußische Glocken, die von Dietrichsdorf (Straszewo), Kreis Stuhm, Regie-

rungsbezirk Westpreußen, Provinz Ostpreußen, über Hamburg zur katholischen St.-Albertus-Magnus-Gemeinde in Esslingen-Oberesslingen beziehungsweise von Frauenburg, Kreis Braunsberg, Regierungsbezirk Königsberg, Provinz Ostpreußen, nach Aichtal-Grötzingen, Kreis

Esslingen gelangt waren. Begleitet wurde die Reise der beiden Glocken und einer weiteren Leihglocke der St.-Albertus-Magnus-Gemeinde vom Chef und Religionsbeauftragten der baden-württembergischen Landesregierung Winfried Kretschmann (Grüne), dessen Familie aus

Ostpreußen stammt und dessen älterer Bruder Ulrich in der Kirche von Frauenburg getauft wurde.

Man mag darüber streiten, ob ostdeutsche Glocken, Paramente und Archivalien bei den Vertriebenen oder in ihrer historischen Heimat besser aufgehoben sind. Indiskutabel ist indes die wahrheitswidrige Art und Weise, in der der für die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zuständige öffentlich-rechtliche Südwestrundfunk (SWR) über den oben genannten Sachverhalt berichtete. Statt wahrheitsgemäß zu sagen, dass Deutschland deutsche Glocken aus Ostpreußen Polen schenkt, wird der Eindruck erweckt, als wenn Deutsche in Polen geraubtes Kulturgut an Polen zurückgäben.

So heißt es in dem SWR-Beitrag „Kretschmann begleitet Glocken aus Esslingen zurück nach Polen“:



FAMILIARE WURZELN
Kretschmann begleitet Glocken aus Esslingen zurück nach Polen

Historisch falsch: Darstellung des SWR zur Wiedergabe ostpreußischer Glocken

● <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/kretschmann-glocken-esslingen-polen-rueckgabe-100.html>

**ZUM 99. GEBURTSTAG**

Bandilla, Otto, aus Milussen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Bessel, Werner, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Gebhardt, Alice, geb. **von Raven**, aus Neidenburg, am 5. Juli
Krüger, Anneliese, geb. **Genseleiter**, aus Lyck, am 3. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Biskupek, Ingeborg, geb. **Till**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Enders, Christel, geb. **Gampert**, aus Lötzen, Kreis Allenstein, am 16. Juni
Lettau, Erika, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 6. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fibiger, Anton, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Pingel, Olga, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 4. Juli
Scheel, Hedwig, geb. **Niedzwetzi**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 3. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dukat, Sigfrido, aus Lyck, am 5. Juli
Fischer, Hans, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Kammler, Liesbeth, geb. **Pedak**, aus Liskan, Kreis Lyck, am 30. Juni
Spieß, Elfriede, geb. **Nowak**, aus Babeck, Kreis Treuburg, am 3. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brauer, Edeltraut, geb. **Falk**, aus Lyck, am 1. Juli
Gogoll, Günter, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 30. Juni
Hinz, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 1. Juli
Lenkeit, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Manke, Dr. Joachim, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 4. Juli
Rinkewitz, Ilse, geb. **Korytkowski**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 2. Juli

Tisdale, Christel, geb. **Dannat**, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 6. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Block, Irene, geb. **Mielke**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Böge, Brigitte, geb. **Pest**, aus Wirbeln, Kreis Ebenrode, am 6. Juli
Eberhardt, Ruth, geb. **Nass**, aus Schorkenicken, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Fischer, Else, geb. **Salusko**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 2. Juli
Gieger, Udo, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 30. Juni
Majer, Gertraud, geb. **Hellwig**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Pfeiffer, Paul, aus Skomanten, Kreis Lyck und aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 3. Juli
Richter, Ruth, geb. **Fritzenwanker**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 30. Juni
Stawström, Anneliese, geb. **Kummetz**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Tullney, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 2. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bettker, Otto, aus Wiskiauten, Kreis Fischhausen, am 4. Juli
Doppler, Elfriede, geb. **Gerwin**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Sawitzki, Gerhard, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 30. Juni
Surek, Bruno, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. Juli
Tamm, Elfriede, geb. **Tulodetzki**, aus Talhöfen, Kreis Neidenburg, am 5. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bednarzyk, Hildegard, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 3. Juli
Kühn, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Posingies, Siegfried, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 3. Juli
Rogowski, Else, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 3. Juli
Waschk, Erich, aus Groß Jauer, Kreis Lötzen, am 3. Juli
Wisotzki, Günther, aus Seedorf, Kreis Treuburg, am 5. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Albrozeit, Hannelore, geb. **Eder**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 6. Juli
Haase, Ingetraud, geb. **Paleit**, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Juli
Maulhardt, Adelgunde, geb. **Zerulla**, aus Fischhausen, am 2. Juli
Petruck, Gertrud, geb. **Bethke**, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau und aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 30. Juni
Rock, Siegfried, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 4. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Growe, Kurt, aus Groß Ottenhagen, Kreis Fischhausen, am 5. Juli
Kunze, Gertrud, geb. **Bombeck**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Kuseler, Lotti, geb. **Kuschewitz**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 2. Juli
Mischke, Anton, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 3. Juli
Mrotzek, Helmut, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 3. Juli
Nieswandt, Erika, geb. **Zeranski**, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 6. Juli
Schulzky, Elfriede, geb. **Ballay**, aus Modelkau, Kreis Neidenburg, am 3. Juli
Schweiger, Dietmar, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Juli
Stannehl, Hannelore, geb. **Dasse**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 3. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adomeit, Kurt, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 3. Juli
Behrendt, Klaus, aus Lyck, am 30. Juni
Derlath, Horst, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 5. Juli
Dust, Harry, aus Kieferheide, Kreis Lyck, am 6. Juli
Göbel, Anna-Maria, geb. **Krings**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Grimm, Ernst-Georg, aus Kuckermesse, Kreis Elchniederung, am 6. Juli
Gronwald, Liesbeth, geb. **Kawetzke**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 4. Juli

Herrmann, Isolde, geb. **Schulz**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 6. Juli
Lembke, Günter, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 3. Juli
Mandel, Karin, geb. **Dellit**, aus Wehlau, am 2. Juli
Mikler, Inge, geb. **Schult**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juli
Wizenty, Hildegard, geb. **Powierski**, aus Fröhlichswalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Cichon, Burglinde, geb. **Berger**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 5. Juli

Frenzel, Dorothea, geb. **Engelke**, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 2. Juli
Jelinek, Karin, geb. **Mitzkat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. Juli
Krämer, Adelheid, geb. **Schleffel**, aus Parwen, Kreis Elchniederung, am 30. Juni
Kretschmer, Christel, geb. **Brosch**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 6. Juli
Platz, Renate, geb. **Zeisig**, aus Halldorf, Kreis Treuburg, am 4. Juli
Richter-Rethwisch, Gero, aus Tenkitten, Kreis Fischhausen, am 2. Juli
Rohde, Hartmut, aus Wehlau, am 2. Juli

PAZ wirkt!

**ZUR EISERNEN HOCHZEIT**

Gläser, Manfred und Ehefrau **Irmgard**, geb. **Blaskowski**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 21. Juni

MUSEUM SCHLOSS DOBERLUG**„Vom Feinsten“**

Adelssammlung Dohna-Schlobitten in zehn Kapiteln

Das Museum Schloss Doberlug öffnet die Türen zu einem bedeutenden Zeugnis europäischer Adelskultur in deutschem Museumsbesitz. Die Sammlung Dohna-Schlobitten umfasst rund 2000 Objekte des 16. bis 19. Jahrhunderts, darunter Gemälde, Grafiken, Bücher, Skulpturen, Möbel, Textilien, Silber, Glas und Porzellan. Sie gehörten einst zum Inventar von Schloss Schlobitten, dem Stammsitz der Burggrafen, Grafen und Fürsten zu Dohna-Schlobitten und geben künftig in Doberlug Auskunft über Aspekte mitteleuropäischer Adelskultur.

Die Sammlung kommt als Leihgabe der Stiftung Preußische

Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg nach Südbrandenburg und ist in mehrjähriger intensiver Arbeit auf die neue Präsentation vorbereitet worden. Dazu gehörten nicht nur mehrere Kunsttransporte von Potsdam nach Doberlug, sondern auch die restauratorische Vorbereitung der Objekte, die Verbesserung von Sicherheitsstandards im Schloss und ein umfangreicher Ausstellungsbau auf insgesamt 400 Quadratmetern sowie die Entwicklung von multimedialen Angeboten. Unter dem Titel „Vom Feinsten. Preußische Adelschätze in sächsischen Mauern“ zeigt die Ausstellung rund 400 Objekte. Finanziert wurde sie

mit Unterstützung der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, der Ostdeutschen Sparkassenstiftung, der Sparkassenstiftung „Zukunft Elbe-Elster-Land“ sowie mit Eigenmitteln des Landkreises Elbe-Elster.

Die Ausstellung im Museum Schloss Doberlug, Schlossplatz 1, 03253 Doberlug-Kirchhain, Telefon (035322) 6888 520, Internet: www.museumsverbund-lkee.de ist von Dienstag bis Sonntag, 11 bis 18 Uhr, ab Oktober von 11 bis 17 Uhr geöffnet.

PM Museum Schloss Doberlug



Blick in den Ausstellungsraum zu „Kapitel 5 – Blaues Blut“: Kern adeliger Kultur war und ist die Familie. Zentrales Objekt ist ein restauriertes Porträt des Burggrafenpaares Fabian II. zu Dohna (1577–1631) und Esther, geb. Freiin von Heydeck (1585–1639) mit ihren Söhnen, das vermutlich Daniel Rose um 1630 schuf

Zusendungen für die Ausgabe 28/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 28/2023 (Erstverkaufstag 14. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 4. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinsler@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
 16. September: **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Anklam
 9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
 7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
 10. November: **Arbeitstagung**

der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
 11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. – Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Grillfest
Wetzlar – Sonnabend, 1. Juli, 13 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: Grillfest. Weitere Informationen bei Kuno Kutz, Heinze-wies 6, 35625 Hüttenberg, Telefon (06441) 770559, E-Mail: kuno.kutz@t-online.de. Im August ist Sommerpause.

Mittagessen
Wiesbaden – Donnerstag, 13. Juli, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldlust“, Wiesbaden-Rambach, Ostpreußenstraße 46. Wegen der Platzdisposition bitte anmelden

bis spätestens 7. Juli bei Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 oder Ilse Klausen, Telefon (06122) 14808.



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Volksaufstand
Lüneburg – Auch in diesem Jahr – dem Jahr der 70. Wiederkehr des



Lüneburg: Blumen am Gedenkstein Foto: Barbara Loeffke

Volksaufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR – gedachten die Landsmannschaft Ostpreußen und der Bund der Vertriebenen der mutigen Deutschen, die in Mitteldeutschland für die Freiheit unterdrückter Menschen eintraten und ihr Leben dafür aufs Spiel setzten.

Es ist in Lüneburg zur Tradition geworden, an dem Gedenkstein, der auf Initiative des ehemaligen, aus Westpreußen stammenden Oberbürgermeisters der Stadt Lüneburg, Horst Nickel, errichtet wurde, mit einem Blumengruß an diesen historischen Tag und an die Opfer Deutscher für das Vaterland zu erinnern. Barbara Loeffke

Kaffeetrinken
Oldenburg – Mittwoch, 12. Juli, 15 Uhr, Hotel Wöbcken, Hundsmühlen: Kaffeetrinken. Im August haben wir Sommerpause.

Salzburger Protestanten
Rinteln – Donnerstag, 13. Juli, 15 Uhr, Räume der Evangelischen Stadtmission, Waldkaterallee 1a (nahe Bahnhof): Uwe Standera hält den Vortrag „Die Salzburger Protestanten und die Grafschaft Ravensberg“ bei der Landsmannschaft der Ostpreußen, Westpreußen und Danziger, Ortsgruppe Rinteln. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen. Wegen der zu treffenden Vorbereitungen werden aber alle Teilnehmer um Anmeldung bei Joachim Rebuschat unter Telefon (05751) 5386 oder per E-Mail: rebuschat@web.de, gebeten. Joachim Rebuschat



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Monatstreffen
Bad Schwartau – Donnerstag, 6. Juli: Auf den Kanälen und der Trave durch und um Lübecks Altstadt herum – eine Stadtrundfahrt zu Wasser zum Abschluss des ersten Halbjahres. Einladung folgt noch. Der Vorstand wünscht eine schöne Sommerzeit. H.-A. Eckloff

Deutsches Kulturforum östliches Europa



Berlin – „Vertreibung/Wypędzenie. Zwangsmigration auf deutscher und polnischer Seite“. Das Bildungsseminar von Montag, 28. August bis Freitag, 1. September geht den Verlust-erfahrungen von Deutschen und Polen infolge des Zweiten Weltkriegs nach. An ober- und unterirdischen Stationen in beiden Ländern werden dabei auch Schicksale anderer betroffener Ethnien berücksichtigt.

An fünf Tagen, jeweils von 9 bis 17 Uhr, mit Pausen, werden sich die Teilnehmer im Rahmen von Vorträgen, Diskussionen, Führungen und Ortsbegehungen mit dem Seminarthema auseinandersetzen. Das Programm ist in 90-Minutenblöcke eingeteilt, wobei Pausen sowie die Zeit für ein gemeinsames Mittagessen eingeplant sind. Das Seminar beginnt und endet täglich in Berlin.

Das Seminarthema „Vertreibung/Wypędzenie“ von Deutschen und Polen im Kontext des Zweiten Weltkriegs hat lange Zeit zu Spannungen zwischen

beiden Nachbarländern geführt. Diese sind auch aktuell noch nicht vollständig überwunden. Zur kritischen Annäherung an dieses umstrittene Thema werden ausgewiesene Fachleute und zeitbezeugende Personen aus und in beiden Ländern an interessanten Orten zu Wort kommen. Die unterschiedlichen Veranstaltungsorte werden dabei sowohl mit öffentlichen Verkehrsmitteln (Tarifzone ABC) als auch mit dem Reisebus erreicht werden.

Die Veranstaltung des Vereins Berliner Unterwelten e. V. und des Deutschen Kulturforums östliches Europa richtet sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger. Das Programm und weitere Infos zur Anmeldung finden Sie auf der Internetseite der Berliner Unterwelten e. V. unter: www.berliner-unterwelten.de oder bei Berliner Unterwelten e. V., Dr. Heike Welzel-Philipp, Brunnenstraße 105, 13355 Berlin, Telefon (030) 8866-8465, E-Mail: seminare@berliner-unterwelten.de



Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni fand im Kleinen Saal des Konzerthauses Berlin statt. Bundesministerin des Inneren und für Heimat, Nancy Faeser, begrüßte die Gäste, der Präsident des BdV, Bernd Fabritius sprach das Schlusswort Foto: Hans-Jorg Froese

Forum Baltikum – Dittchenbühne



Elmshorn – Sonnabend, 8. Juli, 10 bis 14 Uhr, Elmshorner Mehrgenerationenhaus „Forum Baltikum – Dittchenbühne“: Bärenstark Kurs für ein Selbstbehauptungs- und Resilienztraining an, und zwar für Kinder von sechs bis elf Jahren. Interessenten können sich an das

Büro der Dittchenbühne wenden unter Telefon (04121) 89710 oder per E-Mail an: buero@dittchenbuehne.de
 Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Internet: www.dittchenbuehne.de

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
 Vorname: _____
 Straße/Nr.: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
 Bank: _____
 Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
 Preußische Allgemeine Zeitung
 Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
 Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus
 Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfond, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouen von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Heimatkreisgemeinschaften



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. GSt.: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, museum@goldap.de, www.goldap.de

Sommerfest

Goldap – Sonnabend, 1. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat, Garten: 27. Goldaper Sommerfest. Zu diesem Sommerfest lade ich Sie und Ihre Angehörigen herzlich ein.

Wie in den vergangenen 20 Jahren auch, soll das Fest ohne größere Förmlichkeiten stattfinden und dem geselligen Austausch der Teilnehmer dienen. Für Kaffee, Kuchen, Gegrilltes und Getränke ist gesorgt. Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

Es wird herzlich um eine Anmeldung per E-Mail unter info@goldap.de gebeten. Diejenigen, die sich bereits auf die „Save-the-date“-E-Mail hin angemeldet haben, brauchen sich natürlich nicht noch einmal anzumelden.

Stephan Grigat, Kreisvertreter



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; kodo48@aol.com; Kas-senverwalter: Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Kreistag- und Beiratssitzung Dortmund – Sonnabend, 9. September, 10 bis 17 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Kreistag- und Beiratssitzung. Klaus Downar

Hauptkreistreffen

Dortmund – Sonntag, 10. September, ab 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkreistreffen Klaus Downar



Lycker

Kreisvertreterin: Bäbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

12. Lycker Treffen

Bremen – Donnerstag, 16. November, 13 Uhr, Beginn um 14 Uhr, Best Western Hotel zur Post: Lycker Treffen in Bremen unter neuer Leitung. Wilhelm Norra hat die Orga-

nisation an Heidi Mader abgegeben. Nähere Auskünfte bei Heidi Mader: E-Mail: heidi-mader@gmx.de oder unter Telefon (0421) 67329026. Eine verbindliche Anmeldung ist erforderlich.

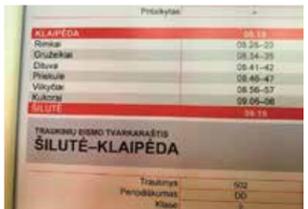


Memel-Stadt/Land

Kreisvertreter: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim, Telefon (06203) 43229, Mobil: (0174)9508566, E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de. GSt. für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstraße 13, 68542 Heddesheim

Von Memel nach Heydekrug mit dem Zug

Memel – Anstatt die Strecke von Memel nach Heydekrug mit dem Pkw oder dem Bus zu fahren, ist es auch möglich, mit dem Zug zu reisen. Die Fahrt dauert etwa eine Stunde und kostet derzeit für die Hin- und Rückfahrt umgerechnet 9,75 Euro. Auf der Strecke sind Bahnhöfe, Haltepunkte und die Landschaft aus einer ganz anderen Perspektive. Pro Tag gibt es drei bis vier Abfahrten. Uwe Jurgsties



Mit dem Zug: Alternative zur Fahrbahn Fotos (9): Jurgsties



Klein, aber fein: Der Zug von Memel nach Heydekrug



Abfahrt in Memel: Am Bahnhof Rinkai



Zwischendurch ein Haltepunkt: hier in Grudscheiken



Halt: Dittauen



Prökuls: Bahnhof aus rotem Backstein



Wilkieten: Auch hier gibt es einen Haltepunkt



Bahnhof Kukoreiten: Der Zug von Memel nach Heydekrug hält auch hier



Angekommen: Bahnhof Heydekrug



Düsseldorf – Ausgewählte Werke zu Königsberg i. Pr. aus der „Ostdeutschen Artothek“ noch bis zum 31. August, Ausstellungsraum „Rose Ausländer“, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, Deutsch-osteuropäisches Forum, Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf.

Mit der Ausstellung von ausgewählten Arbeiten aus der „Ostdeutschen Artothek“ des Gerhart-Hauptmann-Hauses erinnert die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus an Architektur und Landschaft in und um Königsberg i. Pr. bis zu seiner weitgehenden Zerstörung 1944 im Zweiten Weltkrieg und an einige mit Königsberg verbundenen Namen aus Kunst und Kultur der einst östlichsten Stadt Europas. Dazu gehören Immanuel Kant, Käthe Kollwitz, Lovis Corinth, Heinrich Wolff, Eduard Bischoff, Ludwig Dettmann, Arthur Degner, die selbst in Königsberg geboren sind und von denen sich in der Sammlung „Ostdeutsche Artothek“ überwiegend Papierarbeiten befinden.

Mehr Informationen unter Internet: www.g-h-h.de

Stiftung »Zukunft für Ostpreußen!« First Fuggler Privatbank IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83 BIC: FUBKDE33

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 5x5 grid and a 10x10 grid.

Sudoku

9x9 Sudoku puzzle grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

6x6 grid with diagonal lines and numbers for a word puzzle.

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bekleidungsartikel. 1 Freiheitszug, Haft 2 in seiner Art Einziges; Sonderling 3 kleine Tür, Eingang 4 verbleibend, restlich 5 Linderung, Wohltat 6 Hafenstadt in Nordnorwegen

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Wort für Meinung, Ansicht. 1 manche; nicht wenige, 2 kein Ding, keine Sache, 3 Bruchteil, 4 Unglück, Zusammenstoß, 5 widerwillig

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of arrows around numbers 1-5.

Landmannschaft Ostpreußen

Lebendiges Brauchtum

Fröhliche Feier für alle Generationen beim Ostpreußischen Sommerfest in Wuttrienen

VON HANNA FRAHM

Mit herrlichem Sonnenschein und der Musik des Scheufeldorfer Orchesters wurden die rund 1000 Besucher des diesjährigen Ostpreußischen Sommerfestes der Landmannschaft Ostpreußen (LO) am 24. Juni auf dem Gelände des Freizeitparks BARTBO in Allenstein begrüßt. Aus dem Bundesgebiet und Ermland und Masuren waren sie angereist, um eine bunte Mischung aus Gesang und Volkstanz zu sehen.

Nach einem ökumenischen Gottesdienst und der Begrüßung durch den Sprecher der Landmannschaft Ostpreußen Stephan Grigat zeigten Vereine aus dem Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), wie lebendig deutsches Brauchtum in Ostpreußen auch im Jahre 2023 noch ist.

Die Tanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein zeigte sowohl traditionelle als auch moderne Hip-Hop-Tänze.

Für ausgelassene Stimmung sorgten die Darbietungen des Neidenburger Chores, des Chores „Ermland“ aus Heilsberg und das internationale Repertoire des Ostpreußenchores aus Mecklenburg-Vorpommern.



Gute Stimmung, die ansteckt: Die Tanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein schwingt zusammen mit Besuchern des Festes das Tanzbein zur Musik des Chores „Ermland“



Neben modernen deutschen Liedern singt sie auch nachdenkliche in ihrer Muttersprache: Ella Balakina aus der Ukraine

Weitere Höhepunkte waren die Auftritte der Sängerin Ella Balakina aus der Ukraine, des bekannten Sängers BernStein und der Solistin Monika Krzenczek aus Ortelsburg.

Lesen Sie in der nächsten Ausgabe der PAZ den ausführlichen Bericht über das Sommerfest.



Ein glänzender Auftritt: Chor aus Neidenburg



Gelebte Ökumene: Pastor Twardzik (l.) und Domherr Schmeier



Die Darbietungen auf der Bühne erfreute alle: auch die Kinder, die vorher beim Schminken gewesen sind



Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Dienstag, 4. Juli, 14.30 Uhr: „Wissenschaftliche Revolutionen in Ostpreußen“. Führung und Vortrag im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Museumsdirektor Joachim Mähner. Ermäßigter Museumseintritt zuzüglich 3,- Euro, inklusive Tee, Kaffee und Gebäck. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

1473, vor 550 Jahren, wurde Nikolaus Kopernikus geboren. In Frauenburg und Allenstein revolutionierte er das bis dahin gel-

tende Weltbild: Die Menschheit stand nicht mehr im Zentrum des Universums, die Erde drehte sich wie andere Planeten auch, um die Sonne.

Auch andere Naturwissenschaftler in und aus Ostpreußen sollten Geschichte schreiben. Friedrich Wilhelm Bessel lieferte den Beweis von Kopernikus' Theorie. David Hilbert stritt mit Albert Einstein, wer die Relativitätstheorie zuerst entwickelt hatte. Arnold Sommerfeld entwickelte mit Niels Bohr das Bohr-Sommerfeldsche Atommodell. Und selbst der berühmteste Denker aus Kö-

nigsberg, Immanuel Kant, widmete sich erfolgreich astronomischen Studien. Museumsdirektor Mähner stellt einige dieser großen Denker vor.

Die Veranstaltungsreihe „Museum Erleben“ lädt Sie jeden ersten und dritten Dienstag im Monat, ab 14.30 Uhr ein, das Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung auf besondere Weise zu entdecken. Nach Ausstellungsrundgängen, Vorträgen und Filmen gibt es bei Kaffee und Gebäck ein gemütliches Beisammensein und die Möglichkeit, sich über das Erlebte auszutauschen.

Hessen: 70 Jahre Bund der Vertriebenen

Wiesbaden – Anlässlich des 70. Jubiläums des BdV – Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen in diesem Jahr hat die Landesregierung entschieden, für den Landespreis 2023 das Motto „70 Jahre BdV – Bund der Vertriebenen in Hessen“ zu wählen.

Der Bund der Vertriebenen ist der Dachverband der deutschen

Vertriebenenverbände und Landmannschaften. Der Landesverband Hessen untergliedert sich in 19 Kreisverbände und zahlreiche BdV-Ortsverbände.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf ruft zur Teilnahme auf. Bewerbungen können bis zum 14. Juli beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Stabsstelle LBHS,

Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden oder per E-Mail unter landespreis@hmdis.hessen.de eingereicht werden.

Der Landespreis ist mit 7500 Euro dotiert und kann auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden. Die Verleihung des Landespreises „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ wird im November 2023 in Wiesbaden stattfinden. *PM*

ANZEIGE

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Kreisgemeinschaft Gumbinnen e.V.

In großer Hochachtung und tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem ehemaligen Vorsitzenden und Ehrenmitglied

Eckard Steiner

* 12. Mai 1937 in Gumbinnen † 26. Mai 2023 in Idstein

Eckard Steiner war über viele Jahrzehnte mit der Kreisgemeinschaft Gumbinnen eng verbunden. Denn schon als junger Mann fuhr er seinen Vater zu jedem Gumbinner Treffen und wuchs so in die Kreisgemeinschaft hinein. Im Jahre 1986 wurde er in den Vorstand gewählt und Kirchspielvertreter für seinen Heimatort Herzogskirch.

In einer nicht leichten Phase übernahm Eckard Steiner im Jahre 2002 den Vorsitz der Kreisgemeinschaft. Es folgten Jahre, in denen sich die Arbeit gründlich änderte. Aber die direkten Besuche in die alte Heimat wurden zu einer Selbstverständlichkeit und die Kontakte dorthin mussten mit Themen und Aktivitäten gefüllt werden. Das gelang Eckard Steiner mit vielen Aktionen. Beispielhaft sei hier nur die Restaurierung des Freskos in der Friedrichsschule und der bis 2020 jährlich stattfindende Schulwettbewerb genannt. Viele humanitäre Hilfen konnten zusätzlich erfolgen, auch dank der guten Kontakte zum früheren Oberbürgermeister Eberhard David und Bürgermeister Horst Grube aus der Patenstadt Bielefeld und zum damaligen Bürgermeister und späteren Gouverneur Nikolaj Zukanov.

Seine Amtszeit als Vorstandsvorsitzender endete freiwillig am 31.12.2014 aus gesundheitlichen Gründen, er blieb aber weiterhin als Vertreter seines Heimatortes im Vorstand und auch Beiratsmitglied in der Stiftung Gumbinnen. Wir werden Eckard Steiner sehr vermissen.

In Dankbarkeit
Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Gumbinnen
Der Vorstand der Stiftung Gumbinnen

DEUTSCHE OSTMESSE

Als sich die Welt in Königsberg traf

Was als landwirtschaftliche Ausstellung begann, entwickelte sich schnell zu einem beliebten Anziehungspunkt

VON WOLFGANG KAUFMANN

Infolge der im Versailler Diktat verfügbaren Gebietsabtretungen war die Provinz Ostpreußen nach dem Ersten Weltkrieg durch den Polnischen Korridor vom Hauptteil des Deutschen Reiches abgeschnitten und nur auf dem Luft- oder Seewege problemlos erreichbar. Das zeitigte erhebliche negative wirtschaftliche Folgen, was zu zahlreichen Initiativen führte, welche die Stärkung von Industrie, Landwirtschaft, Handwerk und Handel in der nunmehrigen Exklave zum Ziel hatten. In diesem Zusammenhang wurde im September 1920 die erste Deutsche Ostmesse in Königsberg abgehalten, zu deren Eröffnung auch der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert und Reichswirtschaftsminister Ernst Scholz von der nationalliberalen Deutschen Volkspartei mittels des Seesdienstes Ostpreußen anreisten.

Bei der Ostmesse 1920 handelte es sich um eine landwirtschaftliche Investitions- und Verbrauchsgütermesse, die auf rund 50.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche im Königsberger Tiergarten abgehalten wurde. Sie sollte zeigen, dass Ostpreußen auch weiterhin als wirtschaftliche Brücke zwischen Deutschland und den Staaten Osteuropas fungieren könne. Die Palette der Güter, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielten, umfasste neben Nahrungsmitteln vor allem Kolonial- und Eisenwaren, Flachs, Hanf, Häute, Felle und Leder, Baumaterialien, Kohlen, Textilprodukte, Holz und Brennstoffe.

Aufgrund des Erfolges der ersten Ostmesse wurden in der Zeit danach auch Industriegüter einbezogen, um der deutschen Wirtschaft weitere Absatzmöglichkeiten im Osten des Kontinents zu verschaffen. Darüber hinaus fand die Veranstaltung zwischen 1921 und 1927 zweimal im Jahr statt, nämlich im Februar und im August, bevor es dann ab 1928 wieder nur



Erfreute sich großer Beliebtheit: Die Ostmesse in Königsberg Anfang der 1930er Jahre

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

noch eine Messe pro Jahr gab, die in die zweite Augushälfte fiel.

Erfolg führte zur Vergrößerung

Um mehr Ausstellungsfläche zu schaffen, stellte die Stadt Königsberg Grundstücke im Bereich des ehemaligen Festungsgrabens für die Errichtung dauerhafter Messegebäude zur Verfügung, die teilweise bereits zur Frühjahrsmesse 1921 fertiggestellt waren.

Die Pläne hierfür stammten von dem beim Königsberger Messamt beschäftigten Architekten Hanns Hopp. Dieser entwarf außerdem den ab August 1921 benutzten Eingangsbereich samt Restaurant, der symbolisch auf die Funktion der Messe hinwies, indem er an die Zelte ori-

2500

Firmen präsentierten 1923, also zwei Jahre nach deren Eröffnung, ihre Produkte auf der Deutschen Ostmesse in der Hauptstadt Ostpreußens

entalischer Basare samt ihrer langen dünnen Stützstangen erinnerte.

Darüber hinaus sollte ein sogenanntes Haus der Technik entstehen, das als Ausstellungshalle für Landmaschinen gedacht war. Allerdings wurde dieses Vorha-

ben zunächst durch die Inflation vereitelt. Nach deren Ende konnte Hopp sich dann auch hier verwirklichen und ein Gebäude errichten, das als herausragendes Beispiel des architektonischen Expressionismus in Deutschland galt. Kern desselben war die 6000 Quadratmeter große Messehalle im Innern eines großen Kubus, um den herum vier kleinere Kuben mit einem Kino und Büros sowie der Privatwohnung Hopps lagen. Das ganze Ensemble wirkte aufgrund seiner dunkelroten Backsteinhülle und der damit kontrastierenden Details aus hellem Sichtbeton ausgesprochen beeindruckend.

Vom Erfolg der Deutschen Ostmesse Königsberg kündigt unter anderem, dass selbst im Krisenjahr 1923 um die 2500 Fir-

men präsent waren und ihre Produkte vorstellten. Währenddessen wuchsen die Besucherzahlen unablässig. 1930 kamen bereits 120.000 Besucher, davon 2500 aus dem Ausland. Im Jahr 1937 wurde mit 204.000 Messegästen ein absoluter Rekord aufgestellt.

Die Ostmesse öffnete ihre Pforten sogar noch nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, wobei es 1940 zwei Besonderheiten gab: Nachdem in den Jahren zuvor lediglich Japans im März 1932 gegründeter Verbündeter Mandschukuo im Nordosten Chinas für sich und seine Erzeugnisse geworben hatte, war nun auch die gegen Japan kämpfende Republik China in Königsberg vertreten.

Darüber hinaus sorgte der 1939 abgeschlossene Nichtangriffsvertrag zwischen dem Dritten Reich und der UdSSR für eine massive Präsenz sowjetischer Aussteller. So waren im August 1940 folgende Allunions-Ausfuhrvereinigungen in Königsberg vertreten: Exportklee (Getreide und Futtermittel), Exportljon (Flachs und Baumwolle), Exportles (Holzmaterialien), Neftexport (Erdölindustrie), Sojuspromexport (Erze und Düngemittel), Sojuspuschnina (Pelze), Technoexport (Landmaschinen) und Rasnoexport (Pharmazeutische Rohstoffe). Dazu kamen mit Meschdunarodnaja Kniga und Intorgkino die Ausfuhrvereinigungen für Buchdruckerzeugnisse und Spielfilme sowie das sowjetische Touristikunternehmen Intourist.

Ein Jahr später herrschte Krieg zwischen den Reichern Adolf Hitlers und Josef Stalins. Dennoch fand im Oktober 1941 noch eine letzte Deutsche Ostmesse statt.

Deren Baulichkeiten wurden nach der sowjetischen Annexion des Königsberger Gebietes unter anderem als Sporthalle sowie als Verwaltungsgebäude benutzt. Dagegen dient das Haus der Technik seit seiner 2004 begonnenen Generalsanierung heute als Einkaufszentrum mit dem Namen „Eptsent“.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Motto „Rübezahl“ dank einer Mongolin

Beim Straßentheaterfestival Via Thea übernimmt der Herr der Berge dieses Jahr das Zepter

Vom 6. bis zum 8. Juli kommen Schlesiensfans beiderseits des Grenzflusses Lausitzer Neiße auf ihre Kosten. Wer Aktion, Schrilles, Gaukler und Schausteller mag, für den ist das Internationale Straßentheaterfestival Via Thea genau das Richtige. Seit 1995 ist es fester Bestandteil im Veranstaltungskalender der geteilten Stadt Görlitz.

Die Idee hatten sich die Görlitzer aus dem benachbarten Hirschberg [Jelenia Góra] abgeschaut. Dort feierte das Vorbild 1982 seine Geburtsstunde. Eine Zusammenarbeit mit dem regionalen Kulturzentrum Hirschberg bestand bereits, „und es gab eine polnische Theaterpädagogin, die damals in Görlitz arbeitete. Mein damaliger Kulturamtsleiter, Stefan Waldau, kannte sie und sagte, ‚Straßentheater, ja das machen wir‘“, erinnert sich Christiane Hoffmann, die Leiterin des Festivals.

Für sie als Görlitzerin sei es wichtig, dass im 25. Jubiläumjahr der Proklamation der Europastadt das Verbindende des deutschen und des polnischen Görlitz hervorgehoben wird: „Wir, Deutsche und Polen, arbeiten von Anfang an zusammen und wollen dieses Jahr das Schlesische in den Fokus rücken.“ Sie erklärt, dass das

barrierefreie Straßentheater alle Gruppen versammle. Auf diese Weise könne man anregen, sich Gedanken zu machen, „was Schlesien heute für uns bedeutet“. Hoffmann lacht, als sie von der Ideensammelphase „Was ist typisch schlesisch, und womit kann man die Leute packen“ erzählt, in der „ausgerechnet eine mongolische Studentin sagte: Rübezahl!“ Tatsächlich ist der schlesische Berggeist das diesjährige Motto geworden.

Studenten kennen Rübezahl kaum

Die Ernüchterung kam dann jedoch, als sich herausstellte, dass die deutschen Studenten kaum noch etwas über ihn wussten. So wurde gelesen, recherchiert, Filme geguckt. Besonders der neueste Film „Rübezahls Schatz“ von Stefan Bühling mit Sabin Tambrea in der Titelrolle regte die jungen Geister im Organisationsteam an. „Diese Rübezahl-Figur erinnert mich an Tolkiens Gandalf“, sagt Hoffmann.

Und tatsächlich, berichtet sie, soll der britische Fantasy-Autor J. R. R. Tolkien eine Postkarte aus dem Riesengebirge besessen haben, die Rübezahl zeigt. „Deswegen denken wir, dass der Gandalf eigentlich die Weiterentwicklung von Rübezahl ist. Das ist unsere These im Büro, mit der



In welcher Blase steckt Rübezahl? Das diesjährige Straßentheaterfestival Via Thea hat den Berggeist als Motto

Foto: Chris W. Wagner

wir zwar nicht hausieren gehen, aber es war schön zu entdecken, wie sich auch das Bild vom Berggeist in der Graphik, in der Zeichnung veränderte“, so Hoffmann.

Mit dem angeeigneten Wissen wurde ein Künstler betraut, erläutert Hoffmann: „Thomas Hauck ist ein Schriftsteller, Journalist, Zeichner, Maler und Kinderbuchautor. Er hat die ‚Sammlung‘ zuge-

sandt bekommen, muss sich in Rübezahl einlesen und wird während des Festivals drei Tage lang Rübezahlgeschichten sammeln.“ Dazu brauche der Künstler lediglich einen Tisch, Papier, Stifte, Malutensilien, und schon erdichtet er Neues von Rübezahl. Er schreibt an allen drei Tagen mit Kindern eine Fortsetzungsgeschichte über den „Herrn der Berge“.

Auch das Schlesische Museum zu Görlitz ist dabei und nimmt Kinder zwischen fünf und zehn Jahren auf eine Reise in die Welt des launischen Berggeistes mit. Dort erfahren die Kleinen, wo der Herr der Berge herkommt, was er so in seinem Reich treibt und warum man ihn lieber nicht grundlos rufen sollte. Für Erwachsene gibt es seitens des Museums Rübezahlführungen. Das Kulturhaus – die einstige Oberlausitzer Ruhmeshalle – auf polnischer Seite präsentiert während des Via Theas eine Ausstellung mit Kinderzeichnungen zum Thema Rübezahl.

Darüber freut sich Hoffmann, denn das Thema Schlesien war für sie seit der Kindheit präsent: „Meine Vorfahren kamen aus einem schlesischen Dorf hinter Breslau. Dort sind wir regelmäßig hingefahren, haben dort den Pfarrer besucht und waren auf dem Friedhof. Meine geliebte Tante hatte ihre Erinnerungen an Schlesien – auch die Flucht nach Herrnhut – aufgeschrieben, und ich durfte sie lesen. Daher weiß ich viel. Die schlesische Geschichte hat sich für mich so durchgezogen. Deshalb war ich immer bemüht, mehr zu erfahren, und es begleitet mich. Es ist ja irgendwie meine Geschichte, es ist eine Herzenssache.“ Chris W. Wagner

GEDENKSTÄTTE

Gingst auf Rügen: „Nie wieder Krieg“

Unglaublich und selten – ein Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs ersteht neu

VON BRIGITTE STRAMM

Von 1925 bis 1974 hatte das Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs seinen Platz in der Ortsmitte des Dorfes Gingst auf Rügen. Das Kriegerdenkmal wurde aus Kunststein in schlichter, würdiger Form errichtet und enthielt auf drei Granittafeln die Namen der 120 gefallenen Soldaten des Kirchspiels. Steinbildhauermeister Hartin in Bergen führte die Arbeiten durch. Der von Linden beschattete Teil des Marktplatzes wurde zu diesem Zweck erhöht, und auch das Denkmal für die Gefallenen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 wurde seinerzeit hierher verlegt.

Auf der Einweihungsfeier am 29. Juli 1925 wurde der Wunsch geäußert: „Möge alsdann dies Denkmal Jahrhunderte hindurch eine Zierde unseres Ortes, ein Zeichen des Dankes der Lebenden an die Toten und eine Mahnung für alle kommenden Geschlechter zur Treue am Vaterlande sein.“

Diesem Wunsch wollte man zur Zeit der DDR nicht entsprechen. Es wurde eine neue sozialistische Gestaltung der Innenstädte und Dörfer konzipiert, der leider eine Vielzahl von schützenswerten Objekten zum Opfer fielen. Auf Befehl der damaligen politischen Obrigkeit wurde das Kriegerdenkmal auf dem Markt 1974 abgerissen und verkippt. Dafür wurde eine Komsumverkaufsbaracke aufgestellt.

Auch das Kriegerdenkmal von 1870/71 wurde abgerissen und in der Kiesgrube in Malkvitz verkippt. Die niedrigeren Denkmäler wurden an verschiedenen Orten um Gingst entsorgt. Lediglich sechs Grundelemente wurden als Blumenkübel



Neu gestaltete Ortsmitte in Gingst auf Rügen: Das Denkmal mit dem Mahnmal (l.)

Foto: Förderverein

benutzt. Die Vernichtung der Gedenkstätte ließ die Bürger der Gemeinde nicht los und sie beschlossen, das Kriegerdenkmal wieder zum Ortsmittelpunkt werden zu lassen. Der 2019 gegründete Förderverein widmete sich erfolgreich diesem Ziel. Die 2021 geborgenen Originalelemente, die in Gingst als Blumenkübel verwendet wurden, dienten als Basis des Wiederaufbaus. Die fehlenden acht Elemente wurden aus

Fertigbeton nachgebildet. Zusätzlich wurden vier Gedenktafeln gefertigt, die die Namen der Gefallenen tragen.

Das daneben gestaltete Mahnmal ist dem Motto „Nie wieder Krieg“ gewidmet. Das Motiv greift das Bild der ostpreußischen Künstlerin Käthe Kollwitz auf, die ihren Sohn 1914 an der Front in Belgien verlor. Es wird ergänzt durch eine transparente Scheibe, auf der eine Friedenstau-

be abgebildet ist. Es soll nicht nur an die Folgen von Krieg erinnern, sondern vielmehr den Frieden als Grundpfeiler unserer Gesellschaft darstellen. Eine Initiative, die in dieser Zeit wichtiger denn je ist. Die Neueinweihung des Denkmals ist für den 27. August geplant.

● Ausführliche Dokumentation im Internet unter: www.denkmalgingst.de

ERINNERUNGEN

Sprockholz zuhauf

Fast vergessene Namen und Begriffe aus Pommern

Der Ausdruck Sprockholz für dürre, feine Zweige zum Feueranmachen war den Stettin-Hökendorfern durch die Buchheidesage „Der Spuk beim Sprockenkreuz“ bekannt. Auf dem Wanderweg durch die Buchheide von Stettin-Hökendorf nach Kolow gibt es einen Platz, der Sprockenkreuz genannt wird. An dieser Stelle wurde vor mehreren hundert Jahren ein Handelsmann erschlagen.

Seit dieser Zeit, so wird erzählt, pflegt jeder Vorübergehende einen Strauch oder Zweig auf die Stelle zu legen. Mancher tut es auch mit zwei Zweigen über Kreuz. In der Regel erblickt der Herankommende an dieser Stelle einen stattlichen Reishaufen. So ist der Name Sprockenkreuz entstanden, denn Sprock bedeutet Reisig.

In der Umgebung des Sprockenkreuzes soll es manchmal auch spuken. So hat ein Wanderer hier einen alten Mann gesehen. Er grüßte ihn freundlich. Sein Gruß wurde aber nicht erwidert. Als der Wanderer fragte: „Warum dankst du mir nicht“, sprang ihm der Alte auf den Rücken und ließ nicht von ihm bis kurz vor Kolow ab, wo der freundliche Mann dann schweißgebadet ankam.

Die Hökendorfer behaupteten noch später nach dem Krieg bei Pommerntreffen, dass die Wanderer hier so manchem armen Weib zum nötigen Kleinholz verholfen hätten. In einer Kiepe brachte sie das Sprockholz nach Hause. Bis zu 40 Kilogramm konnte so eine bepackte Kiepe wiegen. Von einer Pommerin aus der Um-

gebung von Bütow habe ich erfahren, dass es dort auch ein Spukkreuz gegeben hätte, wo niemand vergaß, Zweige auf die Stelle zu legen.

Meine Mutter war schon mit einigen Hökendorfern Anfang Juni 1945 in den Heimatort jenseits der Oder zurückge-

kehrt, den sie dann endgültig Ende September verließ, weil sie befürchtete, für den Winter nicht genügend Heizmaterial zu finden, da es schon recht mühselig war, genügend Sprockholz für den Herd zum Kochen einer Mahlzeit zu finden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit bis etwa

1948/49 hing die schwierige Versorgungsfrage hauptsächlich von den Frauen ab. Immer wieder mussten sie damals, jetzt jedoch als Flüchtlinge aus Pommern, unterstützt von ihren Kindern, Sprockholz in Schleswig-Holstein aus den zahlreichen Knicks oder aus den Wäldern für die Kochhexe organisieren.

Als ich im Mai 2023 mit meinem Bruder und seiner Frau für eine Woche in Zinnowitz auf Usedom weilte, erzählte er vom letzten, sehr kalten Winter 1944/45. Zu dieser Zeit war er in der Kinderlandverschickung (KLV) als Schüler des Stettiner Marienstifts-Gymnasiums auf Usedom untergebracht. Sie wohnten in Bansin im Haus Runge, das nur im Keller mit einem Kanonenofen beheizbar war. Hier fand auch der Unterricht statt. Die Lehrer schickten die Schüler zum Sprockholzsammeln in die nahen Küstenwälder aus. Erst als die Schülerzahl 1945 kleiner geworden war, weil viele Schüler von ihren Müttern abgeholt worden waren, konnten sie in das Haus Seehof umziehen, wo besser geheizt werden konnte.

In jener Zeit hatten sie immer noch auf die „Wunderwaffe“ gewartet, die im Zweiten Weltkrieg eine Kriegswende bringen sollte. Vom Bansiner Strand aus konnten sie viele Schiffe vor Swinemünde beobachten. In seiner Erinnerung blieb auch, dass die Lehrer befürchteten, mit den restlichen, von den Eltern nicht abgeholt Schülern nach Westen flüchten zu müssen.

Brigitte Kleczewski



Einst mit Sprockholz befeuert: Haus Seehof, das letzte KLV-Quartier des Marienstifts-Gymnasiums im Ostseeheilbad Bansin auf Usedom

Foto: Kleczewski

● MELDUNGEN

Kirchentag, Ozeaneum und Wölfe

Gollnow – Letzte Woche wurde bekannt, dass wahrscheinlich auch der Fluss Ihna ein Umweltproblem hat. Bei Dieckmühl wurden erste tote Fische bemerkt, mittlerweile zählte man hunderte von ihnen, weshalb Wasserproben entnommen wurden. Ob die Stargarder Kläranlage die Ihna verunreinigt hat, ist unklar. TS

Pasewalk – Am 1. Juli findet der 4. Ökumenische Kirchentag Vorpommerns in Pasewalk und damit in der Metropolregion Stettin statt. Veranstaltungsorte sind der Marktplatz, das Kulturforum „Historisches U“ sowie die Kirchen St. Nikolai und St. Marien. Zu den Gästen zählt unter anderem die frühere Landesbischöfin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Margot Käßmann. TS

Stralsund – Zum 15. Jubiläum des Ozeaneums als viertem Standort der Stiftung Deutsches Meeresmuseum werden am 11. Juli Führungen, Fütterungen und Workshops veranstaltet. 50 Meerwasseraquarien bieten dem Besucher eine einzigartige Reise durch die nördlichen Meere. TS

Stettin – Im Juni haben die Beratungen zur Mobilität in der Metropolregion Stettin begonnen. Ziel ist die Entwicklung einer langfristigen Vision zur Verbesserung des Verkehrs. Eingeladen wurden Bürger dazu in Swinemünde, Gollnow, Pölitz, Stargard und Stettin. Der Abschluss erfolgt am 30. Juni in Greifenhagen. TS



Einst Sitz des Städtischen Museums und Regierungsgebäude des Regierungsbezirks Stettin, heute Museum und Woivodschaftsgebäude: Haken-terrasse in Stettin

Groß Schoritz – Die Ernst-Moritz-Arndt-Gesellschaft widmet sich auf ihrer letzten Veranstaltung vor der Sommerpause einem umstrittenen Thema: Am 30. Juni um 17 Uhr ist Kristin Zscheide zu Gast, um über Wölfe, deren Auftreten und Lebensweise zu sprechen. Auch in Vorpommern sorgen Wölfe derzeit für viele Diskussionen. TS

Groß Möllen – In der letzten Woche trafen sich in dem Seebad Land- und Stadtgemeinden Hinterpommerns zu einer zweitägigen Konferenz. Auf dieser wurde ein Abkommen unterzeichnet, das auf die Gründung einer Union abzielt, die unter anderem gemeinsame Strategien entwickelt und sich um EU-Fördermittel bewirbt. TS

Stralsund – Am 2. Juli findet das Stralsunder Zoofest statt. Gesucht wird der „Top-Hund“, denn Besucher dürfen im Zoo ihren Hund mitbringen. Ein vielfältiges Programm für Jung und Alt wird geboten. Dabei bauen Hundexperten wie der DRK-Hundebesucherdienst einen Agility-Parcours auf. BS

„... ein Pakt gegen die Schöpfung“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Großen Dank an die PAZ für die vorbildliche Erinnerung an die Menschen, die den 17. Juni 1953 geprägt haben“

Katja König, Berlin
zum Thema: Ein deutscher Aufstand
(Nr. 24)



Ausgabe Nr. 24

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VIEL MUT ZUR WAHRHEIT

ZU: VIELFALT GEGEN GLEICHHEIT
(NR. 24)

Es ist mir ein großes Bedürfnis, endlich einmal Herrn Dr. Stumfall für seine immer ins Wahre treffenden Beiträge in der PAZ zu danken. Hätten wir doch noch mehr solche „christsozialen Urgesteine“ mit so viel Wissen und Erfahrung – und Mut zur Wahrheit! Genau dieser Mut zur lebensnotwendigen Wahrheit könnte das Verhängnis der Lüge und das Werte zerstörende „Gutmenschentum“, in dem wir uns Tag für Tag durch diese linksideologische und sektenartige Machterhaltungspolitik befinden, zum Wohle der Menschheit und der Natur, von der wir ein essenzieller Teil sind, heilen helfen.

Und der letzte Satz des Artikels: „Doch ein Weltethos, das zu seiner Verbreitung Kriege führt, wird niemanden überzeugen können“, spricht mir aus Herz und Verstand. Als zirka 60 Jahre treue CDU-Wählerin konnte ich schon seit 2017 die Merkel-CDU nicht mehr wählen. Auch die heutige Merz-CDU ist zum sogenannten Erhalt der äußerst fragwürdigen „europäischen Wertegemeinschaft“ als visionslose Partei mit Floskel-artigem und linksmittigem Nonsense für mich nicht wählbar. Das Zünglein an der Waage in der Mitte steht auf null, Herr Merz!

Marguerite Kollo, Groß Kreutz/Havel

VERBALER EXTREMISMUS

ZU: GIPFEL DER POLITIK-
VERWEIGERUNG (NR. 24)

Professor Patzelt ist einer von den wenigen CDU-Granden, dem nicht gleich der Schaum vor dem Mund steht, wenn er von der AfD spricht. Aber seiner Ansicht, ein AfD-Verbot sei vor allem deswegen aussichtslos, weil diese Partei politisch aussichtslos sei und daher ihre „verfassungsfeindlichen Ziele“ nicht erreichen könne, muss man nicht unbedingt zustimmen.

Die AfD ist in fast allen Parlamenten stark vertreten, sie bringt dort überall Anträge und Anfragen ein und gehört somit

zum politischen Leben der Republik, auch wenn das der Politklasse nicht passt. So verhält sich keine Partei, welche die „Verfassung aus den Angeln“ heben will. Dagegen wird das Gemeinwesen bedroht durch das Versagen der Altparteien in den Bereichen der Finanz- und Währungspolitik, der Immigration, der Inneren Sicherheit und der Energiewende.

Was den verbalen Extremismus angeht, so findet der sich eher bei den etablierten Parteien als bei der AfD. Maßgebliche Politiker der Altparteien haben die Mitglieder der AfD als Pack, Gesindel, giftigen Abschaum oder braunen Schmutz beschimpft. Aus eigenem Erleben kann ich vom Bewurf mit Pflastersteinen, Flaschen und Eiern, von der Zerstörung von Info-Ständen, von Spuckattacken, vom Vorgehen des Staatsschutzes aufgrund von bössartiger Denunziation, vom jahrelangen Versuch der Vernichtung meiner bürgerlichen Existenz berichten.

Mit solchen Methoden wird das Gedankengut der AfD nicht gestoppt, wohl aber die (berechtigte) Kritik am politischen System und letztlich der Demokratie gefördert. Zugegebenermaßen findet sich gerade in einer Partei wie der AfD ein Überschuss an Rhetorik samt moralisch unterirdischen Sprüchen, was jedoch bei unseren Protagonisten der Demokratie zum Programm des Kampfes gegen Rechts gehört: Diffamieren, Stigmatisieren, Kriminalisieren. *Adolf Frerk, Geldern*

SKLAVEN EINER MASCHINE

ZU: SCHÖNE NEUNE WELT
(NR. 23)

Künstliche Intelligenz ist nur wieder ein Beispiel dafür, uns zu kontrollieren und in Schach zu halten. Bislang hat man immer wieder versucht, aus Menschen Maschinen zu machen. Nun soll KI unser tägliches Leben gestalten und kontrollieren.

Dies ist ein Akt gegen die Schöpfung. Menschen sollen von Maschinen dirigiert werden. Wir sollen alles abgeben, nicht mehr selber denken und entscheiden; dies alles können Maschinen ja viel besser als

wir. Wirklich? Wo bleibt das Zwischenmenschliche, wo bleiben Zuneigung und Zuwendung? All das, was Menschen im Umgang miteinander brauchen und vermitteln.

Wissensinhalte vermitteln ohne persönliche Zuwendung? Nein, das wird nicht funktionieren, sollte es auch nicht. Wenn wir unser eigenes Gehirn nicht mehr anstrengen und alles Maschinen überlassen, werden wir zu dahinvegetierenden Kohlköpfen. Ist das erstrebenswert? Der Lernprozess hängt von der Person ab, die diesen einleitet und begleitet. Eine Maschine ist hierfür ungeeignet. Es wird uns als Fortschritt verkauft, aber das ist es nicht.

Durch die fortschreitende Digitalisierung sind Kinder und Jugendliche bereits in einem bedrohlichen Maße der alten Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen beraubt. Man überlässt dies den Maschinen. Die motorischen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen leiden ebenfalls unter diesem „Fortschritt“.

Wollen wir das wirklich? Ist ein Leben, Sklave einer Maschine zu sein, sinnvoll? Im Übrigen, was geschieht, wenn es flächendeckende Blackouts gibt? Wenn Maschinen gehackt werden und mit anderen Informationen und Daten gefüttert werden? Ich möchte mich weiterhin auf meinen gesunden Menschenverstand verlassen. Ich möchte mir weiterhin meiner Geschöpflichkeit bewusst sein.

Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald

EINE 1000-JÄHRIGE TRADITION

ZU: EIN ARCHÄOLOGISCHES
PUZZLE FÜR DIE GANZE FAMILIE
(NR. 22)

Für die Traditionspflege in Brandenburg-Preußen beginnt Geschichte verständlicherweise mit der Ostsiedlung und den Ritterorden. Das trifft nicht ganz zu. Ein Jahrhundert früher errang Heinrich I. „der Vogler“ – Sachsenherzog – (876–936) die Krone des Ostfrankenreiches, das heißt er wurde von Franken und Sachsen gewählt, von Schwaben und Bayern aner-

kannt. Er sicherte die Grenze und vertrieb 933 „bei Riade an der Unstrut“ die Ungarn. Otto der Große war sein Sohn.

Das heutige Sachsen-Anhalt ist ein Raum voller Sehenswürdigkeiten und Personen deutscher Geschichte: Aschersleben und Askanier wie Albrecht der Bär (1100–1170), Markgraf von Brandenburg, Uta von Ballenstedt – auch eine Askanierin –, die den Naumburger Dom bauen ließ und dort bis heute wacht, die Landgrafen, Naumburg und Merseburg überhaupt; Heinrich IV. und Wiprecht von Groitzsch, Herr der Wiprechtsburg, der sie erst nach der Schlacht an der Elster 1080 zurückerobern kann, beim Zuzuge der Böhmen zur Schlacht das Heer aber einen Tag warten ließ, weil er zuvor Leipzig plündern wollte. Ab diesem Tag leisteten die Böhmen treue Heerfolge. Sein Erscheinen entschied dennoch die Schlacht. Später wird Wiprecht von Heinrich V. gezwungen werden, dem geflohenen Kaiser (seinem Vater) die Kroninsignien abzufordern; Die Neuenburg bei Freyburg, die Friedrich Wilhelm III. 1806 als Quartier für sich und Luise herrichten ließ, als sich Preußen auf die Schlacht von Jena vorbereitete; das Ufer der Unstrut, wo Luise verzweifelt auf Nachrichten wartete.

Die unendliche Zahl von historischen Objekten und Erinnerungsstücken, die sich hier finden, bilden eine endlose Reihe interessanter Persönlichkeiten, die mit diesem Land verbunden sind.

In Memleben liegt alles nah beieinander, wenn auch die Bauwerke nur noch tausendjährige Reste darstellen. Von Heinrich I. „Lieblingspfalz“ gleich hinter dem „Kaisertor“ ist buchstäblich nur noch der Hof auffindbar (denn der war Betriebsfläche des Volksgutes Saatzucht Memleben). Und: immer wieder neu und ungebärdig: die Unstrut, ein winziger, aber charaktervoller Strom.

Den Versuch, die tausendjährige Geschichte sichtbar zu machen, sollte man durch einen Besuch würdigen, obwohl auch Phantasie immerhin vonnöten ist. Solche Impulse zu meiner Heimat würde ich recht gern noch häufiger in Ihrer Zeitung finden. *Harald Schneider, Gera*

ANZEIGE



»Good Luck, Robert!«
Wir gratulieren unserem Autor
Robert F. Kennedy Jr. ganz herzlich zu seiner
Präsidentschaftskandidatur

**KOPP
VERLAG**

www.kopp-verlag.de

**KENNEDY
2024**



FRANKEN

Immer am Kanal entlang

Nürnberg, Fürth, Erlangen, Forchheim, Bamberg: Am Regnitz-Radweg hat jede Stadt eine besondere Geschichte

VON HELGA SCHNEHAGEN

Eine Empfehlung für Städtefreunde ist der Regnitz-Radweg in Franken, diesem für viele verkleinerten Abbild Deutschlands. Mit seiner 85 Kilometer langen abwechslungsreichen Talroute und seiner parallelen 73 Kilometer langen orientierungs-freundlichen Route entlang des Main-Donau-Kanals – teilweise decken sich die beiden – wäre die Strecke schnell abgeradelt. Wären da nicht Fürth, Erlangen, Forchheim und Bamberg. Städte, die man nicht links liegen lassen kann.

Ausgangspunkt ist Nürnberg. Eine Einmaligkeit in dieser unerschöpflichen Schatzkammer ist der Johannisfriedhof westlich der alten Stadtmauer. Seine bis zu 500 Jahre alten wertvollen Bronzeepitaphien auf den genormten liegenden Grabsteinen wurden 2018 ins Bayerische Landesverzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen. Viel Prominenz liegt hier begraben, darunter auch Albrecht Dürer.

Die Regnitz entsteht genau genommen erst in der 130.000 Einwohner zählenden Stadt Fürth aus dem Zusammenfluss von Rednitz und Pegnitz. Fürth ist der Gralshüter der Sozialen Marktwirtschaft, die Wiege des deutschen Wirtschaftswunders. Dessen geistiger Vater Ludwig Erhard wurde am 4. Februar 1897 in Fürth geboren.

Hohenzoller warb Hugenotten an

Das Geburtshaus des Politikers, das ehemalige Textilgeschäft der Familie Erhard, lädt heute als Café Luise im Stil der 50er und 60er Jahre zu fast schon obligatorischer Einkehr ein. Im zweiten Stock beginnt der Rundgang zu der umfassendsten Ausstellung, die man zur Personen- und Familiengeschichte, zur damaligen Zeit- und Wirtschaftsgeschichte überhaupt finden kann.

Im 2018 eröffneten Neubau des Ludwig-Erhard-Zentrums (LEZ) gegenüber setzt er sich fort. Zum 125. Geburtstag des Politikers erhielt die Dauerausstellung 2022 einige teils kuriose neue Exponate aus Erhards privatem Nachlass.



Eine städtebauliche Perle als End- und Höhepunkt der Radtour: Bambergs Altes Rathaus an der Regnitz Foto: imago/imagebroker

Auf dem sogenannten Ehrenweg erinnern in der Mathilden- und Schwabacher Straße 16 in den Boden verlegte Bronzeplatten stolz an weitere außergewöhnliche Fürther Persönlichkeiten. Neben Ludwig Erhard und den Wirtschaftspionieren Max Grundig sowie Gustav und Grete Schickedanz an den Schriftsteller Jakob Wassermann, den Verleger Leopold Ullstein, die Komponistin Frieda Fromm-Grünfeld sowie auch Deutschlands erste Medizinstudentin und Ärztin Emilie Lehmann. Und an einen gewissen Heinz Alfred Kissinger, den späteren US-Außenminister, der trotz hohen Alters diesen Juni in seine Heimatstadt reiste und dort seinen 100. Geburtstag nachfeierte.

Hebt man den Blick, stößt man in der Altstadt rund um den Hauptmarkt auf un-

erwartet stimmungsvolle Ecken. Über 2000 Baudenkmäler hat die Stadt nach eigenen Angaben im Angebot. Um diese zu entdecken, muss man eventuell etwas genauer hinsehen.

Um Aufschwung ging es auch Markgraf Christian Ernst von Brandenburg-Bayreuth (1644–1712). Als sich die Wirtschaft nach dem Dreißigjährigen Krieg nicht erholte, warb der Hohenzoller Hugenotten an, Glaubensflüchtlinge aus Frankreich, für die er ab 1686 die Neustadt von Erlangen bauen ließ, die heute 112.000 Einwohner hat. Der erste Grundstein galt der Hugenottenkirche. Seitdem prägt der „Temple“ die gut erhaltene Barockstadt genauso wie das rechtwinklige Straßennetz sowie das Schloss und der Schlosspark samt Orangerie.

Die tüchtigen Strumpfwirker, Weber, Spinner, Schneider sowie Hut-, Perücken- und Handschuhmacher verfehlten ihre Aufgabe nicht. Ein Aushänger mit Goldenem Handschuh erinnert noch heute an die edlen Glacé-Handschuhe, mit denen die feine Gesellschaft europaweit beliefert wurde. Auch Christian Ernst ist weiter präsent: als Reiterstatue und Teil des Hugenottenbrunnens im Schlosspark, als Portrait am Paulibrunnen auf dem Marktplatz und als Ritzfigur in der modernen Fußgängerunterführung am Bahnhof.

Im Endspurt zur Schokoladenfabrik

Das Tor zur reichen Vergangenheit von Forchheim mit seinen 32.500 Einwohnern steht seit 2002 in der Hauptstraße der historischen Altstadt. Die Porta Vorchhei-

mensis zeigt zwölf Episoden aus der über 1200-jährigen Geschichte der Stadt, die als karolingische Königspfalz begann und später zum Bollwerk des Hochstifts Bamberg gegen die protestantischen Nachbarn im Süden wurde. Bis heute lassen die Forchheimer es sich nicht nehmen, das Bischofsschloss daher Kaiserpfalz zu nennen. Etwa ein Drittel der Festungswerke ist erhalten. Einen hervorragenden Einblick in die nie bezwungene Anlage gibt das Festungsmuseum in der Kasematte der Roten Mauer.

Am Werksgelände von Piasten vorbei führt die letzte Etappe nach Bamberg. 1923 in Brieg/Schlesien gegründet, wagte die Schokoladenfabrik 1948 in Forchheim den Neuanfang. Beim Werksverkauf in der Piastenstraße 1 kann man sich für den Endspurt mit Naschwerk eindecken.

Mit sieben Millionen Tagesgästen und 700.000 Übernachtungen pro Jahr ist Bamberg (78.000 Einwohner) als städtebauliche Perle End- und Höhepunkt der Tour. Als Gesamtkunstwerk vom Mittelalter bis zum Barock steht die weitgehend unzerstört erhaltene Altstadt zum Großteil unter Denkmalschutz und ist seit 1993 UNESCO-Weltkulturerbe.

Spätestens in diesem historischen Ambiente taucht man in die Genusswelt der fränkischen Biere ein mit allein drei Kellern und 14 Brauereien im Stadtgebiet und beinahe 70 Brauereien und rund 3000 Bieren im Umland. Eine Institution ist das „Schlenkerla“ in der Dominikanerstraße 6. Der altherwürdige Ausschank der traditionellen Rauchbierbrauerei liegt im Herzen der Altstadt. Daneben wird Bambergs rauchige Bierspezialität nur noch außerhalb der Fußgängerzone im Brauereigasthof Spezial, Obere Königsstraße 10, ausgeschenkt. Ein Streifzug zu Fuß von der Gärtner- über die Insel- bis hinauf zur Bergstadt mit dem alles beherrschenden romanischen Kaiserdom krönt die Radtour entlang der Regnitz.

● Nur wenige Schritte vom „Schlenkerla“ entfernt liegen in Bamberg das Welterbe-Besucherzentrum, Untere Mühlbrücke 5, und die Tourist-Information, Geyerswörthstraße 5. www.regnitzradweg.de

VORARLBERG

Rollendes Automobilmuseum durch die Bergwelt

Oldtimerrennen auf Passstraßen – Die Silvretta Classic Rallye Montafon feiert im Juli ihr 25. Jubiläum

In der warmen Jahreszeit dient die Bergwelt häufig als ideale Kulisse für klassische Fahrzeuge. Oldtimerrennen wie die Kitzbüheler Alpenrallye im Mai, die häufig über die Alpen führende und am 17. Juni beendete Mille Miglia oder die demnächst vom 19. bis 22. Juli stattfindende Ebnatal-Classic führen über alpine Traumrouten. Dazu zählt auch die Silvretta Classic Rallye Montafon, die dieses Jahr ihre 25. Auflage feiert.

Vom 6. bis 8. Juli brausen 190 Teams mit ihren aufpolierten Automobilen über die pittoresken Passstraßen in Vorarlberg und dem angrenzenden Bundesland Tirol. Dabei legen die Teilnehmer insgesamt rund 600 Kilometer zurück. Die Königsetappe – die Silvretta-Hochalpenstraße – steht dieses Jahr sogar zwei Mal im Streckenplan. Mit Exponaten von 39 verschiedenen Marken aus neun Jahrzehnten Automobilgeschichte ist das rollende Museum so vielseitig besetzt wie noch nie. Das Spektrum reicht von Alfa Romeo bis zum deutschen Hersteller Veritas, der bis in

die 1950er Jahre hinein Rennwagen baute. Ältestes Auto am Start wird ein Darracq 12/32 mit dem Baujahr 1924 sein, jüngstes Auto ist der Mercedes SL55 von 2002.

Der Startschuss für die Rallye fällt am 6. Juli um exakt 12.01 Uhr in Partenen. Der Montafon-Ort am Fuße der Silvretta-Hochalpenstraße ist an allen drei Renn-



Auf Abwegen im Hochgebirge: Ein Oldtimer-Porsche bei der Rallye im Montafon

tagen der Startort – und am ersten Tag auch das Ziel. Die Auftaktetappe führt über 146 Kilometer ins Silbertal, über Bartholomäberg, Bludenz und Brand sowie einen Abstecher nach Gargellen retour auf die Silvretta-Bielerhöhe und wieder zurück nach Partenen. Die zweite und auch längste Etappe mit 277 Kilometern startet am 7. Juli um genau 8.01 Uhr und führt über die Silvretta-Hochalpenstraße über Kappl, Imst und Landeck zurück nach Gaschurn im Montafon.

Am Sonnabend, dem Finaltag der traditionsreichen Rallye, fällt der Startschuss um 9.01 Uhr. Die Route führt über das Faschinajoch und Damüls weiter nach Lech sowie Züri zurück in die Montafoner Ortschaften Vandans und Galgenul (St. Gallenkirch), wo sich bei der neuen Valisera Bahn das Ziel der Oldtimer-Rallye befindet. Für Zuschauer am Wegesrand bieten sich dann jeweils großartige Fotomotive vor grandioser Bergkulisse. H. Tews

● www.silvretta-classic.de

STEIERMARK

Wanderung zu „Emilies Hof“

Seit 2009 bergen „Die Bergretter“ im TV waghalsige Kletterer in der Region Schladming-Dachstein. Vom 8. bis zum 10. September werden Liebhaber bei der „Original Bergretter-Fanwanderung“ auf den Spuren der ZDF-Serienhelden wandern. Die Tour ist allerdings bereits ausgebucht. Dafür steht mit dem 7. Juni 2024 das Datum für den 3. Bergretter-Fantag fest. Karten gibt es ab Staffelstart im Herbst. Zusätzlich finden jeweils freitags bis Mitte September in Ramsau am Dachstein gemütlich geführte Wanderungen zu den Originalschauplätzen der Erfolgserie statt. Deren Ausgangspunkt ist die Bergretter-Zentrale in Ramsau Ort. Von dort führt eine 30 Minuten lange Wanderung zum Pernerhof, den die Liebhaber der Serie als „Emilies Hof“ kennen und sowohl von außen als auch von innen besichtigen können. Die Teilnahme ist kostenlos. Internet: www.schladming-dachstein.at/bergretter tws

● FÜR SIE GELESEN

Ausgestorbene Berufe

Es gibt Kinderbücher, die nur Kinder begeistern, und es gibt Kinderbücher, die nur Erwachsene begeistern, aber mit „Lichtputz und Pulveraffen“ haben Markus Rottmann und Illustrator Michael Meister ein Kindersachbuch geschaffen, das es schafft, jede Altersgruppe zu faszinieren. Es behandelt 89 Berufe, die es heute nicht mehr gibt, wie zum Beispiel den Pestdokter oder den Videoverleiher.

Jeder dieser Berufe wird bildlich dargestellt, und es wird erklärt, was diesen Beruf ausmacht, in welcher Zeit er ausgeübt worden ist und warum es ihn heute nicht oder höchstens noch als Hobby gibt. Einige Berufe werden auf je einer Doppelseite zusammengefasst wie „Drecksberufe in dreckigen Städten“, Dienstberufe im 19. Jahrhundert und Kinderarbeit. Eine weitere Doppelseite zeigt einen Querschnitt durch die Entwicklung der Arbeit, angefangen von den Jägern und Sammlern, über die Industrialisierung bis hin zu der Veränderung der Arbeitswelt durch den technischen Fortschritt.

Dieses Buch ist und bleibt ein Kinderbuch und ist im Inhalt so weit reduziert, dass auch Achtjährige sich die Seiten selbstständig durchlesen können. Es macht aber viel Spaß und zeigt dem Nachwuchs, dass sich Berufe wandeln und Bildung wichtig ist. CRS



Markus Rottmann, Michael Meister: „Lichtputz und Pulveraffen“, Helvetiq Verlag, Basel 2023, gebunden, 87 Seiten, 18,90 Euro

Tipps gegen Rückenleiden

Der promovierte Mediziner Peter Poechh kennt die Probleme unseres Rückens. Arbeiten am Computer, zu langes Sitzen mit gebeugter Haltung und andere anstrengende Tätigkeiten belasten unseren Rücken jeden Tag aufs Neue. Ständige Fehlhaltungen und einseitige Bewegungsmuster fördern diese Beschwerden. Poechh erklärt einfache Übungen, um Verspannungen zu lösen, und zeigt anhand von Zeichnungen, wie man die betroffenen Partien kräftigen kann. Ein Trainingsprogramm für einen gesunden Rücken wird vorgestellt.

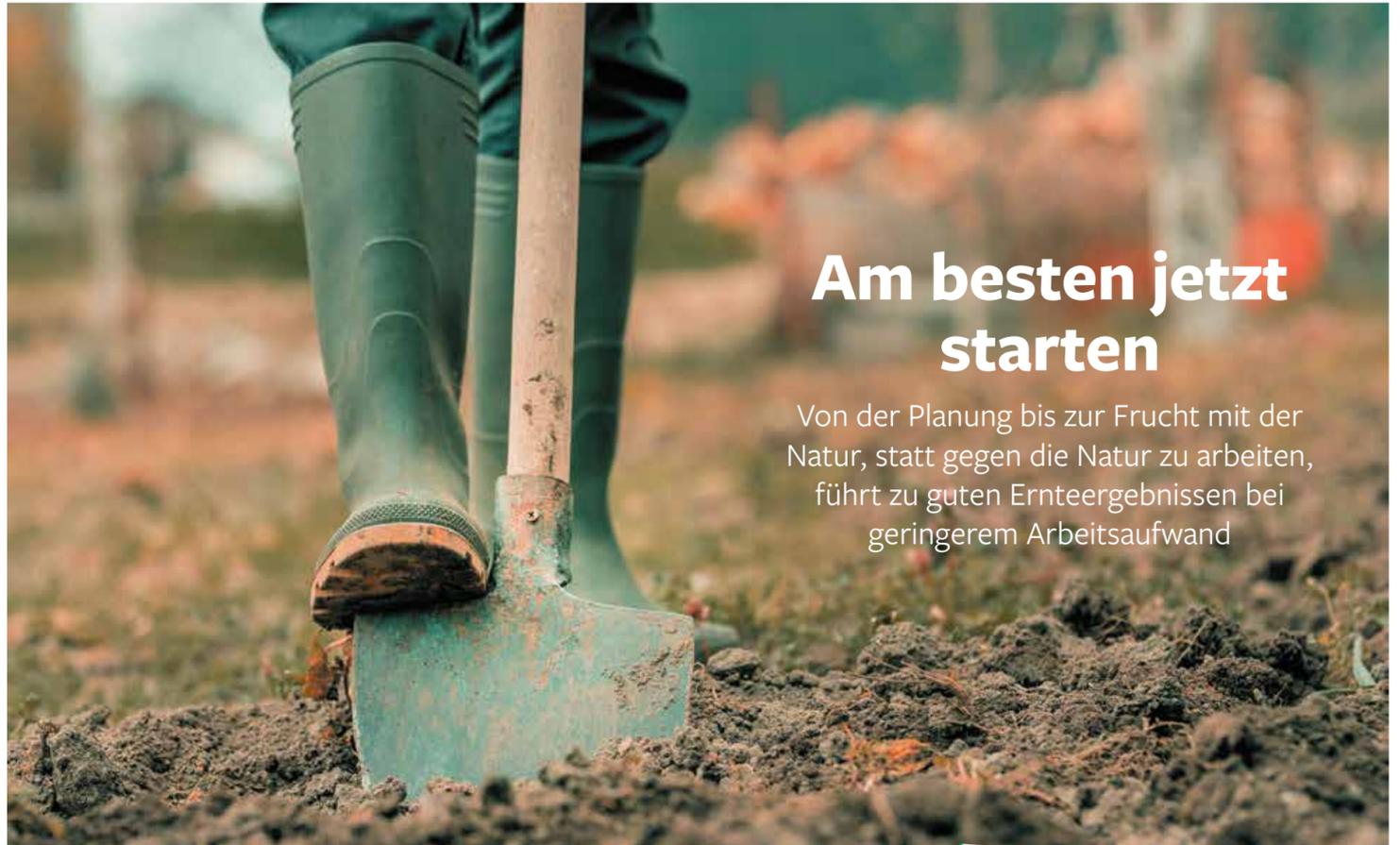
Andere interessante Kapitel weisen auf den generellen Bewegungsmangel hin und bieten Lösungen an. So gibt es ein Kurzprogramm für „Sofa-Kartoffeln“ und „Bewegungsallegorien“, und am Ende eines jeden Kapitels werden die wichtigen Punkte noch einmal zusammengefasst.

Parallel zum Medizinstudium hat Poechh eine Yogatherapie entwickelt. Er behandelt seine Patienten einerseits mit konservativen, aber auch mit effektiven und angepassten Therapien. Es ist ein übersichtliches und informatives Buch, das wertvolle Tipps und Übungen für einen gesunden Rücken enthält. *Angela Selke*



Peter Poechh: „Rücken Schultern Nacken“, Südwest Verlag, München 2023, broschiert, 159 Seiten, 20 Euro

GARTENBAU



Am besten jetzt starten

Von der Planung bis zur Frucht mit der Natur, statt gegen die Natur zu arbeiten, führt zu guten Ernteergebnissen bei geringerem Arbeitsaufwand

FOTO: SHUTTERSTOCK

Mit der Gartenarbeit sollte man jetzt beginnen, denn der zweitbeste Augenblick sei morgen. Damien Dekarz zeigt in seinem Sachbuch, wie man Monat für Monat nachhaltig gärtnern kann. Für die ersten Überlegungen

und Vorbereitungen nimmt sich der erklärte Permakulturrexperte viel Raum und Zeit, was für den Ernteertrag entscheidend sei. Zahlreiche Bilder veranschaulichen die einfachen Anleitungen. CRS



Damien Dekarz: „Permakultur im Bio-Garten“, smarticular Verlag, Berlin 2022, gebunden, 189 Seiten, 16,95 Euro

BIOGRAPHIE

Ein begnadeter Erfinder

Alfred Schmidt zeichnet den Lebensweg des deutschen Ingenieurs Helmut Gröttrup nach, der an der Entwicklung der „Wunderwaffe“ V2 mitwirkte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Biographische Romane sind Gratwanderungen: Entweder obsiegt die künstlerische Freiheit über die Realität oder das Ganze kommt zu trocken daher. Eine Ausnahme hiervon bildet das Buch des Elektrotechnikers Alfred Schmidt „Gröttrup und das Universum der erfinderischen Zwerge“, wobei das Buch mit dem etwas merkwürdig anmutenden Titel an Bertolt Brechts „Leben des Galilei“ angelehnt ist.

Der Autor schildert das Leben und die Leistungen des deutschen Ingenieurs Helmut Gröttrup (1916–1981). Dieser arbeitete ab Ende 1939 als Assistent des Raumfahrtpioniers Wernher von Braun und entwickelte die Lenk- und Steuersysteme der Großrakete Aggregat 4, die ab 1944 als vermeintliche „Wunderwaffe“ V2 zum Einsatz kam. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Gröttrup zwangsweise zur Mitarbeit an dem sowjetischen Raketenprojekt verpflichtet und verbrachte die Jahre von 1946 bis 1953 in Kaliningrad (heute Koroljow) in der Oblast Moskau sowie auf der Insel Gorodmlja im Seligersee. Hier half er mit, den Grundstein für die späteren Raumfahrtfolge der UdSSR zu legen.

Im Dezember 1953 floh der Geheimnisträger von Ost-Berlin nach Köln und wandte sich der Informatik zu. Er konstruierte unter anderem die weltweit erste kommerzielle Datenverarbeitungsanlage für den Quelle-Versand sowie elektrisch kodierte Zugangssysteme.

1967 meldete der Ingenieur einen „nachahmungssicheren Identifizierungsschalter“ auf Basis eines monolithisch integrierten Halbleiters zum Patent an. Damit erfand er faktisch die Chipkarte, die aus unserer heutigen Welt nicht mehr wegzudenken ist. Eine weitere technische Pionierleistung von Gröttrup war die Entwicklung des ersten automatischen Banknotenbearbeitungssystems, das 1977 bei der Deutschen Bundesbank eingeführt und nachfolgend in 67 Staaten verkauft wurde.

Schmidt ist es gelungen, den Lebensweg des begnadeten Technikers in allen Details und fachlich kompetent zu rekonstruieren, wobei ihm die von der Familie Gröttrup übergebenen persönliche Dokumente halfen. Kritisch anzumerken wäre lediglich, dass manche Dialoge etwas hölzern wirken, vor allem, wenn es um politische Themen geht.

Gleichzeitig merkt man dem Autor seine Sympathien für die Sozialdemokratie und seine Abneigung gegen die USA sehr deutlich an. Aber ungeachtet dessen: Ein informativeres Buch über Gröttrup gibt es derzeit nicht und wird es wohl auch in Zukunft nicht geben.



Alfred Schmidt: „Gröttrup und das Universum der erfinderischen Zwerge“, STROUX edition, München 2022, broschiert, 354 Seiten, 24 Euro

MAILAND IN DEN 70ERN

Wenn Schüler Politik machen

Anfang der 70er Jahre wirken in Italien die 68er Studentenunruhen nach – In Nicoletta Giampietros Roman „Mit geballter Faust“ eskaliert die Situation

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Nicoletta Giampietros Roman „Mit geballter Faust“ spielt im Mailand der 1970er Jahre, als die Auswirkungen der Studentenrevolten an italienischen Schulen nachwirken.

Die aus bürgerlichem Haus stammende Romanheldin Guilia begeistert sich zunächst für die Demonstrationen und schließt sich einer linken Gruppe an ihrer Schule an, in der ihre ältere Schwester Gabriella mitmischte. Sie glauben, für eine bessere Zukunft zu kämpfen. Eine Zeit lang können die Schwestern das vertraute Verhältnis ihrer Kindheit aufrechterhalten, doch als Gabriella sich einer radikalen linken Gruppe anschließt und sich an deren Gewaltakten gegen vermeintliche Faschisten beteiligt, ändert sich das Verhältnis drastisch.

Mit Michele, den beide Heranwachsende aus Urlaubstagen ihrer Kindheit kennen, flechtet die Autorin einen selbstbewussten Gegenspieler in die Handlung ein. Er hinterfragt die irrationalen Positionen der Linken, deren Dogmatismus jedoch keine anderen Meinungen zulässt. In vielem erinnern die beschriebenen Gruppen an die heutigen Weltverbesserer der Letzten Generation, die ihren Ansichten mit terroristischen Aktionen Ausdruck verleihen wollen.

Die Romanheldin Guilia gerät immer mehr zwischen die Fronten, als Carmela, eine Vertreterin der Unterschicht, in die Klasse des Gymnasiums aufgenommen

wird. Guilia und Michele freunden sich mit dem schüchternen Mädchen an, und schon kurz darauf werden sie ein unzertrennliches Trio, das sich gegenseitig in allen Lagen unterstützt. Gleichzeitig entfernen sich die beiden Schwestern immer mehr voneinander. Guilia leidet unter dem ständigen Streit zwischen ihrer Schwester und der Mutter, die als Frauenärztin sehr eingespannt ist und die deshalb die Radikalisierung ihrer Ältesten nicht bemerkt hat.

Als Michele, der sich einer konservativen Gruppe angeschlossen hat, einem Angriff von Linksradikalen zum Opfer fällt, gibt Guilia die Loyalität gegenüber ihrer Schwester auf, indem sie sich ihren Eltern anvertraut und von Gabriellas Beteiligung an Gewaltexzessen berichtet. Schließlich verhindert sie damit Schlimmeres und schafft es, ihre Schwester aus den Fängen der Radikalen zu retten.

Giampietro erzählt eine fesselnde Geschichte, in der Freundschaft und Liebe am Ende siegen in einem Alltag, der von politischer Eskalation geprägt ist. Die Einbettung historischer Ereignisse, an denen die Handlung festgemacht ist, hätte dem Roman gutgetan.



Nicoletta Giampietro: „Mit geballter Faust“, Piper Verlag, München 2022, gebunden, 382 Seiten, 24 Euro

JUBILÄUM

Ein großformatiges Graffito zur Feier

Allenstein und Gelsenkirchen begingen feierlich 30 Jahre Städtepartnerschaft mit einem umfangreichen Programm

VON UWE HAHNKAMP

Ende Mai hatten die Vertreter der Stadt Allenstein für sich und ihre Gäste aus den Partnerstädten ein intensives Programm vorbereitet. Auf einer feierlichen Sitzung des Stadtrats in der Burg in Allenstein wurden zwei neue Ehrenbürger gekürt, im Planetarium wurde eine Fotoausstellung zur Stadt eröffnet und eine Konferenz zu Nikolaus Kopernikus abgehalten. Vor allem aber wurde beim 5. Lyzeum „Gemeinsames Europa“ eine Wandmalerei zur Partnerschaft der Städte Allenstein und Gelsenkirchen enthüllt, deren 30. Jubiläum feierlich begangen wurde.

„Eigentlich sind wir bereits bei 31 Jahren, denn die 30 Jahre liefen im November 2022 ab“, schmunzelte Martina Rudowitz (SPD), die Erste Bürgermeisterin von Gelsenkirchen. Die 250.000-Einwohner-Stadt im Westen Deutschlands, allgemein bekannt durch ihren Fußballverein Schalke 04, hatte aber schon lange vor der offiziellen Partnerschaft eine Schirmherrschaft über Allenstein übernommen. Treibende Kraft hierbei waren ehemalige Einwohner aus Allenstein und Umgebung, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Gelsenkirchen einen neuen Wohnort gefunden hatten.

Aktiv auf vielen Ebenen

„Wir haben schon viel auf verschiedenen Ebenen gemeinsam unternommen, besonders bei den Schulen, aber auch die Senioren sind sehr aktiv. Das wollen wir fortsetzen“, bekräftigte Allensteins Stadtpräsident Piotr Grzymowicz. Rudowitz ergänzte: „Deswegen haben wir eine Erklärung zur Fortsetzung unterschrieben, uns in die Augen gesehen und gesagt, dass es das ist, was wir alle wollen.“



Nach der Enthüllung des Wandbildes mit Motiven beider Städte: Direktorin des 5. Lyzeums Anna Struk (l.) und Bürgermeisterin Martina Rudowitz

Dem feierlichen Akt in der Allensteiner Burg am 23. Mai folgte ein Ausflug zum 5. Allgemeinbildenden Lyzeum „Gemeinsames Europa“, wo die Enthüllung eines farbenfrohen Graffito mit Motiven der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein wartete. Es entstand bei einem

gemeinsamen Projekt mit dem Max-Planck-Gymnasium im Norden Gelsenkirchens, das in Allenstein der zuständige Bezirksbürgermeister Dominic Schneider vertrat.

Dort entstand auch ein Graffito, aber mit Unterschieden, so Rudowitz: „In Gel-

senkirchen wurde gesprayed und das Allensteiner Bild ist eine Wandmalerei mit Acrylfarben.“

Gemeinsam in die Zukunft

Technisch zwar unterschiedlich, bieten beide Graffiti bei den Motiven doch große

Gemeinsamkeiten. „Es taucht hier wie dort zum Beispiel Nikolaus Kopernikus auf, dessen 550. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern“, freute sich Grzymowicz bei der Eröffnung der Konferenz zum großen Astronomen im Allensteiner Planetarium, die von einer Fotoausstellung zur Stadt flankiert wurde.

Das Graffito-Projekt ist nur eines von vielen, das die Städtepartnerschaft zwischen Allenstein und Gelsenkirchen mit Leben füllt. Im nächsten Jahr steht wieder der Schüleraustausch beider Schulen an, die nächste persönliche Begegnung, welche die Schüler schon herbeisehnen. Da waren sich Rudowitz und Grzymowicz einig: „Sie wollen sich kennenlernen, zusammen etwas machen. Sie tragen gemeinsam die lebendige Partnerschaft in die Zukunft.“

Nicht nur eine Partnerstadt

In Allenstein hat sich die positive Tradition entwickelt, dass zu solch feierlichen Anlässen auch Vertreter der anderen Partnerstädte eingeladen werden. „Das sind Rovaniemi in Finnland, Chateauroux in Frankreich, die ukrainischen Freunde aus Luzk, die neuen Partner aus Richmond in den USA und wie immer die Kollegen aus der zweiten deutschen Partnerstadt Offenburg“, zählt der Bürgermeister stolz auf.

Die Farben Offenburgs vertraten dieses Mal Martina Bregler vom Stadtrat und Stephan Trahasch, der Direktor der dortigen Hochschule. Ein wichtiger Termin für sie, denn sowohl die Partnerschaft der Städte als auch die der Hochschule mit der Ermländisch-Masurischen Universität jähren sich im nächsten Jahr zum 25. Mal. Es gibt also weiterhin viel zu feiern, und es gilt, diese Zusammenarbeit eng und lebendig zu erhalten.

THASSILO VON SCHEFFER

Versunken in der Welt Homers und Senecas

Der Westpreuße half, griechische und römische Dichter in Deutschland verständlich und populär zu machen

Thassilo von Scheffer stammte aus Preußisch Stargard, wirkte als freischaffender Schriftsteller und erlangte vor allem als Lyriker und mit seinen trefflichen Übersetzungen Bekanntheit in Deutschland. Von einiger Bedeutung waren seine Übersetzungen der antiken griechischen Dichtungen. Er gilt bis heute als herausragender Homer-Übersetzer.

Der Schriftsteller wurde am 1. Juli 1873 in Preußisch Stargard geboren. Sein Geburtsort liegt in Westpreußen am Flüsschen Ferse etwa 40 Kilometer südlich von Danzig. Preußisch Stargard entwickelte sich ab dem 8. Jahrhundert im Schutze einer Burg als Siedlung, wurde am 11. November 1198 erstmals in einer Urkunde als Starigrod erwähnt und erlebte im Besitz des Deutschen Ordens nach 1309 mit dem Kulmer Stadtrecht einen Aufschwung zur Stadt Preußisch Stargard.

Die Stadt wurde im Gefolge der ersten polnischen Teilung 1772 Teil des Königreiches Preußen, fungierte bis 1920 als Kreisstadt und fiel 1920 an Polen. Diese Zugehörigkeit dauerte bis 1939. In den Folgejahren war die Stadt bis 1945 wieder deutsch. Seitdem fungiert sie unter dem Namen Starogard Gdanski mit rund 50.000 Einwohnern als Powiat-Verwaltungssitz in der polnischen Woiwodschaft Pommern.

Scheffers Vater hatte in der Garnison von Preußisch Stargard den Rang eines

Majors. Er ermöglichte seinem Sohn einen weiterführenden Bildungsweg und schickte ihn dann wunschgemäß zum Studium an verschiedene Universitäten. Das waren Straßburg, Königsberg und Freiburg. Vater Scheffer tolerierte die unmilitärischen Interessen des Sohnes und erlaubte die Beschäftigung mit Sprachen, Literatur, Geschichte und Philosophie. 1900 wurde Scheffer zum Doktor der Philosophie promoviert.

Aufgewachsen in Preußisch Stargard

Er kümmerte sich danach nicht um eine Festanstellung, sondern entschied sich für die Arbeit als freischaffender Schriftsteller und Übersetzer und lebte zunächst bis 1909 in München. Schon während des Studiums hatte er sich im wachsenden Maße mit der antiken Dichtung befasst und auch schon erste Übersetzungen angefertigt. Dazu gesellten sich nun eigene Gedichte und Nachdichtungen sowie die Arbeit als Herausgeber.

Nach der Veröffentlichung der „Römischen Götter- und Heldensagen“ und der Auseinandersetzung mit den Gedichten Friedrichs des Großen erschloss er sich den für ihn erreichbaren Komplex der Literatur von und über Homer. Dieser Dichter stand am Anfang der altgriechischen Literatur, galt in der Antike als deren „Übervater“ und prägte mit seiner Sprache und seinen Inhalten die antike Geis-

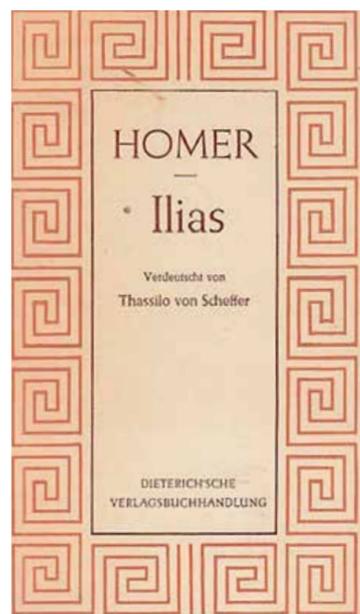
teshaltung. Die antiken Werte erlebten in der Goethe-Zeit eine Renaissance, was dann auch die Schulbildung in den Gymnasien bis in die Scheffer-Zeit prägte. Das galt vor allem auch für die Rezeption der Epen „Ilias“ und „Odyssee“ von Homer

mit dem zehnjährigen Ringen der Griechen um die Stadt Troja und die Irrfahrten sowie die Heimkehr des Trojakämpfers Odysseus.

Aufsehen in der Fachwelt

Diese Lektüre des Homer-Stoffes bewog Scheffer im Zusammenhang mit intensiven Sprachstudien zu eigenen Übersetzungen, wobei er zahlreiche Feinheiten sprachlich neu ins Bild setzte und interpretierte. 1913 erschien nach einigen Berlin-Jahren sein „Ilias“ nach Homer auf dem deutschen Büchermarkt. Danach weilte er zu vertiefenden Studien für längere Zeit in Rom. Ab 1914 lebte und arbeitete er wieder in München. 1918 brachte Scheffer dann seinen „Odyssee“ nach Homer heraus. Das erregte wie schon zuvor die „Ilias“-Übersetzung in der Fachwelt Aufsehen, wiewohl der ausufernde Erste Weltkrieg in seiner Endphase ein breiteres Echo in der Öffentlichkeit einschränkte. Scheffer hatte nun einen Namen als trefflicher Homer-Übersetzer.

Ab 1927 wirkte er erneut für lange Zeit in Berlin. Hier brachte Scheffer nach akribischer Vorarbeit „Homers Philosophie“ und „Die philosophischen Schriften von Seneca“ heraus. Mit Seneca drang er weiter in die antike Geisteswelt vor. Lucius Annaeus Seneca war zu Beginn der Zeitrechnung ein römischer Dichter, Philosoph und Politiker, der unter Kaiser Nero



Machte sich mit seinen Übertragungen griechischer Dichter einen Namen: Buchtitel „Ilias“ in Scheffers Übersetzung

ein großes Vermögen erwarb, den römischen Stoizismus begründete und nach einer unbewiesenen Beteiligung an einer Verschwörung zum Suizid gezwungen wurde.

Scheffer erschloss sich diesen Vater der jüngeren Stoa auf moderne Art und sorgte so für eine größere Verbreitung in Deutschland. Es folgten Reisen in die Schweiz, nach Frankreich und Italien, eine Neubearbeitung der „Ilias“ und der „Odyssee“, die Beschäftigung mit den Werken von Hesiod, der als altgriechischer Dichter, Vater des Lehrgedichtes und früherer Vertreter einer „politisch-parteilichen Poesie“ gilt, und schließlich der Wechsel zu den Werken von Vergil. Dessen „Aeneis“ brachte Scheffer 1942 heraus. Wieder war Krieg. Der Schriftsteller verschanzte sich vor dem neuen Waffengang und dem Holocaust der Nationalsozialisten hinter den von ihm geliebten Werken der Antike, deren humanistische Deutung, Vermittlung und Eindeutschung er sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte.

Er überlebte mit seiner Nischen-Beschäftigung den Zweiten Weltkrieg und widmete sich dann Ovids „Metamorphosen“, die in der Zeit der Klassik schon Johann Wolfgang von Goethe gefesselt hatten. Das war seine letzte große Arbeit, ehe der Vermittler antiker Werte am 27. November 1951 in Berlin starb. Er wurde 78 Jahre alt. *Martin Stolzenau*

● AUFGESCHNAPPT

Es geht abwärts mit Deutschlands Wirtschaft: Während die drei anderen großen Volkswirtschaften der EU, Frankreich, Italien und Spanien, mit einem Wachstum von bis zu 2,3 Prozent rechnen, wird die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr laut Ifo-Institut um 0,4 Prozent schrumpfen. Vor allem die Industrie sende negative Signale, wobei die Aussichten noch deutlich schlechter ausfielen als die Beurteilung der gegenwärtigen Lage. Als einzige große Volkswirtschaft liege die deutsche Wirtschaftsleistung auch noch immer unter dem Niveau der Zeit vor den Corona-Lockdowns. Pro Kopf fällt der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sogar noch deutlicher aus. Denn die Wirtschaft schrumpft, obwohl die Bevölkerung Deutschlands 2022 um 1,3 Prozent und damit stärker als die jedes anderen großen Industrielandes gewachsen ist – durch Einwanderung. Auf allgemeine Faktoren (Krieg, Corona, Rohstoffpreise etc.) kann die Sonderstellung Deutschlands kaum zurückzuführen sein. Denn die treffen auch die anderen Länder. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Sahra Wagenknecht erklärte gegenüber dem „Spiegel“ (17. Juni), warum sie das Gesetz zur sexuellen Selbstbestimmung in der vorgeschlagenen Fassung ablehnt:

„Richtig ist, dass es Menschen gibt, denen durch einen Wechsel des Geschlechts geholfen werden kann. Für diesen sehr kleinen Teil der Bevölkerung muss das ohne Diskriminierungen möglich sein. Aber jungen Leuten ab 14 nahelegen, dass sie die Lösung ihrer Probleme im anderen Geschlecht suchen sollten, ist unverantwortlich.“

Aus „Ergriffenheit“ habe er die Nationalhymne bei der Feierstunde im Reichstag zum Jahrestag des 17. Juni nicht mitgesungen, behauptet Vizekanzler Robert Habeck. Daran hegt Helmut Markwort im „Focus“ (24. Juni) Zweifel:

„Ich glaube dieser Aussage nicht ... Ich glaube, dass Robert Habeck geschwiegen hat, weil er das Wort Vaterland nicht über die Lippen bringt. Er muss sich daran erinnern lassen, was er früher in einem Buch propagiert hat. In „Patriotismus. Ein linkes Plädoyer“ schrieb er: ‚Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht.‘“

Peter Grimm sieht den Sieg des AfD-Kandidaten bei der Landratswahl im thüringischen Sonneberg vor dem Hintergrund vorheriger Ereignisse im Freistaat und warnt auf „achgut.com“ (26. Juni):

„2020 kam nach der Kemmerich-Wahl die schon erwähnte Forderung danach, die Wahl rückgängig zu machen. Und jetzt? Kommt jetzt auch ein Kanzler-Wort zu Sonneberg? Wird in Staatskanzleien schon überlegt, wie man einem AfD-Landrat die Amtsausübung erschweren kann? In einer Demokratie kann niemand die Interessen eines signifikanten Teils von Bürgern auf Dauer erfolgreich wegignieren. Aber der Versuch, es zu tun, kann die Demokratie beschädigen. Das tut eine mangelnde Vielfalt im parteipolitischen Angebot ebenso.“

Klaus-Rüdiger Mai analysiert auf „Tichys Einblick“ (26. Juni) weitere Ursachen des AfD-Erfolgs, darunter diese:

„Dass dann auch noch Grüne, Linke, SPD und CDU einen gemeinsamen Block bilden, erschwerte es jedem, der wirklich demokratisch dachte, sein Kreuz bei Jürgen Köpper zu machen. Gerade im Osten hat man noch genaue Erinnerungen daran, wie es war, als man das Wählen „Zettelfalten“ nannte und man sich nur gegen oder für den gemeinsamen Kandidaten der Nationalen Front entscheiden konnte.“

● WORT DER WOCHE

„Erstmals haben AfD-Wähler die Erfahrung gemacht, dass ihre Stimmabgabe für die Partei nicht folgenlos bleibt. Das dürfte viele AfD-Sympathisanten bei anstehenden kommunalen Wahlen motivieren.“

Oliver Maksan blickt in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 25. Juni auf mögliche Folgen der Sonneberg-Wahl

DER WOCHENRÜCKBLICK

Den Vertrag gebrochen

Was die Sonneberger wohl bewogen haben mag, und was dort gegen die Wand gefahren ist

VON HANS HECKEL

Man hätte den Leuten eben nicht pausenlos einbläuen sollen, dass sie gefälligst „aus der Geschichte lernen“ sollen. Denn es gibt möglicherweise noch Deutsche, deren Erinnerung nicht vollkommen auf das eingeschnurrt ist, was ihnen von den meisten Medien und der Politik immerfort vorgesetzt wird hinsichtlich der „Geschichte“. Genauer: Es leben Bürger in Deutschland, die nicht nur die NS-Verbrechen im Kopf tragen, wenn sie sich ans „Lernen“ setzen, sondern auch die Gefahr von der anderen Seite. Besonders in dem Teil der Republik, in dem sich diese andere Gefahr viereinhalb Jahrzehnte lang ausleben konnte.

Wir reden natürlich von Sonneberg, was denn sonst? In den ländlichen Regionen Deutschlands ist ja der Altersdurchschnitt fast überall recht hoch, also dürften sich viele Bewohner des idyllischen Kreises noch an die Zeit der DDR erinnern. In der südlichen Hälfte war der Kreis von drei Seiten eingeklemt durch die damalige Zonengrenze. So durften viele Sonneberger neben den allgemeinen Segnungen des SED-Regimes zudem noch die Besonderheiten der Sperrgebietsregelungen genießen, welche die Einwohner des unmittelbaren Grenzgebiets zusätzlich in Schach hielt. Das mag eine gesteigerte Sensibilität gegenüber dem linken Rand des politischen Spektrums hinterlassen haben.

Nun also sahen sie sich an der Urne einer Einheitsfront von den Kommunisten bis zur CDU gegenüber. Die Erinnerung an die „Nationale Front“ der DDR und ans „Faltengehen“ bei Scheinwahlen musste da wohl niemand erst noch wachküssen. Sie flog einer Mehrheit der Sonneberger Wähler von selbst um die Ohren. Nur dass es im Unterschied zu früher neben der Möglichkeit des „Faltens“ jetzt noch einen Gegenvorschlag gab. Fragen?

Ach, Sonneberg! Zweikleinster Landkreis Deutschlands, lesen wir. So ein Landrat hat doch sowieso fast nichts zu sagen, hören wir. Und doch sind die Etablierten außer Rand und Band und schlagen verbal um sich. Passt das zusammen? Eigentlich nicht. Und doch könnte die Panik einen guten Grund haben:

Es hat sich nämlich etwas geändert. Geärgert hat sich eine wachsende Zahl von Deutschen schon seit einer ganzen Weile. Man hat ihnen ihre erfolgreiche Währung genommen, sie für die Schulden von sonst wem

im In- und Ausland in Regress genommen, sie mit rekordhohen Steuern geplündert, derweil von der Bahn über die Schulen, die Straßen, das Internet oder die innere Sicherheit alles immer schlechter wurde. Man hat ihnen massenhaft neue Nachbarn aus fernen Ländern ins Dorf gepackt, ohne sie zu fragen, ob sie das wollen, sie dabei noch von früh bis spät mit Verdächtigungen (Sind Sie etwa Rassist?) und Belehrungen gepiesackt – ach, und was noch alles, machen Sie mit der Liste gern selber weiter.

Doch viele Deutsche hat das nicht wirklich aus der Fassung gebracht. Denn zu Hause stand das traute Heim, das Auto und die Sicherheit, immer noch jedes Jahr schön verreisen und sich auch sonst noch so dies und das an „Luxus“ leisten zu können – „Irgendwie ziemlicher Mist, den die da in Berlin bauen, aber uns geht’s ja noch gut, trotz allem“, beruhigte sich der genervte Mittelschichtler. Aber genau das ändert sich gerade. Heizhammer und Wärmedämmverordnung, Verbrennerverbot oder „Flug-, Fleisch- und Grillscham“ – auf der ganzen Breite der Front scheint die etablierte Politik jenes Refugium unter Feuer nehmen zu wollen, in dem sich die geplagten Steuerzahlerseele bislang noch halbwegs sicher fühlte vor den Zumutungen „von denen da oben“.

Bürger kündigen die Gefolgschaft

Kein Wunder also, dass es plötzlich heikel wird, weshalb das kleine Sonneberg auch einen solchen Schrecken auslöst. Jedes politische System schließt mit seinem Volk eine Art Gesellschaftsvertrag ab, das gilt sogar für Diktaturen. In den kommunistischen Staaten lautete der Vertrag: Die Bürger verzichten auf ihre bürgerlichen Freiheits- und Mitbestimmungsrechte, dafür garantiert ihnen der Staat soziale Sicherheit und ein stabiles Auskommen, wenn auch auf bescheidenem Niveau. Sobald dieser Vertrag nicht mehr zu halten war, krachte es, ob 1953 in der DDR („Normenerhöhung“, was ganz platt gesagt heißt: Weniger Geld für mehr Arbeit) oder in Polen 1980, wo es am Anfang auch bloß um die materiellen Arbeits- und Lebensbedingungen von Werftarbeitern ging. Danach erst weitete sich die Rebellion zu einer politischen Revolution mit „Vollprogramm“ aus. Bis schließlich 1989 alles zusammenfiel.

Und die Bundesrepublik? Die hat Freiheit, Wohlstand und Stabilität versprochen, als Gegenleistung für harte Arbeit und Loyalität

Die bisherigen Zumutungen der Politik haben die Deutschen nicht wirklich aus der Fassung gebracht. Doch zuletzt wurde eine heikle Linie überschritten



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

zum Staat. Hat jahrzehntelang blendend funktioniert. Während aber die Realsozialisten unter den Unzulänglichkeiten ihrer Wirtschaftsordnungen kollabierten und daher ihr Versprechen nicht mehr halten konnten, greifen einflussreiche Teile der politischen Elite Freiheit, Wohlstand und Stabilität scheinbar oder wirklich mit Absicht an. Grünlinke Einflüsterer schwärmen von „Degrowth“ (also Schrumpfung) der Volkswirtschaft, vom Ende des Eigenheims und des Individualverkehrs und einem dauerhaften Leben nach den Mustern der Lockdown-Phase. Und sie denken gar nicht daran, im öffentlichen Diskurs andere Meinungen (Freiheit?) auch nur zuzulassen, geschweige denn anzuhören.

Manchmal hat man schon den Eindruck, als hassten die Vordenker dieser neuen Politik den vermeintlich bräsigen Wohlstandsbürger regelrecht und freuten sich diebisch darüber, wie sie den Durchschnittsdeutschen Angst machen können, indem sie ihnen damit drohen, ihnen den Teppich wegzuziehen.

Aber wie reagieren die Bürger darauf? Ein stetig wachsender Teil von ihnen scheint den Bruch des alten Gesellschaftsvertrages durch die Politik zu spüren und reagiert mit kalter Schulter oder gar offenem Protest. Die Protestler verabschieden sich ihrerseits aus den Vertragsverpflichtungen und kündigen der politischen Führung des Landes die lange Zeit so stabile Gefolgschaft. Damit hatten die Vertragsbrecher von „da oben“ offenbar nicht gerechnet.

Welche Gemütslage die politische Elite ob dieses Schrecks erfasst hat, brachte PAZ-Autor Josef Kraus in einem Beitrag für „Tichys Einblick“ in genialer Weise auf den Begriff: Sie leide unter „Demophobie“, also Angst (Phobie) vor dem Volk (Demos), und antwortete darauf ihrerseits mit einer Art „Phobokratie“, als der Herrschaft per Angstmacherei. Angst vor dem Klima oder dem „Rechtsruck“ beispielsweise, mit welcher das Volk auf Linie gezwungen werden sollte. Ein Kampfbegriff gegen den furchtlosen Bürger, der sich von diesem Theater nicht einfangen lässt, ist dabei längst gefunden: Sie nennen ihn „Leugner“ – von was auch immer.

Die Mehrheit der Sonneberger Wähler hat die Phobokraten am Sonntag mit Karacho gegen die Wand fahren lassen. Mal sehen, wie die Verunfallten diese Erfahrung verarbeiten. Erste wütende Reaktionen aus dem „Establishment“ lassen nicht auf allzu große Lernfortschritte schließen.